Ausgabe 02|25

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

IM FOKUS
Interview mit Sönke Neitzel über die Kriegsgefahr in Europa

SERIE
Demokratische Resilienz

AUSSTELLUNG
Kunst und Demokratie

EDITORIAL

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

Neuschwanstein brennt? Alles Fake! Unser KI-generierter Titel zeigt eine Art von Bild, das erfreulicherweise nicht die Realität wiedergibt, aber dennoch bereits in unzähligen Varianten existiert und zum Teil sogar didaktisch genutzt wird. Aber kann und darf man solche Bilder in diesem Zusammenhang überhaupt zeigen? Ist die Art der Darstellung nicht zu reißerisch, zu emotional, zu manipulativ? Und wird dabei nicht sogar das „Überwältigungsverbot", der erste Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses, verletzt, der seit Ende der 1970er Jahre von vielen als Leitschnur der demokratischen politischen Bildung akzeptiert wird?

Das Cover bewegt sich offenkundig in einem Graubereich. Es spiegelt und bündelt aber damit in vielerlei Hinsicht die Themen dieses Heftes wieder, denn die neue Ausgabe geht inhaltlich und emotional an Grenzen.

So behandelt der Schwerpunkt die immer bedrohlicheren internationalen Entwicklungen und die sich massiv verändernden Anforderungen bei der Sicherheitspolitik.

Wir diskutierten mit Sönke Neitzel die Frage, wie sich Deutschland auf die stark veränderte Weltordnung vorbereiten kann und welche Rolle die Bundeswehr dabei spielt.

Stephan Bierling ordnet die sich oft außerhalb gewohnter Bahnen bewegende Politik Donald Trumps und der USA ein, während Mariano Barbato mit einem Blick auf die Geschichte lange kaum vorstellbare Handlungsperspektiven des neuen deutschen Kanzlers Friedrich Merz erörtert.

Chancen und Risken beim Einsatz KI-generierter Bilder im Kontext der Sicherheitserziehung analysiert Andreas Wolfrum, und Alexander Stulpe setzt sich im zweiten Teil seiner Serie zur Resilienz demokratischer Systeme mit ihrer Vulnerabilität im Zuge der digitalen Transformation auseinander.

Ein Thema, das den politischen Bildungsdiskurs dauerhaft beschäftigt, sind Debatten über (Frauen-) Emanzipation und Gleichberechtigung. Sarah Pines und Agnes Böhmelt kommen nicht nur bei der Definition, was überhaupt eine Frau ausmache („*What is a Woman?*") bzw. was unter „klassischer Weiblichkeit" zu verstehen sei, zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Ebenso disparat werden häufig Themen der Kunst diskutiert. Monika Franz stellt ausgehend von dem Diktum, dass „das Beste was die Kunst tun kann, ist, sie immer wieder herauszufordern" (George M. Oswald) die neue Ausstellung der Pinakothek der Moderne „Könnt ihr noch?" auf der Herreninsel vor. Neben heute zum Teil bizarr anmutenden Positionen wird ebenfalls deutlich, wie Kunst es im besten Fall ermöglicht, die Unterschiede der Menschen und die Komplexität der Gesellschaft in einem positiven Sinne fassbar zu machen.

In diesem Sinne wünschen wir eine ertragreiche und im besten Fall unterhaltsame Lektüre und freuen uns über zahlreiche Rückmeldungen.

Die Redaktion

INFO

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: *landeszentrale@blz.bayern.de* Stichwort: *Einsichten und Perspektiven.*

Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Mariano P. Barbato ist außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität in Passau und Associate Professor (zugleich DAAD-Langzeitdozent) an der Andrassy Universität Budapest.

Prof. Dr. Stephan Bierling leitet die Professur für Internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg.

Agnes Böhmelt arbeitet als Lehrkraft für das Zusatzstudium Genderkompetenz an der Universität Regensburg.

Monika Franz ist stellvertretende Direktorin der BLZ, Abteilungsleiterin und verantwortlich für das Referat „Publikationen und Zeitgeschichte".

Dr. Sarah Pines schreibt für die Kulturressorts der „Zeit", der „Welt" und der „NZZ" und lebt als freie Autorin in New York.

Dr. Alexander Stulpe ist Politikwissenschaftler. Bis Mai 2024 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Helmut-Schmidt-Universität und am GIDS in Hamburg.

Dr. Andreas Wolfrum ist Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Der ehemalige Seminarlehrer für Politik und Gesellschaft schreibt für die BLZ als Privatperson und nicht als offizieller Vertreter der Bundeswehr.

INHALTSVERZEICHNIS

IM FOKUS

„Was machen wir, wenn sich Putin nicht an unseren Zeitplan hält?“ 4
Ein Gespräch mit Sönke Neitzel

Konturen der deutschen Außenpolitik unter Friedrich Merz 13
Lage und Prognose in historischer Perspektive
von Mariano P. Barbato

Good bye, America? 23
Optionen für Europa in einer gefährlichen Welt
Eine Einordnung von Stephan Bierling

Sicherheitsbewusstsein mit Unterstützung Künstlicher Intelligenz 30
Fotorealistische Zerstörungsszenarien als Impulse für Sicherheitslernen
von Andreas Wolfrum

MUSIK UND POLITIK

Der Sound der Zeit – Sicherheit 41

INTERVIEW

Die Bauernkriege aus heutiger Sicht oder: Wie eine scheinbar stabile Welt aus den Fugen geraten kann, wenn man die Bedürfnisse der Menschen übergeht 44
Ein Gespräch mit Peer Frieß

SERIE

Demokratische Resilienz 54
Teil 2: Vulnerabilität, Öffentlichkeit, digitale Transformation
von Alexander Stulpe

ZUR DISKUSSION GESTELLT

„Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“ 71

Fight that Flirt! 72
Feministische Gender-Spaßverderber*innen im Widerstand gegen patriarchale Rollenanforderungen
von Agnes Böhmelt

Frausein 81
von Sarah Pines

KUNST UND DEMOKRATIE

„Könnt ihr noch?“ Kunst und Demokratie 89
Eine Ausstellung der Pinakothek der Moderne auf der Herreninsel zeigt Positionen der Kunst zu Geschichte und Demokratie
von Monika Franz

IM FOKUS

„WAS MACHEN WIR, WENN SICH PUTIN NICHT AN UNSEREN ZEITPLAN HÄLT?“

Ein Gespräch mit dem Historiker Prof. Dr. Sönke Neitzel über die Kriegsgefahr in Europa, verteidigungs- und sicherheitspolitische Herausforderungen unserer Zeit und den Wandel der Weltordnung im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts

---

Sönke Neitzel (Jahrgang 1968) ist Professor für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam. Er ist als Berater für Sicherheitskreise tätig und prominent für seine vielfältigen Auftritte zum Thema des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und mögliche Folgen für die NATO.

Foto: Kai Bublitz Fotoproduktion

Sie haben in einem viel zitierten TV-Interview im Frühjahr (Phoenix, 25. Februar 2025) in den Raum gestellt, dass der kommende Sommer 2025 der „letzte Sommer im Frieden" für eine längere Zeit sein könnte. Welche Reaktionen haben Sie darauf bekommen?

Sönke Neitzel: Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich ausgefallen. Einerseits kam gerade aus Sicherheitskreisen sehr viel Zuspruch: „Endlich sagt es mal jemand", „wir dringen mit unseren Warnungen ja gar nicht mehr durch." Andererseits gab es auch viel Kritik bis hin zu Beschimpfungen. Manche behaupteten, von Russland ginge gar keine Gefahr aus, in Wirklichkeit sei die NATO der Aggressor. Interessant war für mich, wie meine Aussage verarbeitet wurde. Ich habe diese Äußerung in einer Phoenix-Diskussionsrunde getätigt, also nicht in einem der größten Leitmedien – sie wurde aber von den großen Medienplayern bis zur BILD-Zeitung aufgegriffen. Ich hatte eigentlich deutlich differenziert, dass man die Zukunft natürlich nicht voraussagen könne und meine Aussage sich nur ein Szenario bezöge, auf das man sich vorbereiten müsse. Das ging aber unter. Ich erhielt sogar einen offenen Brief. Das zeigte mir, wie hektisch und unsachlich unsere Diskussion ist. Einige fragten, ob ich das nochmal so sagen würde, und ich sage: Ja, ich würde es wieder tun.

Wir können vieles nicht voraussehen. Ich war z.B. selbst auch vom Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 überrascht. Desgleichen vom 7. Oktober 2023, dem Überfall der Hamas auf Israel. Aber eigentlich sollte es uns nicht mehr passieren, überrascht zu sein. Wir sollten vorbereitet sein auf solche dramatischen Entwicklungen.

Die Regierung steht unter Handlungsdruck. Wenn man wie der alte und neue Verteidigungsminister Boris Pistorius das Jahr 2029 explizit benennt, bis zu dem man verteidigungsbereit sein müsse, verschafft man sich Zeit. Was machen wir aber, wenn sich Putin nicht an unseren Zeitplan hält? Solche unangenehmen Fragen muss man stellen und die Situation durchdenken. Wie reagiert ein an Frieden gewöhntes System auf existenzielle Herausforderungen wie einen möglichen Angriff Russlands auf die NATO? Die gedankliche Marke ist meines Erachtens zu sehr auf 2029 festgelegt. Diese Jahreszahl geht auf ein NATO-Papier zurück, in dem die Angriffsbereitschaft Russlands analysiert wird. Wir sollten aber eine größere Flexibilität haben und nicht auf ein Jahr fixiert sein. Es ist nicht auszuschließen, dass viel schneller etwas passiert. Und darauf sollten wir vorbereitet sein.

Inauguration der deutschen Brigade für die NATO-Ostflanke durch Bundeskanzler Friedrich Merz und dem litauischen Präsidenten Gitanas Nauseda (3. u. 4. v. l.), Vilnius, 22. Mai 2025
Foto: Picture Alliance/ASSOCIATED PRESS/ Fotograf: Mindaugas Kulbis

Von welchem Friedens- bzw. Kriegsbegriff gehen Sie denn aus? Meinen Sie ein Cyberwar-Szenario oder einen ganz konkreten Angriff zu Wasser, zu Lande, also einen klassischen zwischenstaatlichen Krieg?

Sönke Neitzel: Ich meine damit einen Angriff, der den Verteidigungsfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags auslöst. Dabei geht es explizit nicht nur um Cyberkrieg, den wir schon haben und der sich sicherlich noch verschärfen wird, sondern um einen militärischen Konflikt der NATO-Staaten mit Russland. Carlo Masala hat in seinem Buch „Wenn Russland gewinnt" das Szenario eines Angriffs auf die estnische Grenzstadt Narva beschrieben. Das ist aus meiner Sicht eine realistische Sichtweise.

Das in – wie Sie formuliert haben – Sicherheitskreisen bzw. der Regierung notwendige Bewusstsein für die gegenwärtige Bedrohung ist das Eine, das Andere in einer Demokratie ist aber doch, ob die Bevölkerung einen politischen Weg mitgeht. Für Ideen wie die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines verwandten Modells gibt es vor allem bei der jungen Generation nicht so viel Zustimmung. Viele junge Menschen in Deutschland sagen, sie könnten es sich nicht vorstellen, Deutschland unter Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Wie sollen wir damit umgehen? Hat die Politik die schon sichtbar werdenden kommenden Gefährdungslagen nicht ausreichend adressiert?

Sönke Neitzel: Ich wage die These, dass die Chance für eine grundlegende Veränderung unserer

Bundeskanzler Adenauer (3. v. l.) schreitet nach der Gründung der Bundeswehr mit Generalleutnant Speidel, Verteidigungsminister Blank und Generalmajor Lägeler fünf Kompanien der neuen Bundeswehr ab, Andernach, 20. Januar 1956. *Foto: Picture Alliance/akg images*

Sicherheitspolitik in der Geschichte der Bundesrepublik nie so gut war wie heute. In einer liberalen Demokratie haben wir natürlich nie 100 oder 80 Prozent Zustimmung für sicherheitspolitische Maßnahmen – diese sind immer umstritten gewesen, denken wir z.B. an die Wiederbewaffnung bzw. Gründung der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg 1955, an den Streit um den NATO-Doppelbeschluss 1979 bis zur Stationierung der Pershing-Raketen 1983, die Auslandseinsätze in den 1990er Jahren. Das gilt für die Bundesrepublik mit ihrer spezifischen Geschichte und ihrer geographischen Lage ganz besonders. Momentane Umfragen zeigen, dass um die 12 bis 14 Prozent für Deutschland kämpfen würden, aber dass eine Mehrheit der jungen Leute gegen die Wehrpflicht ist. Umfragen kann man aber unterschiedlich interpretieren. Bei der männlichen Bevölkerung gab es bei laut Studien des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam (ZMSBw) 14 Prozent, die auf jeden Fall kämpfen wollen, 34 Prozent sagen „teils/teils“. Da sind wir schon fast bei einer Mehrheit der männlichen Bevölkerung, die unter bestimmten Umständen das Land verteidigen würde.[1] Sehr viel höher lagen die

1 Vgl. https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5855536/3afdc801d2623b20679b4a44eacfd1d2/zmsbw-forschungsbericht-137-bevbefragung-2024-data.pdf [Stand: 27.06.2025).

LESESTOFF

Neu im Publikationsangebot der Landeszentrale als Sonderausgabe:

Sönke Neitzel, Die Bundeswehr, München 2025, Gebühr: 4 €. www.blz.bayern.de

Die Bundeswehr. Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende

Im November 1955 wurde die Bundeswehr gegründet. Unumstritten war sie nie und die Deutschen wurden nie so richtig warm mit ihr. Im Kalten Krieg bildete sie den Kern der NATO-Landstreitkräfte. Doch nach 1990 wurden Personalstand, Ausrüstung und Fähigkeiten drastisch reduziert, schließlich auch die Wehrpflicht abgeschafft. Der Schwerpunkt verlagerte sich von der Landes- und Bündnisverteidigung hin zu Auslandseinsätzen. Seit dem 24. Februar 2022 ist alles anders. Fähigkeiten müssen schnell wiedererlangt werden und die Bevölkerung muss ihre Haltung zur Armee überdenken. Sönke Neitzel analysiert die Geschichte der Bundeswehr und zeigt die aktuellen Herausforderungen.

Etwa 300.000 Menschen nahmen am 10. Oktober 1981 in Bonn an der bisher größten Friedensdemonstration in der Bundesrepublik Deutschland teil. Sie demonstrierten für ein Ende des atomaren Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West und den Verzicht auf die Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. *Foto: Picture Alliance/dpa/ Fotograf: Martin Athenstädt*

Zahlen im Kalten Krieg auch nicht. Adenauer hat in den fünfziger Jahren keinen Abstand von der Einführung der Wehrpflicht genommen, weil es in der Bevölkerung massiven Widerstand gegen die Wiederbewaffnung gegeben hat. Er hat es durchgesetzt und die folgende Bundestagswahl 1957 mit absoluter Mehrheit gewonnen, obwohl er damals mit der ziemlich starken „Ohne-mich"-Bewegung konfrontiert war.

Ich plädiere jetzt auch nicht für eine allgemeine Wehrpflicht, sondern für das schwedische Modell einer Auswahlwehrpflicht. Wir müssen vorankommen, weil jeder in der Bundeswehr weiß, dass es keine Alternative dazu gibt. Ich kann die jüngere Generation auch verstehen – klar geht man lieber auf den Herzogstand als in der Lüneburger Heide auf dem Boden zu robben. Aber die Politik hat die Aufgabe zu entscheiden. Politiker wie Franz Josef Strauß, um bei einem bayerischen Beispiel zu bleiben, oder auch Helmut Schmidt waren diesbezüglich handlungsstark. Schmidt hat in seiner Londoner Rede 1977 beispielsweise den NATO-Doppelbeschluss wesentlich mit auf den Weg gebracht. Das hat ihm unter anderen sein Amt gekostet – Helmut Kohl hat den Doppelbeschluss dann trotz der massiven Demonstrationen im Bonner Hofgarten durchgesetzt. Politik muss entscheiden – da hat sie momentan noch viel Luft nach oben – und sie muss dabei sagen, wie die Lage ist. Panikmache ist sicher das Falsche, aber es muss schon ehrlich kommuniziert werden. Es ist vor allem die Aufgabe und die Kompetenz der militärischen Nachrichtendienste, ihre sicherheitspolitischen Erkenntnisse – wenn auch nicht vollumfänglich – mit der Republik zu teilen. Experten wie Claudia Major, Carlo Masala oder ich können nur Mittler sein. Unlängst hat Bruno Kahl, derzeit noch Chef des Bundesnachrichtendienstes, noch mal vor Russland gewarnt. Wenn dann immer noch viele gegen einen Ausbau der Verteidigung sind, muss man als Politik nach vorne gehen, weiter Überzeugungsarbeit leisten, aber auch handeln. Die Politik kann allerdings bei solchen heiklen Fragen nicht darauf warten, bis 80 Prozent der Bevölkerung überzeugt sind. In diesem heterogenen Land, mit so vielen unterschiedlichen Menschen und der massiven Beeinflussung durch die sozialen Medien durch Russland, wird das nicht passieren. Meiner Meinung nach war die Politik in der letzten Legislatur in diesem Punkt zu zögerlich.

Waren insofern nicht alle Kabinette in den letzten Jahren zu zögerlich? Wenn man etwa die Verteidigungspolitik der Kabinette Merkel ansieht, wurde v.a. auf zivile Strategien gesetzt. Deshalb ist es ja gerade auch für die nachfolgenden Regierungen auch schwierig umzulenken; auch die Aussetzung der Wehrpflicht hat keinen guten Dienst getan.

Sönke Neitzel: Das stimmt – wir müssen aber auch sehen, dass die Vorgängerkabinette in einer

anderen Situation standen. Wenn man 2010 über eine solch massive Aufrüstung wie heute gesprochen hätte, wäre man für verrückt erklärt worden. Jeder hätte gefragt, gegen wen wir uns denn bitte verteidigen müssten. Als 2014 die Annexion der Krim durch Russland erfolgte, hat die Bundeswehr auf der Planungsebene reagiert und ein neues Weissbuch aufgelegt, wonach drei Divisionen 2025, 2027 und 2031 aufgestellt werden sollten. Selbst da hieß es intern aber noch, dies geschehe rein zur Abschreckung; niemand hätte im Ernst an einen tatsächlichen Einsatz dieser Kräfte geglaubt. Mit dem 24. Februar 2022 ist dann ein qualitativ ganz anderer Druck entstanden. Die „Zeitenwende"-Rede kam – von da aus ging es allerdings schnell zur Zeitenbremse, die meisten Reformversuche versandeten.

Mit jedem Jahr, in dem wir nicht substantiell vorwärtskommen, erhöht sich der Handlungsdruck. Die Bundeswehr hat den (Verfassungs-) Auftrag zur Androhung und Anwendung militärischer Gewalt im Verteidigungsfall – aber ist sie dazu in der Lage? Wir wollen nicht, dass dieser Fall eintritt, aber die Bundeswehr muss dazu in der Lage sein zu kämpfen. Sie muss Fortschritte machen, um abzuschrecken. *We are capable* – das muss die Botschaft sein. Nach dem 24. Februar 2022 haben Frau Lambrecht und Herr Pistorius einen ganz anderen Handlungsdruck als ihre Vorgänger gehabt – das müssen wir dann ehrlicherweise schon sagen. Die Herausforderung bedeutet einen tiefgreifenden Kulturwandel und wir stehen letztlich vor einer Neugründung der Bundeswehr – der Bundeswehr 3.0.

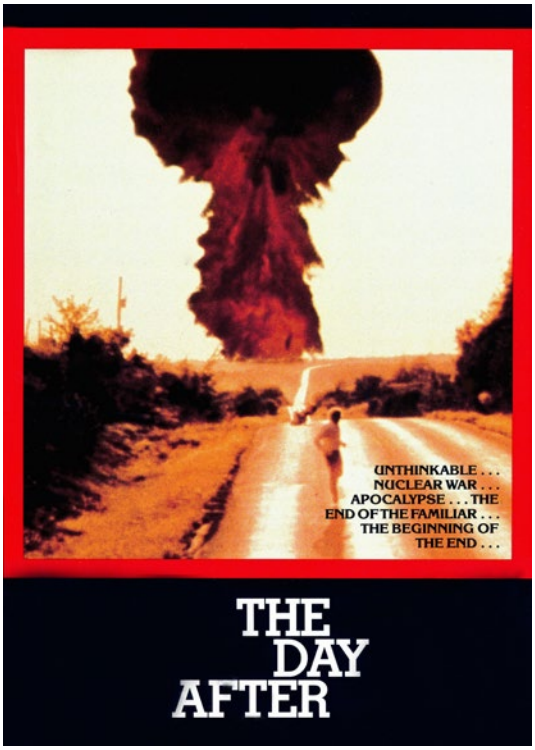
Wenn wir von einem Kriegsszenario reden, reden wir dann auch über die Vorbereitung auf einen Krieg, der die Bundesrepublik Deutschland direkt trifft? Geht es dann auch um das Hochfahren des Zivilschutzes, die Wiedererrichtung von Bunkern?

Sönke Neitzel: Wir haben dafür – wie man das im Kalten Krieg in ähnlicher Form auch hatte – einen „Operationsplan Deutschland". Darin ist durchgeplant, was genau logistisch im Kriegsfall passiert, also von der Frage der Truppenverlegung und -versorgung bis hin zu Details des Zugriffs auf zivile Ressourcen – da gab es sogar Vordrucke für die Beschlagnahmung von LKWs etc. Das ist sicherlich sinnvoll. Mit einem Luftkrieg mit Tausenden Sprengkörpern über München oder Berlin, wie wir es im Zweiten Weltkrieg erlebt haben, rechnet allerdings keine Expertin und kein Experte. Die Möglichkeiten hat Russland wohl heute nicht.

Die so genannte „Zeitenwende"-Rede: Bundeskanzler Olaf Scholz kündigt drei Tage nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine eine massive Aufstockung des deutschen Wehretats an, Berlin, 27. Februar 2022. *Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Metodi Popow*

Wir sehen schreckliche Bilder vom Luftkrieg aus der Ukraine, aber trotz dieser Angriffe ist Kiew in der Substanz bislang erhalten geblieben. Das liegt im Wesentlichen an den Luftabwehrsystemen. Ich glaube insofern nicht, dass wir in Deutschland etwa ein flächendeckendes System von Zivilschutzbunkern brauchen – abgesehen davon, dass das auch nicht bezahlbar wäre. Aber wir sollten die kritische Infrastruktur schützen, also z.B. die Versorgung der Krankenhäuser. Eine Charité in Berlin muss sich fragen, ob man im Ernstfall mit Notstrom hinkommt. Bestimmte *facilities* kritischer Infrastruktur können schon angegriffen werden – denken Sie z.B. an die Rechenzentren der großen Banken. Die sollten nicht nur gegen Hochwasser und Terrorangriffe geschützt werden, sondern eben auch gegen russische Marschflugkörper. Wenn ich es richtig weiß, hat das THW Material für genau eine Eisenbahnbrücke. Was ist, wenn mehrere zerstört werden sollten? Vielleicht brauchen wir nicht so viel Material wie im Kalten Krieg, wo man sehr umfangreiches Ersatzmaterial für ein umfassendes Kriegsgeschehen gerade in Deutschland vorhielt – damals plante man für den Zusammenprall der NATO und des Warschauer Pakts auf deutschem Boden. Ich kenne heute niemanden, der in solchen Szenarien denkt. Alle, die ich kenne, gehen von regionalen Konflikten aus, die letztlich den politischen Zweck haben, einem bereits durch Cyber- und hybriden Krieg geschwächten Westen die eigene Ohnmacht zu demonstrieren und damit seinen finalen Zerfall herbeizuführen. Aber um Europa buchstäblich zu erobern reichen die russischen Kräfte nicht aus.

Diese Aussage ist sehr interessant – und auch paradox, denn die in der Öffentlichkeit und der Bevölkerung bestehenden Ängste kreisen ja gerade um solche Szenarien, die ja auch von Russland und Anderen befeuert und politisch



Der von Nicholas Meyer inszenierte Film „*The Day After*" griff 1983 grassierende Ängste vor einem Nuklearkrieg auf, Filmplakat. *Foto: Picture Alliance/United Archives/IFTN*

instrumentalisiert werden…

Sönke Neitzel: Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn wir Deutschen über den Krieg nachdenken, steht sofort ein bestimmtes Bild vom Krieg im Raum – das des Zweiten Weltkrieges mit unfassbaren Massenverbrechen, dem Holocaust, vielleicht noch Stalingrad; und dann vor allem das Horrorbild des nuklearen Armageddon, das im Kalten Krieg entstanden ist. So sind wir geprägt, so ist meine Generation aufgewachsen. Letztlich bewertet man solche Szenarien vor den eigenen Erfahrungshorizonten. In West und Ost haben wir die Vorstellung des alles vernichtenden Nuklearkrieges vor Augen – aber das ist meiner Meinung nach heutzutage nicht das Thema. Niemand in der Szene geht ernsthaft von einem globalen Nuklearkrieg aus. Es gibt Leute, die mutmaßen, dass Russland potentiell eine taktische Nuklearwaffe einsetzen könnte. Russland nutzt diese diffusen nuklearen Kriegsängste ganz gezielt. Wir haben schon einige solcher Drohungen von Putin und Konsorten gehört. Und das wird auch in Zukunft passieren. Nicht umsonst haben wir jetzt auch Debatten darüber, ob die Bundesrepublik unter den französischen Nuklearschirm schlüpfen sollte.

Glauben Sie, dass die „*force de frappe*" [die französischen nuklearen Streitkräfte, Anm. d. Red.] dafür überhaupt geeignet wäre, auch für uns den nuklearen Schutzschirm aufzuspannen? Oder müssten wir nicht zumindest in die Diskussion über eigene deutsche Nuklearkräfte einsteigen?

Sönke Neitzel: Die jetzige *force de frappe* ist dafür nicht geeignet, was an zwei Gründen liegt: Die Franzosen haben ihre strategischen Nuklearwaffen auf U-Booten und letztlich auch auf ihren *Rafale*-Jagdbombern. Diese haben keine so große Reichweite wie die Interkontinentalraketen, aber eine sehr große Sprengkraft. Sie ist so groß, dass sie taktisch nicht eingesetzt werden können, ohne Zerstörungen massivster Art hervorzurufen. Ihr Sinn besteht daher in der Abschreckung und nicht im praktischen Einsatz nach dem Motto: „Wenn Ihr uns angreift, werden wir Euer Land zerstören". Die Hemmschwelle für den Einsatz solcher Waffen ist so hoch, dass sie für ein „Narva-Szenario" eigentlich nicht in Frage kommen.

Die einzigen Militärmächte, die Nuklearwaffen im skalierbaren Bereich von „Mini-Nukes" bis zu den strategischen Atomwaffen haben, sind die USA und Russland. Sinnvoll wäre also, das französische Nuklearwaffenpotential um eine taktische Komponente auszubauen und sich daran finanziell zu beteiligen. Dann könnten französische taktische Nuklearwaffen auch auf deutschen Boden stationiert werden, so ähnlich wie die taktischen amerikanischen Nuklearwaffen in Büchel.

Wenn die Bundesrepublik hingegen eigene Kernwaffen herstellen wollte, müssten der 2 + 4-Vertrag und der Atomwaffensperrvertrag geändert werden, was rechtlich äußerst schwierig wäre. Zudem wäre das auch ein fatales Signal im Sinne der Proliferation – man würde das Signal an mittelgroße Staaten wie Südkorea, Japan oder Polen geben, dass eine eigene Produktion an solchen Waffen wichtig wäre, weil man sich auf die nuklearen Mächte nicht mehr verlassen könne. Das läge sicher nicht im Interesse der USA oder auch Chinas. Das ist übrigens ein Grund, warum China auch Russland das Zeichen gegeben hat, nicht in die nukleare Richtung zu denken. Wenn Russland taktische Atomwaffen einsetzen würde, würde das unabsehbare Folgen auf Ostasien nach sich ziehen.

Deshalb würde ich sagen, die einzige gangbare Lösung für die Deutschen wäre die französische Abschreckung auf den taktischen Bereich auszudehnen. Aber auch dann würden wir im Ernstfall von der Entscheidung des französischen Präsidenten – oder einer französischen Präsidentin – abhängen. Allerdings hängen wir auch schon heute von einer Person ab – nämlich dem amerikanischen Präsidenten.

Früher war klar, dass ein Großteil der französischen Nuklearwaffen nur bis in die Mitte Deutschlands reichen würde.

Sönke Neitzel: Das war der Kalte Krieg. Die französischen Kurzstreckenraketen hatten in der Tat eine Reichweite bis in den Bayerischen Wald. Heute ist das anders, Frankreich hat nur die strategischen Nuklearwaffen auf U-Booten und den *Rafale*-Kampfflugzeugen.

Aber es muss auch gesagt werden, ein Vormarsch der russischen Armee nach Deutschland ist so gut wie ausgeschlossen. Wir sollen die Russen nicht unterschätzen, aber auch bitte nicht überschätzen. Wir sind nicht in einer Lage wie im Kalten Krieg. Der Marsch auf München ist nicht zu befürchten.

Die US-amerikanische Professorin Sarotte (Un. Baltimore) hat in ihrem Buch „Nicht einen Schritt weiter nach Osten - Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung" (2023) die These vertreten, dass insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vom Westen durch unkluge politische Schachzüge – insbesondere bei der NATO-Erweiterung – die historische Chance vertan worden sei, mit Russland in ein stabiles Verhältnis zu kommen – und die Position der Ukraine nicht hinreichend verankert worden sei.
Gab es diese Chance oder war Russland in der rückwärtigen Betrachtung aufgrund seiner mangelnden demokratischen Vorprägung nie in der Lage, einen auskömmlichen Weg mit dem Westen zu gehen?

Sönke Neitzel: Das ist die Eine-Million-Dollar-Frage, weil sie letztlich darauf abzielt, ob der Ukrainekrieg verhinderbar gewesen wäre. Wenn man keine NATO-Osterweiterung vorgenommen und auch die die Ukraine Russland völlig überlassen hätte, dann würde die Lage heute sicherlich anders aussehen. Wenn man de facto Europa aufgeteilt und Ost-Mittel-Europa als russischen Einflussbereich belassen hätte, hätte Putin sicherlich gut damit leben können. Aber das stand nie zur Debatte.

Es sind sicher Fehler gemacht worden. Es wurden verschiedentlich Versprechungen in Richtung Nicht-Erweiterung der NATO gemacht – wenn das sicher auch nie in Verträge gegossen wurde, damit hat man Enttäuschungen auf russischer Seite ausgelöst. In den 1990er Jahren haben wir ein US-Amerika gesehen, das vor Selbstbewusstsein kaum noch laufen konnte, bei militärischen Einsätzen bewusst nicht auf die UN gesetzt haben und auch Russland ausgegrenzt hat, etwa im Kosovo-Krieg. Dabei versuchte Deutschland immer eine Politik des Ausgleichs zu fahren, weil es immer stark auf Russland fixiert war.

Nur die große Frage lautet: Gab es die Chance eines friedlichen Nebeneinanders wirklich? Meine Interpretation ist, dass es am Ende des Kalten Krieges die Hoffnung bestand, dass auch Russland sich demokratisieren werde. Die Vision lautete, dass es die eine Welt geben werde, in der die Menschenrechte universell für alle gelten, in der es die freie Presse und Wahlen die Demokratie bestehen. Das, was Wilson im Ersten Weltkrieg im April 1917 proklamiert hatte: *Make the world safe for democracy*, schien Wirklichkeit zu werden. Das war die Denke der Zeit, die man im Westen wahrscheinlich habituell etwas übertrieben hat und die Russen zu stark hat spüren lassen, dass sie die Verlierer sind. Es gab ein berühmtes Gespräch von Bill Clinton und Boris Jelzin bei einem Treffen in Istanbul 1999, wo Jelzin zu Clinton sagte: „„Gebt Europa sich selbst. Europa hat sich Russland noch nie so nahe gefühlt wie jetzt." Clinton […]: „Ich glaube nicht, dass die Europäer davon begeistert wären.""[2] Das zeigt das Denken Russlands nach dem Zweiten Weltkrieg: Die US-Amerikaner haben nichts auf ‚unserem' Kontinent zu suchen, wir erobern nicht alles, aber wir haben übernehmen die Hegemonie. Diese Idee war gerade für die Ostmitteleuropäer aufgrund ihrer Erfahrung kein gangbarer Weg. Polen und die baltischen Staaten wollten nach Westen. Deutschland war in dem Dilemma, den Osteuropäern nicht verweigern zu können, was man selbst gerade in Anspruch genommen hatte. Und deswegen würde ich sagen: Selbst wenn Obama Russland nicht als Regionalmacht bezeichnet und damit den russischen Stolz gekränkt hätte, oder mehr auf Ausgleich gesetzt hätte, wäre diese Konfrontation nicht zu verhindern gewesen. Das wäre nur dann der Fall gewesen, wenn der Westen die eigenen Werte aufgegeben hätte, und das war in der Zeit nicht realistisch. Wir dürfen nicht den Rückschau-Fehler machen. Europa hat in den 1990er Jahren massiv abgerüstet und war keine militärische Bedrohung. Der Westen hat mit dem NATO-Russland-Rat die Hand weit ausgestreckt. Politisch war unsere Hoffnung immer, dass sich ein demokratisches Russland entwickeln würde. Aber wir wissen heute, dass die Chance dazu wohl schon spätestens

2 Zit. nach. Mary Elise Sarotte: Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der NATO-Osterweiterung, München 2023, S. 313.

Wandlung eines Diktators: Wladimir Putin auf Deutschlandbesuch im Jahr 2001, 25. September 2001, und bei einer Ansprache an das russische Volk zur Ankündigung des Einsatzes einer Oreshnik-Rakete gegen die Ukraine, 21. November 2024. *Foto: Picture Alliance/Fotograf: Ulrich Baumgarten //Picture Alliance/Zuma-press.com/Fotograf: Vyacheslav Prokofyev*

1993/94 vorbei war. Auch die Maßgabe der friedlichen Koexistenz wurde abgeschmettert. Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2001 beinhaltete schon klar die Aussage, dass der Sicherheitspakt von Wladiwostok nicht nach San Francisco, sondern nur bis Lissabon reichen könne. Diese russisch-europäische Idee war für Deutschland nicht gangbar, weil die Westbindung der Bundesrepublik zu sehr in der deutschen Nachkriegs-DNA verankert war. Mit Putins klarem Revisionskurs wurde der Konflikt unvermeidlich. Gerade Deutschland hat immer viel versucht, Russland einzubinden oder nicht zu provozieren, das sieht man bei Kohl, aber auch bei Schröder oder Merkel. Wir waren für Russland keine militärische, aber eine politische Bedrohung, weil man in Ländern wie der Ukraine gesehen hat, wie sich Polen dem attraktiven westlichen Lebensmodell anschließen konnte. Das war für die Menschen attraktiv. Aus russischer Sicht stellte aber eine Westorientierung der Ukraine eine absolute rote Linie dar, weil sonst vielleicht sogar auch die russische Bevölkerung auf die Idee gekommen wäre, ihre Regierung zu hinterfragen. Insofern war der Systemkonflikt in gewisser Weise vorprogrammiert.

Wie ist es eigentlich erklärbar, dass sich Europa einfach so lange nur oder vorrangig auf die Amerikaner verlassen hat?
Und vice versa - wieso ist Amerika unter Trump bereit, eine so ureigen aufgebaute strategische Konstellation auf einem Kontinent, der vielleicht „alt“, aber wirtschaftlich mächtig ist, vielleicht nicht ganz aufzugeben aber so stark herunterzufahren?

Sönke Neitzel: Zur ersten Frage: Es war schlicht so wundervoll bequem. Es ist natürlich viel besser Geld in die Sozialsysteme zu stecken, anstatt in Waffen. Das genau hat Großbritannien auch nach dem Ersten Weltkrieg gemacht. Erst ab 1937, als man gemerkt hat, dass Deutschland und Japan aufrüsten und einen aggressiven Kurs fahren und man merkt, dass die Welt bald in Flammen stehen könnte, ändert man das. Die europäischen Demokratien agieren alle so. Man ist von Freunden umgeben, und wenn es Konflikte gibt, ist ja der große Beschützer an der Seite. Es war einfach eine sehr bequeme Situation, die Sicherheitsfragen auf die USA auszulagern. Im Kalten Krieg verhielt sich das mit dem Nuklearschirm auch so, aber die Deutschen stellten immerhin 40 Prozent der Landstreitkräfte in Mitteleuropa. Es reichte dann aber z.B. im Kosovo-Krieg aus, drei Prozent der Einsätze zu fliegen (die Amerikaner flogen 75 Prozent). Man war ein bisschen mit dabei und konnte dafür mit am Verhandlungstisch sitzen. Das war bequem und die Amerikaner haben das auch akzeptiert. Sie haben sich 70 Jahre so positioniert, weil sie den Grundsatz hatten, dass eine Situation wie nach dem Ersten Weltkrieg durch ihren Isolationismus nie mehr passieren solle. Europa dürfe demnach nicht sich selbst überlassen werden, weil es für die amerikanischen Interessen und für die amerikanische Sicherheit von zentraler Bedeutung war.

Das ist jetzt zu Ende. Die Trump-Administration sagt: Wir sind nicht bedroht von Russland. Wir können uns selbst verteidigen. Die europäischen Trittbrettfahrer fügen uns ökonomischen Schaden zu. Unsere Referenzpunkte sind China und der Indopazifik, und ob in Eurasien die Russen oder doch die Europäer die dominante Macht sind, ist uns relativ egal. Trump überlässt Europa dem freien Spiel der Kräfte, weil er es als schwach und zerstritten ansieht. Das ist eine völlig andere Denke als bisher. Ich fürchte, wir unterschätzen die Radikalität von Trump, weil wir den transatlantischen Ansatz zu sehr verinnerlicht haben. Zumindest für unsere Generation ist die Westbindung wie eine Art Religion. Kaum jemand

in der Bundeswehr kann sich vorstellen, dass die USA nicht mehr bereit sein könnten, die Sicherheit Europas zu verteidigen. Wenn man aber mit amerikanischen Kollegen spricht, warnen die vor der disruptiven Bereitschaft bei Trump. Wir brauchen also eine Neuausrichtung der Referenzpunkte unserer Sicherheit. Die Welt ist im Fluss. Als Historiker wissen wir das – die Situation ist vielleicht mit 1806 zu vergleichen, wo sich das Heilige Römische Reich Deutscher Nation aufgelöst hat. Unsere Generation hat nur Frieden erlebt; aber noch das Leben unserer Großeltern hat sich in verschiedenen politischen Systemen abgespielt. Politische Referenzrahmen sind nicht für die Ewigkeit gemacht und kalibrieren sich manchmal neu. Es ist jetzt die große Herausforderung für uns, die Welt neu zu denken.

Wie können die Europäer nun das Verteidigungsbündnis neu aufbauen? War es ein Fehler, die WEU 2011 aufzulösen?

Sönke Neitzel: Ich denke, eine NATO würde sogar ohne die USA funktionieren, auch wenn das ein schwerer Schlag wäre. Aufgrund der Mitgliedschaft Kanadas würde sogar das „*northatlantic*" dann immer noch stimmen. Der entscheidende Vorteil der NATO gegenüber anderen europäischen Institutionen ist, dass die „Hardware" der Strukturen der Stäbe schon vorhanden und die *procedures* eingeübt sind. Die EU kommt dem nicht gleich, weil sie eine zutiefst zivile Macht ist. Das militärische Gefäß ist die NATO.

Eine große Gefahr wäre eher, wenn die USA sich nicht mehr in der NATO engagieren würden, aber nicht austreten und sie letztendlich blockieren würden. Wenn z.B. der amerikanische Oberbefehlshaber in einer Krisensituation von Trump die Anweisung bekäme: Ihr verlegt die *Nato Response Force* nicht ins Baltikum. Dann hätten wir ein Problem. Dann müsste um die NATO herumagiert werden.

Es gibt momentan noch keine Zeichen dafür, dass amerikanische Truppen abgezogen werden. Man hat auch gerade massiv in Europa investiert – in das Hauptquartier in Wiesbaden, in Stuttgart etc. Aber die Amerikaner hatten immer eine Doppelstruktur bei diesen Orten - sie könnten Ramstein und Grafenwöhr behalten und national nutzen. Wir müssen das abwarten. Wir können nur versuchen, selbst stärker zu werden und mit diesem schwierigen amerikanischen Präsidenten auszukommen.

Europäisches Krisenmanagement: Bundeskanzler Merz, Präsident Emmanuel Macron, Präsident Wolodymyr Selenskyj, der britische Premier Keir Starmer und der polnische Premier Donald Tusk, Kiew, 10. Mai 2025
Foto: Picture Alliance/Fotograf: Kyodo

Können Sie die Konturen einer neuen Weltordnung des 21. – und 22. Jahrhunderts sehen?

Sönke Neitzel: Die große Frage wird sein, welche Rolle Europa in dieser Welt spielt. Wir sehen schon de facto China und die USA als die neuen polaren Schwergewichte. Ich glaube nicht, dass Russland langfristig in der Sicherheitsordnung auf dieser Höhe spielen wird, sondern dass der Ukrainekrieg langfristig ein großer Fehler Russlands gewesen ist und dass es weit oberhalb ihrer Gewichtsklasse kämpft. Putin hat den Rubikon überschritten und wird nicht auf Frieden umschalten – langfristig werden die Russen nicht auf der Ebene der USA und Chinas mithalten können.

Und Europa? Wenn die Europäer nicht in der Lage sein werden, in ihrer Peripherie für Frieden zu sorgen, wird es sie als bestimmenden Faktor in der Weltpolitik irgendwann nicht mehr geben. Wir erleben als Zeitzeugen die Verzwergung Europas. Wir haben zwar Starmer, Macron, Merz und Tusk erlebt mit ihrer Forderung eines Waffenstillstands in der Ukraine – das war auch gut so, aber es kam sehr wenig dabei heraus. Trump kann Russland in einem ganz anderem Maß schaden durch Sanktionen und Waffenlieferungen. Das können die Europäer trotz all ihrer Unterstützung nicht, deshalb haben sie politisch kaum Gewicht. Wir erleben gerade – auch von Deutschland mit dem Dreigestirn Merz, Pistorius und Wadephul – gute Initiativen. Die Chance ist nach wie vor immer da. Wir sind eben in vielen Bereichen groß beim Reden, aber noch nicht im Leistungsbereich. Können wir die nächsten Schritte bei der europäischen Integration gehen, sehen wir die Rüstungskooperation auf einer wirklich höheren Niveau, könnten wir aber jenseits des Klein-Klein wirklich vorankommen.

Das Interview führten Rupert Grübl und Monika Franz am 26. Mai 2025.

IM FOKUS

KONTUREN DER DEUTSCHEN AUßENPOLITIK UNTER FRIEDRICH MERZ

LAGE UND PROGNOSE IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

von Mariano P. Barbato

Der britische Premierminister, der französische Präsident, der deutsche Bundeskanzler und der polnische Premierminister treffen sich mit dem ukrainischen Präsidenten 3.v.l.n.r.: Keir Starmer, Wolodymyr Selenskyj, Emmanuel Macron, Friedrich Merz und Donald Tusk, Kiew, 10. Mai 2025. *Foto: Picture Alliance/Photos hot*

Bundeskanzler Friedrich Merz startete seine erste Arbeitswoche außenpolitisch eng getaktet: Am ersten Tag nach der Wahl im Bundestag flog der neue Kanzler nach Paris und von dort direkt nach Warschau. Am zweiten Tag, an dem sich auch das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal jährte, telefonierte Merz mit US-Präsident Donald Trump, dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu. Er konnte auch Glückwünsche an den neu gewählten Papst Leo XIV. senden. Am dritten Tag reiste der Kanzler nach Brüssel zu den Institutionen von EU und NATO. Am vierten Tag besuchte er zusammen mit den Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs und Polens die Ukraine.[1]

1 Vgl. Die Bundesregierung, Aktuelle Informationen der Bundesregierung, 07.-10.8.2025; https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles?page=0 [Stand: 10.05.2025].

Bald machte das Wort vom „Außenkanzler“[2] die Runde. Außenpolitik ist Chefsache. Die im Grundgesetz verankerte Richtlinienkompetenz gibt dem Bundeskanzler den Vorrang. Seit Bismarck gelang es Kanzlern auch unter anderen verfassungsrechtlichen Bedingungen deutsche Außenpolitik zu prägen. Wie der jeweilige Kanzler seine Aufgabe wahrnimmt, hängt auch an der Persönlichkeit.

Bundeskanzler Merz setzte unmittelbar nach Amtsantritt Zeichen partnerschaftlicher Beziehungspflege. Diese Netzwerkarbeit dient der Gestaltung eines geopolitischen Raums, den Deutschland besser mit Partnern als mit Gegnern teilt. Im historischen Rückblick bildet die lange Friedenszeit seit der Wiedervereinigung, in der Deutschland weit und breit nur von Freunden umgeben war, eine Ausnahme. Die russische Aggression hat diese Ausnahmesituation wieder auf einen spannungsreichen Normalzustand zurückgesetzt. Beziehungspflege heißt jetzt auch wieder Allianzbildungen gegen Gegner. Die Konzentration der USA auf die Herausforderung des chinesischen Aufstiegs zur globalen Großmacht erschwert die prekäre Situation für Deutschland sicherheits- und wirtschaftspolitisch. Eine chinesische Aggression könnte die Welt an einen Kipppunkt führen. „Russland ist der Sturm, China der Klimawandel“.[3]

Prognosen und Geschichte

Der außenpolitische Auftakt der Kanzlerschaft von Merz reagierte auf gegenwärtige und zukünftige Herausforderungen nicht nur spontan. Merz steht in einer langen Reihe von Kanzlern, die sich in einem beständigen Raum veränderten Konstellationen widmen mussten. Ob außenpolitisches Handeln der Kanzler Freiheit, Frieden und Wohlstand mehrt oder in Desaster und Verbrechen führt, hängt an vielen offenen Faktoren, die sich nicht alle von Berlin aus kontrollieren lassen. Auch einmal von deutschen Kanzlern getroffene Entscheidungen unterliegen der Interaktion mit anderen Mächten, inklusive einer oft kontroversen Erinnerung daran. In Moskau stand beispielsweise das Weltkriegsgedenken am dritten Arbeitstag von Kanzler Merz konträr zur deutschen Perspektive unter dem Zeichen des Schulterschlusses mit China und der Rechtfertigung des Angriffskriegs auf die Ukraine. Geopolitisches Handeln, inklusive einer damit korrelierten Erinnerungspolitik, stellt sich diesem räumlichen und zeitlichen Feld der Interaktion mit der Absicht strategischer Gestaltung der Zukunft. Die integrative, aber zur Not auch exkludierende Beziehungspflege zu den einflussreichen Mächten stellt das Kerngeschäft der Außenpolitik dar. Wie bei jeder Beziehungsarbeit hängt der Erfolg von allen entscheidenden Akteuren im Beziehungsgeflecht ab.

Die Politikwissenschaft kennt drei grundsätzliche Wege, Zukunftsprognosen zu stellen. Ein sozialwissenschaftlicher Ansatz sucht nach möglichst allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, zumindest mittlerer Reichweite. Werden die empirischen Daten aktuell gehalten, lassen sich die Lage und ihre Handlungserfordernisse abschätzen und adäquate Optionen aufzeigen. George Friedman, beispielsweise, ist aktuell ein prominenter Vertreter einer Zyklentheorie.[4] Ein anderer Ansatz betont normative Forderungen, aktuell die Verpflichtung einer regelbasierten Außenpolitik und ihre Durchsetzung gegenüber Devianz.[5] Eine indirekte Variante davon verkörpern Utopien oder dystopische Szenarien, die unterhaltsam verkleidet normative Forderungen ausstellen und oft die Geschichte als Steinbruch nutzen.[6] Eine dritte Methode verfolgt einen historischen Ansatz, der weder auf Gesetzmäßigkeiten abstellt noch Forderungen präsentiert, sondern nach Mustern und Analogien in einem historisch gewachsenen Beziehungsgeflecht Ausschau hält. Die

2 Vgl. beispielsweise: Monika Jaeger/Matthias Wyssuwa: Regierungserklärung. Es spricht der Außenkanzler. 14.05.2025, FAZ; https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/regierungserklaerung-es-spricht-der-aussenkanzler-merz-110476517.html [Stand: 21.05.2025].

3 Deutscher Bundestag: Parlamentarisches Kontrollgremium, Nachrichtendienste warnen vor Gefahren durch Russland und China, 17.10.2022; https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-pa-pkgr-908684 [Stand: 10.05.2025].

4 Vgl. George Friedmann: Der Sturm vor der Ruhe, Kulmbach 2020. Ein Klassiker wäre Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500-2000, Frankfurt am Main 1987. Das breite Feld ist geprägt von sehr unterschiedlichen Ansätzen.

5 Aktuell vgl. Timo Lockocki: Deutsche Interessen. Wie wir zur stärksten Demokratie der Welt werden – und damit den liberalen Westen retten, Freiburg im Breisgau 2025.

6 Aktuell vgl. Carlo Masala: Wenn Russland gewinnt. Ein Szenario, München 2025.

historische Methode betont die intersubjektive und institutionelle Handlungsfreiheit und -begrenzung von Personen in der Kontinuität eines geopolitischen Raums. Geschichte gliedert ihren Raum durch Zäsuren und Wegmarken, anhand derer vergleichend Optionen sichtbar werden. Historische Vergleiche nehmen keine Gleichsetzung von Gegenwart oder Zukunft mit Geschichte vor. Aber die Kontinuität eines geteilten Handlungsraum reduziert Handlungsoptionen mitunter doch soweit, dass die Analogien in der Geschichte des außenpolitischen Agierens deutscher Kanzler eine präzisere Heuristik abgeben als überzeitliche Strategeme rationaler Akteure oder utopische oder dystopische Fabeln und Fiktionen, ohne dass deren Wert für sich betrachtet geschmälert werden soll. Bismarcks kleindeutsche Reichsgründung von 1871 legte andere Handlungsoptionen fest, als wenn sich 1848 die Parlamentarier der Paulskirche mit einer großdeutschen, im Grunde mitteleuropäischen Variante (etwa unter Einschluss Österreichs) eines Bundesstaates durchgesetzt hätten. Die von dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer etablierte Westbindung der Bundesrepublik für den Kernstaat des geteilten Deutschlands nach dem Ende von Hitlers Großdeutschland im Zweiten Weltkrieg ermöglichte trotz kommunistischer Bedrohung eine nun schon über sieben Jahrzehnte anhaltende Friedensphase, die der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelang. Friedrich Merz deutet an, dass er unter dem Eindruck der Relativierung der US-Rolle bei der Verteidigung Europas die sicherheitspolitische Führungsrolle für Deutschland annehmen möchte, auf die Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung lieber verzichtete. „Um es zu pointieren: ohne permanenten Vergleich keine politische Orientierung."[7]

Geopolitische Morgenlagen im Kanzleramt

Bundeskanzler Friedrich Merz steht mit seiner außenpolitischen Aufgabe in einer geopolitischen Kontinuität, die etwas mit der Lage Deutschlands zu tun hat. Die Metapher der Lage hat eine räumliche und zeitliche Dimension. Die Geographie der Bundesrepublik Deutschland liegt nicht einfach vor, sie wurde historisch gestaltet. Die aktuelle geopolitische Lage bestimmen eingenommener

Protest gegen die Politik Adenauers der Wiederbewaffnung auf dem Münchner Stachus , 21. Mai 1952
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/ Fotograf: Berthold Fischer

Raum und erinnerte Zeit gemeinsam. Eine Lagebeurteilung muss Ort und Zeit im Blick behalten.

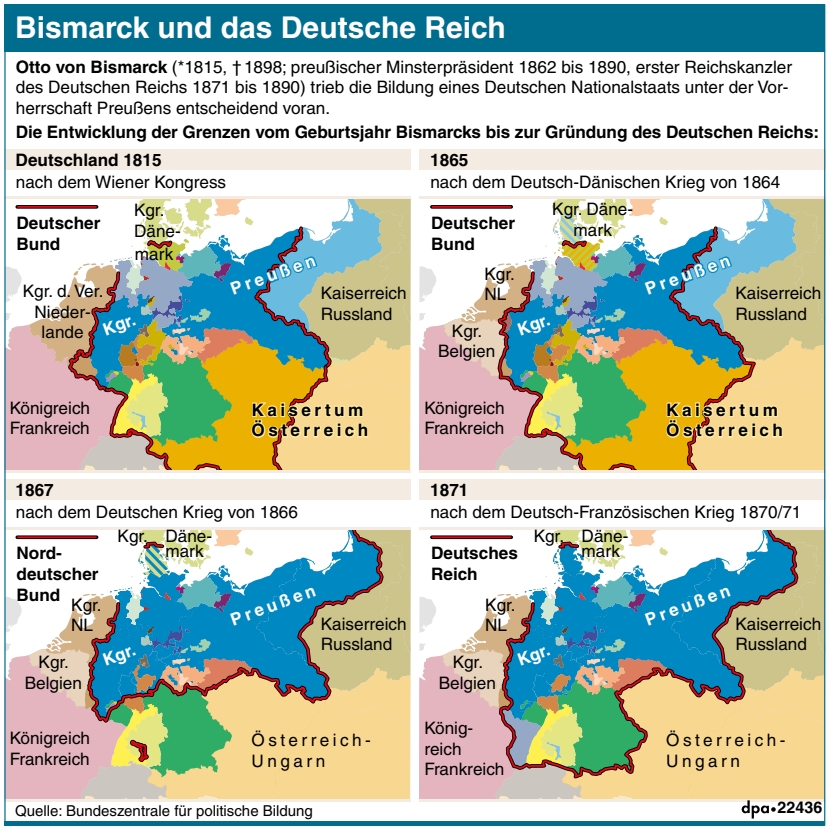
Eine Morgenlage im Kanzleramt stellt sich in diesen räumlichen und zeitlichen Horizont der Prägung und erhebt dabei gleichzeitig den Anspruch, in jeder Lage handlungsfähig zu sein, das Morgen gestalten zu können. Die Morgenlagen markieren einen geotemporären Zustand reflexiver und kommunikativer Entscheidung. Die Metapher des Morgens liefert dabei nicht nur eine Zeitangabe im Tagesablauf, sondern ruft einen doppelten Zeitbegriff auf, der sich im Griechischen durch die Verbindung der Kontinuität des Chronos mit dem Moment des Kairos und seiner Chance auf Spontanität ausdrücken lässt. Jeden Morgen geht die Sonne wieder auf, aber jeder Morgen liefert auch die Chance zum Aufbruch. Mit diesem Zeitverständnis der historischen Kontinuität und der gegebenen Chance determiniert Geschichte nicht, sie gibt einen Orientierungsrahmen vor. Dieser Orientierungsrahmen gilt für einen konkreten Ort. Der Morgen bricht nicht überall gleichzeitig an. Der Sonnenstand bestimmt die Ortszeit und jede Zeit hat ihren Ort. Der aufgrund präziser Funkzeit aus der Mode gekommene Uhrenvergleich zwischen Handelden sicherte das gemeinsame zeitliche und räumliches Aktionsfeld. Die Ablösung der Ortszeit durch die Zeitzonen ist dem Aufkommen der Eisenbahnen des 19. Jahrhunderts geschuldet. Die

7 Herfried Münkler: Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Berlin 2025, S. 15.

Mitteleuropäische Zeit, die sich am Sonnenstand des 15. Längengrads misst (Görlitzer Zeit), leitet sich nicht nur von der deutschen Mittellage ab, sondern ist ein Relikt deutscher Dominanz am Beginn der Industrialisierung. Die Zusammengehörigkeit von Zeit und Ort bleibt aber für den Handlungsrahmen bestehen. Die Zeitzonen deuten an, wie sich der Handlungsradius erweitert hat. Die Ausdehnung der Mitteleuropäischen Zeit von Santiago de Compostela bis zur Suwałki-Lücke zielt immer noch auf einen Handlungszusammenhang eines gemeinsamen Orts ab, der die natürlichen Vorgaben des Sonnenstands übertrumpft. Der Lagebegriff der Geopolitik meint ein solches zeitlich und räumlich gewachsenes Handlungsfeld. Bei der Morgenlage versucht der Kanzler sich einen Überblick über seine Optionen in Zeit und Raum zu verschaffen. In der Wiederholung dieses Augenblicks manifestiert sich die historische Schau auf einen mit anderen Akteuren geteilten Handlungshorizont.[8]

Die deutsche Mittellage

Die Mittellage Deutschlands gehört zu den Konstanten deutschen geopolitischen Denkens. Bismarck grenzte diesen europäischen Fokus von kolonialen Weltmachtambitionen ab: „Hier liegt Russland und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika."[9] Hans-Peter Schwarz sah im wiedervereinten Deutschland der 1990er Jahre die Rückkehr der Zentralmacht Europas.[10] Merz sprach in seiner außenpolitischen Grundsatzrede im Wahlkampf, auf die noch ausführlicher einzugehen sein wird, von Deutschland als „schlafender Mittelmacht", die eine führende Mittelmacht werden solle.[11] Die Rede von der Mitte bewegt sich zwischen Ortsbeschreibung und Gestaltungsanspruch.



Entwicklung der Grenzen in Deutschland vom Geburtsjahr Bismarcks (1815) bis zur Gründung des Deutschen Reichs 1871 *Foto: Picture Alliance/dpa infografik*

Deutschland liegt in der vorgestellten Mitte eines europäischen, transatlantischen oder eurasischen Kooperations- und Konfliktraums mit weltpolitischer Ausstrahlung. Diese eurozentristische Perspektive gilt für Deutschland, auch wenn Europa zunehmend an die Peripherie des Weltgeschehens rücken sollte. Diese Lage in der Mitte Europas und ihre historischen Anreicherungen in materieller und ideeller Hinsicht gaben den Kanzlern Varianten der gleichen Aufgabe auf: Beziehungspflege. Deutsche Interessen sind über die Mittelage an der Übersetzung des ursprünglichen Lateins des Interessensbegriff besonders nahe dran. „*Inter esse*" heißt wörtlich übersetzt „dazwischen sein".[12] Auf die Frage, wie Vorteile für Deutschland aus der Beziehungspflege des Dazwischen erwachsen können, fanden deutsche Kanzler seit Bismarck sehr unterschiedliche Antworten. Dominanz- und Ausbruchsversuche waren deutlich weniger erfolgreich als interaktive Einbindungsbestrebungen.

8 Vgl. Mariano Barbato: Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz, Frankfurt am Main/New York 2024, S. 11–15.

9 Zit. nach: Christoph Nonn: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert, München 2015, S. 314.

10 Vgl. Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

11 Vgl. Friedrich Merz: Außenpolitische Grundsatzrede. CDU/CSU-Fraktion, 23.01.2025; https://www.cducsu.de/themen/aussenpolitische-grundsatzrede [Stand: 10.05.2025].

12 Vgl. grundsätzlich zu Interesse als abgeleitet von *inter homines esse*: Hannah Arendt: *Vita activa* oder Vom tätigen Leben, München 1971, S. 17.

Bis Reichskanzler Bismarck muss der historische Horizont mindestens reichen, da seine Reichsgründung nicht nur das deutsche Völkerrechtssubjekt und sein Staatsvolk schuf, sondern auch die Lage Deutschlands nachhaltig bestimmte. Seit Bismarck die kleindeutsche Lösung zuerst gegen Österreich (1866) und dann gegen Frankreich (1870/71) unter englischer und russischer Duldung durchgesetzt hatte, blieb genau dieses nachbarschaftliche Beziehungsgeflecht zwischen Russland und England im Norden und Frankreich und den mitteleuropäischen Nachfolgern der Donaumonarchie im Süden für Deutschland bestimmend.

Am Ende des 20. Jahrhunderts legte der britische Historiker Niall Ferguson eine umstrittene These vor, die besonders zum Weltkriegsgedenken 2014 Furore machte. Großbritannien hätte demnach 1914 nicht in den Krieg eintreten sollen. Die Briten hätten besser den deutschen Sieg in Kauf genommen. So wäre zuerst allen die Ausweitung des Krieges zum Weltkrieg, dann der NS-Staat und der Zweite Weltkrieg erspart geblieben. Deutschland wäre heute auch mit einem 1914 gewonnenen Krieg gegen Frankreich und Russland auf dem Kontinent nicht dominanter, als es über den europäischen Integrationsprozess am Ende des 20. Jahrhunderts ohnehin geworden sei.[13]

Diese These muss man nicht teilen, um das bleibende Grundproblem der deutschen Lage zu erfassen: Kann Deutschland Europa führen oder muss es sich transatlantisch nach Westen oder eurasisch nach Osten einbinden lassen? Die Varianten deutscher Führung in Europa können sich zwischen den Extremen ausbeutender Unterdrückung und benevolenter Partnerschaft für die unmittelbare Nachbarschaft, insbesondere Frankreichs und Polens, gänzlich anders ausnehmen. Moskau und Washington bzw. London werden sich immer die Frage stellen, ob dieser europäische Machtblock seine Potentiale konträr oder komplementär zu den eigenen Interessen entfaltet. Entsprechend wird er unterstützt oder eingedämmt werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg fungierte Deutschland als Motor der europäischen Einigung im Rahmen des transatlantisch verankerten Westens. Mit dieser eingebundenen Führung war Deutschland erfolgreich, allein und dominant nicht. Der gegenwärtig diskutierte europäische Alleingang bei einem Rückzug der USA wäre eine prekäre Neuentwicklung. Der gelungene Antrittsbesuch von Bundeskanzler Merz bei US-Präsident Donald Trump macht Hoffnung auf eine stabile Verschränkung deutscher und amerikanischer Interessen. Ein drohender Anschluss an Eurasien nach dem Zweiten Weltkrieg durch Stalins Sowjetunion, die sich weite Teile Mittel- und Osteuropas unterwarf, konnte zumindest für den westlichen Teil und nach gegenwärtigem Stand Deutschlands und Europas im Ost-West-Konflikt dank der transatlantischen Rückversicherung vermieden werden. Trotz der geschwächten Position des heutigen Russlands dürfte Deutschland und Europa gut beraten sein, weiter auf ein Bündnis mit den USA zu setzen, selbst wenn die Konditionen dafür ungünstiger werden.

Außenpolitische Grundsatzrede. Merz im Wahlkampf

Friedrich Merz hielt am 23. Januar 2025 beim *Global Leaders Dialogue* der Körber-Stiftung eine außenpolitische Grundsatzrede,[14] in der sich die Kontinuität des geopolitischen Beziehungsdenkens widerspiegelte. Aus dieser Kontinuität heraus bemisst Merz die deutschen Handlungsoptionen.

Die vom Bundeskanzler vorgelegte Strategie setzt bei einer Kontextualisierung der neuen Herausforderung im Kampf zwischen Demokratie und Autokratie als „Epoche des Systemkonflikts“[15] an und ordnet sie so in die Erfahrung der Weltkriege und des Kalten Kriegs ein. Der Ost-West-Konflikt zwischen liberalem Westen und autokratischem Osten, in dem die Zugehörigkeit und die Handlungsfähigkeit Deutschland historisch lange nicht geklärt war, soll weiter die Matrix liefern, mit der sich die Mittellage Deutschland über Einbindung in den demokratischen Westen auflösen lässt. Die europapolitische Komponente des Westens muss aufgrund der Anforderungen der USA gestärkt, die grundlegende Orientierung an den USA kann so europäischer ausgestaltet, aber nicht abgelöst werden.

Diese Strategie der Westbindung knüpft an die Weichenstellung von Konrad Adenauer nach dem

13 Vgl. Niall Ferguson: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Berlin 2013.

14 Vgl. Merz (wie Anm. 11)

15 Ebd.

Zweiten Weltkrieg an. Als die Grünen-Vorsitzende Franziska Brantner von Merz im April 2025 einen „Adenauer-Moment“[16] einforderte, zielte sie vor allem auf eine Europäisierung der deutschen Politik unter dem Eindruck amerikanischer Rückzugstendenzen ab. Anders als Merz musste Adenauer ein kriegszerstörtes und geteiltes Deutschland in Europa verankern, das seine Souveränität erst wieder gewinnen musste. Aber Adenauer hatte für diese Aufgabe die USA an seiner Seite. Merz agiert unter dem Risiko, dass Adenauers Albtraum wahr werden könnte: eine Verständigung der USA mit Russland auf Kosten Europas und damit Deutschlands. In Anlehnung an Bismarcks *Cauchemar des Coalitions*, dem Albtraum der einkreisenden Koalitionen, sprach Adenauer vom Albtraum von Potsdam, der Wiederholung einer Aufteilung Europas und Deutschlands.[17] Bei seiner letzten europapolitischen Rede malte Adenauer kurz vor seinem Tod und nach seiner Kanzlerschaft 1967 in Madrid dieses Szenario im Angesicht einer energiepolitischen Dominanz der Atommächte durch den Atomwaffensperrvertrag und den unwägbaren Aufstieg Chinas aus. Europa müsse auf Frankreich setzen, weil weder Washington noch London verlässliche Partner in diesem Ringen seien.[18] Bundeskanzler Willy Brandt unterschrieb 1969 den geschmähten Vertrag und leitet mit der Ostpolitik auch eine energiepolitische Wende mit dem Gas Sibiriens ein, die bis zum Angriffskrieg Moskaus Bestand hatte. Es dauert über ein halbes Jahrhundert bis Adenauers Alb zurückkehrte. Aber jetzt könnte er da sein.

Bundeskanzler Merz steht einem aggressiven Russland gegenüber. Er wird dabei von den USA nicht hinreichend gedeckt, die vielmehr ein Arrangement mit Russland suchen, um China Paroli bieten zu können. Die Energiewende hat dabei lange noch nicht den technischen Stand erreicht, der für eine Zeit nach dem durch sibirisches Gas gestützten Übergang anvisiert war. Die überraschend große Schuldenaufnahme schon zu Beginn der Koalitionsverhandlungen der Regierung Merz versuchte diesen Gordischen Knoten zu zerschlagen. Der potenzielle Kanzler folgte vielleicht nicht so sehr den Forderungen seines zukünftigen Koalitionspartners, sondern eher der Blaupause, die Mario Draghi im Herbst 2024 der Europäischen Union vorgelegt hatte. Draghi schlug in seinem Bericht eine umfangreiche kreditfinanzierte rüstungs- und klimapolitische Neuausrichtung europäischer Industriepolitik vor.[19] Bundeskanzler Merz sagt damit eine deutsche Führungsrolle in Europa zu, wie sie bisher nicht gegeben war. Die Balance zwischen Einbindung und Eigenständigkeit muss dabei erst gefunden werden. Historische Beispiele drängen sich hier nicht auf. Bisher versuchte Deutschland eher Führung gegen die großen Nachbarn oder ordnete sich stärker ein. Merz und die Mächte um Deutschland betreten Neuland.

Mit dem Brexit verabschiedete sich das Vereinigte Königreich von der engen Bindung der Europäischen Union. Zu Beginn von Merz‘ Kanzlerschaft unterzeichneten London und Brüssel aber ein Abkommen, das Großbritannien zumindest rüstungs- und verteidigungspolitisch wieder enger an die EU rücken soll. Bereits zu Vorgänger Bundeskanzler Olaf Scholz war König Charles III. noch vor seiner Krönung gereist, um im Bundestag eine Rede auf die deutsch-britische Freundschaft zu halten. Dabei beschwor er nicht nur Kultur und Geschichte, sondern legte besonderen Wert darauf, dass Deutschland und Großbritannien sowohl militärisch wie energiepolitisch (Windparks in der Nordsee) eng zusammenarbeiten.[20] Auch wenn sich Adenauers Befürchtung, dass sich Großbritannien nicht in das europäische Integrationsprojekt werde

16 Franziska Brantner: Das Land braucht einen Adenauer-Moment. Und zwar jetzt! Interview mit Ferdinand Otto, Zeit Online, 12.04.2025; https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-04/franziska-brantner-koalition-die-gruenen-klimschutz-europa-opposition [Stand: 10.05.2025].

17 Hans-Peter Schwarz: Adenauer, Bd. 2: Der Staatsmann. 1952–1967, München 1994, S. 827–850.

18 Konrad Adenauer, 16. Februar 1967, Rede im Ateneo in Madrid; https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februar-1967/ [Stand: 10.05.2025].

19 *European Commission: The future of European competitiveness. Report by Mario Draghi.* 09.09 2024; https://commission.europa.eu/topics/strengthening-european-competitiveness/eu-competitiveness-looking-ahead_en#:~:text=The%20future%20of%20European%20competitiveness%3A%20Report%20by%20Mario%20Draghi,Europe's%20sustainable%20prosperity%20and%20competitiveness [Stand: 10.05.2025].

20 König Charles III: Rede Seiner Majestät König Charles III. vor dem Deutschen Bundestag, 30.03.2023; https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw13-koenig-charles-rede-940994 [Stand: 10.05.2025].

einbinden lassen, mit dem Brexit bewahrheitete, kann Deutschland unter dem Eindruck der russischen Aggression doch auf England setzen. Im Oktober 2024 folgte mit der *Trinity-House*-Vereinbarung eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit beider Länder. Anders als bei Adenauers Albtraum von Potsdam steht England, deutlich geschrumpft in seiner globalen Ausdehnung, nicht auf der Seite der außereuropäischen Großmächte, die Deutschland und Europa aufteilen, sondern schützt, wie im Besuch in der Ukraine von Starmer zusammen mit Merz, Macron und Tusk demonstriert, das ganze östliche Mitteleuropa, zumindest soweit es in seinen Kräften steht. Trotz der eklatanten Machtverschiebung im letzten Jahrhundert entsteht dadurch eine bemerkenswerte Konstellation für Deutschland. Nicht nur Frankreich ist bereit, seine Kräfte mit Deutschland zum Schutz Mitteleuropas zu bündeln, auch England willigt ein. Polen formulierte für die neue Konstellation schon vor Jahren durch seinen damaligen Außenminister die Leitthese: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit."[21]

Um diese Dimension der Veränderung abschätzen zu können, lohnt ein Blick ins Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg und in die erste Phase einer durch Kolonialismus und Imperialismus geprägten Globalisierung. Reichskanzler Bülow hatte einen Platz an der Sonne verlangt und damit vor allem das British Empire herausgefordert. Die Flottenpolitik des Kaiserreichs und ihr maritimer Druck in der Nordsee auf das Mutterland sollte Deutschland eine Beteiligung am englischen dominierten Welthandel erzwingen helfen: „Die Zukunft liegt auf dem Wasser", lautete der Slogan.[22] Mit Blick auf die Offshore-Hoffnungen der Energiewende liegt die Zukunft wieder auf dem Meer, nun aber nicht gegen, sondern gemeinsam mit London. Deutschland hofft nicht darauf, zwischen den Rivalen England und Russland hindurchnavigieren zu können, sondern kann auf ein breites europäisches Bündnis setzen, das England gegen Russland einschließt.

Bei seiner Grundsatzrede ging Friedrich Merz auf dieser breiten Basis in Europa noch einen Schritt hinaus und visierte eine gemeinsame Politik im Indo-Pazifik an.[23] Seit der spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow für Deutschland „ein Platz an der Sonne" des Imperialismus gefordert und das chinesische Kiautschou 1898 als ostasiatischen Kolonialhafen gewonnen hatte, galt Asien als unverzichtbarer Markt. Anders als bei Kanzler Bülow geht es bei Merz nicht um einen Kolonialhafen für die deutsche Flotte in China. Er plädierte bei seiner Grundsatzrede für eine gemeinsame maritime Basis der Europäer in Ostasien. Den Partnern im Indopazifik, Merz zählt Indien, Japan, Australien und Neuseeland auf, soll signalisiert werden, dass die Hilfe für Europa keine Einbahnstraße sei. Die Europäer seien in der Lage, ihre Macht auch unterstützend in den Indopazifik zu projizieren. Falls Deutschland tatsächlich in absehbarer Zeit fünf Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Rüstung stecken sollte, dann wäre die Realisierung solcher Überlegungen nicht gänzlich unmöglich.

Weltpolitik visierte Merz aber nicht nur im Fernen, sondern auch im Nahen Osten an. Anders als im Kaiserreich, als die Erschließung des Nahen Ostens über die Partnerschaft mit der Türkei bewerkstelligt werden sollte, sieht der Bundeskanzler Israel als den engsten Partner Deutschlands und

Verteidigungsminister John Healey und sein deutscher Amtskollege Boris Pistorius bei der Unterzeichnung des neuen britisch-deutschen Verteidigungsabkommens im Trinity House in London, 23. Oktober 2023 *Foto: Picture Alliance/empies/Fotograf: Jordan Pettitt*

21 Radosław Sikorski: „Ich fürchte die deutsche Untätigkeit". Europa erlebt gerade seinen beängstigendsten Moment. Nur Berlin kann den Niedergang abwenden, Zeit Nr. 49/2011.

22 Vgl. Gerd Fesser: Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche „Weltpolitik" 1897–1914, Bremen 1996, S. 35 f.

23 Vgl. Merz (wie Anm. 11).

schließt im Rahmen der *Abraham-Accords* insbesondere die Golfstaaten mit ein. Mit dem Präventivschlag gegen den Iran schafft Israel weiter militärisch Fakten für eine Machtverschiebung im Nahen Osten. Merz kommentierte dieses drastische Vorgehen damit, dass Israel die „Drecksarbeit" für alle erledige. Die breite Kritik an dieser Formulierung signalisiert, dass der Wetterwechsel in der deutschen Geopolitik noch nicht auf breiter Front erkannt wurde.

Sowohl über die Partner im Indo-Pazifik wie im Nahen Osten lässt sich gut erkennen, dass auch die Weltpolitik von Kanzler Merz nicht gegen, sondern mit den angelsächsischen Mächten betrieben werden soll. Die USA mag sich aus Europa zurückziehen und Russland mehr zugestehen, als aus europäischer Sicht akzeptabel ist. Weltpolitisch stehen Deutschland und mit ihm Europa in der Perspektive von Merz eng an der Seite der USA und bewegen sich vorrangig im Rahmen der US-Eindämmung von China. Weniger als bei Reichskanzler Bülow und viel stärker als bei Adenauer beschränkt sich der deutsche Spielraum auf den von Washington gesetzten Rahmen. Anders als Brantners „Adenauer-Moment" suggeriert, kann Merz europapolitisch nichts von Gewicht tun, was weltpolitisch nicht mit den USA abgestimmt wäre; zumindest nicht, wenn dies aus eigener europäischer Kraft geschehen sollte.

Damit drängen sich weniger Reichskanzler Bülow und Bundeskanzler Adenauer als naheliegende Analogien auf. Ins Auge fällt vielmehr Bundeskanzler Helmut Schmidt. Es war Schmidt, der sich in den 1970er Jahren in einer ähnlichen Konstellation wie Merz heute befand. Die Nixon-Administration hatte die Überdehnung des Vietnamkriegs zu bezahlen und hob dafür den Goldstandard für den Dollar auf. Damit war dem System von Bretton Woods vielleicht noch radikaler die Grundlage durch seinen Hüter entzogen worden wie durch Donald Trumps Zollpolitik die Globalisierung ihre Grundlage verliert. Diese Schwächephase der USA nutzte die Sowjetunion für Abrüstungsvereinbarungen bei den Interkontinentalraketen, aber auch für eine atomare Aufrüstungspolitik, deren Mittelstreckenraketen Europa und insbesondere das geteilte Deutschland bedrohten. Auch damals war nicht klar, ob die USA bereit gewesen wären, einen Atomkrieg für Berlin zu riskieren.

Bundeskanzler Schmidt löste beide Fragen im engen europäischen Schulterschluss durch die stützende Einbindung der USA. 1975 initiierte Kanzler Schmidt zusammen mit dem französischen Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing auf Schloss Rambouillet ein Treffen, aus dem die G7 hervorgehen sollten. Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada verteidigten die Vormachtstellung der USA trotz der einseitigen Kostenverschiebung durch Washington, um die westlich dominierte Weltwirtschaftsordnung insgesamt zu erhalten und zu stärken. In diesem Krisenmanagement wurden die neuen Grundlagen der Weltwirtschaft gelegt, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Blaupause für die Globalisierung abgaben. Das Jubiläumstreffen in den kanadischen Rocky Mountains im Juni 2025 unterstrich die Handlungsfähigkeit der G7 durch die gemeinsame Positionierung gegen den Iran auch unter den schwierigen Bedingungen US-amerikanischer Neujustierung der Handelsbeziehungen.

Iranischer Raketenangriff im Zentralbezirk Israels als Antwort auf die israelische Operation *„Rising Lion"*, 17. Juni 2025 *Foto: Picture Alliance/Middle East Images/ Fotograf: Matan Golan*

Kanzler Schmidt musste seinerzeit ebenfalls nicht nur ökonomische, sondern auch verteidigungspolitische Verwerfungen glätten. Der Niedergang der Sowjetunion wurde nicht zuletzt durch die Akzeptanz des Rüstungswettlaufs begünstigt, für den Schmidt die USA am Ende der 1970er Jahre gewinnen konnte. Der von Schmidt initiierte NATO-Doppelbeschluss von 1979 bot der UdSSR Abrüstungsverhandlungen an, verband eine Verweigerung aber mit der Konsequenz der Nachrüstung in Europa bei den Mittelstreckenraketen.[24]

Weder die Nachrüstung noch die Deregulierung der Wirtschaft konnte Schmidt selbst zu Ende

24 Vgl. Barbato (wie Anm. 8), S. 183–197.

führen. Er scheiterte am Widerstand seiner SPD wie am Koalitionsbruch der FDP. Aber sein Nachfolger Helmut Kohl setzte Schmidts Politik hinsichtlich des Welthandels und der Nachrüstung im transatlantischen Rahmen so konsequent und erfolgreich fort, dass auf dieser Basis die Ära eines goldenen Vierteljahrhunderts von 1989 bis zum ersten Überfall auf die Ukraine von 2014 eingeleitet werden konnte.

Trotz mancher Ähnlichkeiten wiederholt sich Geschichte nicht. Der Vergleich muss immer auch die Unterschiede im Auge behalten. Die Ära Schmidt war ebenfalls eine Zeit des Terrorismus mit dem Höhepunkt des sog. „Deutschen Herbsts" und der Entführung der Lufthansa Maschine Landshut durch ein palästinensisches Terrorkommando zur Freipressung der ersten Generation der RAF. Der Krieg der USA gegen den Terror, der nach 9/11 das goldene Vierteljahrhundert der Globalisierung trübte, ist vorbei. Aber ob der Trump-Administration eine Befriedung des Nahen Ostens gelingt, lässt sich nicht absehen. Ein breit prosperierender Naher Osten könnte auch den Migrationsdruck am Mittelmeer senken. Merz könnte sich jedoch auch einer neuen islamistischen-linksextremistischen Terrorallianz gegenübersehen. Die Ermordung von zwei israelischen Botschaftsmitarbeitern in Washington durch einen propalästinensischen Linksextremisten weist in diese Richtung.

Der Nixon-Administration gelang ohne deutsches Zutun ein Ausgleich mit der kommunistischen Volksrepublik China, für das Washington bereit war, den Anspruch der chinesischen Nationalregierung auf Taiwan aufzugeben. Dieser Ausgleich beendete die ideologische Allianz der kommunistischen Mächte und schwächte die Sowjetunion. Trumps bisher erfolgloses Werben um Putin für ein Ende des Krieges in der Ukraine scheint in der größeren Perspektive auf eine Rochade in die umgekehrte Richtung hinauszulaufen. Damals wurde China von der Sowjetunion getrennt, heute soll Russland von China getrennt werden. Durch die umgekehrte Richtung mindert sich nicht wie damals der Druck auf Europa, es erhöht ihn. Taiwan wurde damals nicht gänzlich von den USA im Stich gelassen, aber es büßte doch erheblich an Gewicht ein. Zu Beginn der zweiten Trump-Administration wurde gefürchtet, der neue US-Präsident könnte sich auch dann auf Putin einlassen, wenn dieser in der Ukraine nicht zu Konzessionen bereit ist. Diese Sorge ist nicht ganz vom Tisch, auch wenn Trump Putin nicht noch weiter entgegenkam und die Ukraine weiter unterstützt.

LESESTOFF

Demnächst im Publikationsangebot der Landeszentrale als Sonderausgabe:

Mariano Barbato: Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt am Main/New York 2025.

Deutschlands Außenpolitik sieht sich seit 1871 einem Zielkonflikt ausgesetzt: Soll sich das Land im »Windschatten der Weltpolitik« einrichten? Oder soll es „weltpolitische Verantwortung" übernehmen? Hatte noch das Kaiserreich einen „Platz an der Sonne" gesucht, so hegten die grauenvollen Erfahrungen zweier Weltkriege die deutschen Ambitionen ein und prägten eine Kultur der Zurückhaltung.

Mariano Barbato erklärt den Vorstellungsrahmen deutscher Außenpolitik und ihrer „Wetterwechsel" eindrucksvoll entlang der außenpolitischen „Morgenlagen" des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, der NS-Diktatur, des westdeutschen Kernstaats und des vereinten Deutschlands. Sein Buch zeigt, dass es stets auf das Kanzleramt ankommt, ob Sturm aufzieht oder Deutschland im europäischen Windschatten der Weltpolitik prosperiert.

Quelle: Campus Verlag

Der SPD-Parteitag am 19. April 1982 stand ganz im Zeichen des NATO-Doppelbeschlusses. Bundeskanzler Helmut Schmidt versuchte, die skeptischen Delegierten von der Notwendigkeit der Nachrüstung zu überzeugen. Am 1. Oktober 1982 wurde er durch einen Misstrauensantrag gestürzt. *Foto: Picture Alliance/dpa/ Fotograf: Klaus Rose*

Die Option auf einen Gegenzug, die Europa damals nicht hatte und die auch heute nicht auf der Tagesordnung steht, wäre ein europäischer Ausgleich mit China. Wenn man auf die langlaufende Konjunktur der USA setzen möchte, stellt diese Option aber keine echte Alternative dar. China könnte demographisch wie ökonomisch seinen Zenit bereits überschritten haben. Selbst wenn es etwas weniger lukrativ für Deutschland und Europa ausgehen sollte als zu Zeiten Schmidts, dürfte Merz doch Transatlantiker bleiben. Aus eigener Kraft in Europa wird es weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch gehen. Dazu sind die Mittel und der Einigungswille der Europäer zu begrenzt. Deutschland kann zwar heute anders als im Kaiserreich auf Frankreich, Polen und England zählen, doch die gemeinsame europäische Macht ist im Weltmaßstab geschrumpft.

Zur transatlantischen Westbindung bliebe nur die radikale Alternative Eurasiens. Eine solche Überlegung kehrt zur alten Frage des Kaiserreichs zurück, ob Deutschland eine westliche oder eine östliche Macht wäre, wenn es sich denn nicht in der Mitte behaupten kann. Diese Neuausrichtung hat in Deutschland gegenwärtig keine Basis. Aber die Stimmen, die eine solche Orientierung fordern, schließen mit Gerhard Schröder auch einen Altkanzler mit ein.[25] Die Option für den Osten war immer auch mit einem autoritären Regime verbunden und von daher nur für wenige attraktiv. Unabhängig von der normativen Orientierung muss eine eurasische Wende sich aber auch fragen lassen, ob Russland und China trotz mancher Erfolge tatsächlich gegen die USA die ökonomischen Lokomotiven der Weltwirtschaft werden können. Vieles deutet darauf hin, dass die Seemächte des Westens in der Lage sind, trotz des Aufstieg des Südens und innerhalb einer multipolaren Welt die Vormacht zu stellen.[26] Merz scheint diese Überzeugung zu teilen.

25 Vgl. Gregor Schöllgen/Gerhard Schröder: Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen, München 2021.

26 Vgl. Barbato (wie Anm. 8), S. 287–303.

IM FOKUS

GOOD BYE, AMERICA?

OPTIONEN FÜR EUROPA IN EINER GEFÄHRLICHEN WELT

Eine Einordnung von Stephan Bierling

Donald Trump hat den Europäern die Zusammenarbeit brutal aufgekündigt, ja, sie zu Feinden erklärt. Die sind völlig unvorbereitet auf eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt, und suchen verzweifelt nach neuen Wegen.

US-Präsident Donald Trump und First Lady Melania Trump in Washington, D.C., 14. Juni 2025. Die US-Armee feiert ihren 250. Geburtstag mit einer Militärparade, die mit dem 79. Geburtstag von Präsident Donald Trump zusammenfällt.
Foto: Getty Images/Fotograf: Andrew Harnik

Selten in der Geschichte kann man Anfang oder Ende eines Zeitalters mit einem konkreten Datum versehen. Meist reift eine neue Epoche langsam heran oder verabschiedet sich in einer zähen Phase des Siechtums. Die westliche liberale Ordnung etwa entstand in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre Schritt für Schritt. Sie gründete auf individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel, auf Institutionen wie der UNO, dem IWF, der Weltbank sowie der NATO und umfasste neben Nordamerika vor allem die Staaten Westeuropas. Nach dem Zerfall der Sowjetunion kamen die meisten anderen Nationen des Kontinents hinzu. Getragen wurde die Ordnung von der militärischen und wirtschaftlichen Macht der USA, die die Sicherheit der Partner gewährleisteten und ihre Zusammenarbeit organisierten.

Der Todeszeitpunkt dieser Ära lässt sich, und das ist historisch außergewöhnlich, präzise bestimmen: Es war am späten Vormittag des 28. Februar 2025, als Donald Trump seinen ukrainischen Amtskollegen und bisherigen Verbündeten Wolodymyr Selenskyj nach einem heftigen Streit vor laufenden Kameras aus dem Weißen Haus schmiss. Der Rauswurf war Höhepunkt zweier dramatischer Wochen, in denen Washington die transatlantische Partnerschaft meuchelte. Am 12. des Monats hatte Verteidigungsminister Pete Hegseth bei der NATO in Brüssel verkündet, die USA würden sich künftig um die Sicherheit ihrer eigenen Grenzen kümmern und nicht mehr um die Europas. Zwei Tage später erklärte J. D. Vance, Vizepräsident und Kettenhund Trumps, auf der Münchner Sicherheitskonferenz der Alten Welt den Kulturkrieg. Ihm bereiteten nicht Russland oder China die meisten Sorgen, so Vance in seiner verqueren Sicht der Realität. Vielmehr sei es Europa, von dem die größte Gefahr ausgehe, weil es sich von den gemeinsamen, sprich: Trump'schen, Werten abgewandt habe. Am 16. Februar folgte der nächste Hieb, als die USA direkte Gespräche mit Russland über die Zukunft der Ukraine in Saudi-Arabien begannen unter Ausschluss des angegriffenen Landes und Europas. Kurz darauf wollte Trump, einem Mafia-Boss gleich, Selenskyj per Knebelvertrag die Bodenschätze seines Landes abpressen. Als der sich weigerte, übernahm Trump eins-zu-eins russische Propaganda, denunzierte ihn als Diktator und bezichtigte ihn, den Krieg begonnen zu haben. Und am 24. Februar, dem 3. Jahrestag der russischen Invasion, stimmten die USA mit Russland, Nordkorea, Belarus und einigen afrikanischen Putschisten-Regimen, aber auch mit Israel und Ungarn, in der UN-Generalversammlung gegen eine Verurteilung von Putins Vernichtungskrieg und stellten sich damit auf die Seite des Aggressors. Der Kreml konnte sein Glück kaum fassen. „Das unverschämte Schwein hat endlich eine ordentliche Ohrfeige im Oval Office bekommen", feixte Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow triumphierte, der neue US-Präsident „teile weitgehend unsere Sicht". Seither hat Trump die Waffen- und Geheimdiensthilfe für Kiyv unterbrochen, sich neuen Sanktionen gegen Russland verweigert und den Kreml-Herrscher umgarnt – zuletzt auf dem G7-Gipfel Mitte Juni in Kanada.

Warum tut Trump all dies? Und was bedeutet das für Europa, das sich auf einmal, wie Kevin in der Hollywood-Komödie, allein zu Haus findet? Die Antwort auf die erste Frage wissen wir nicht genau. Es kann sein, und das ist die machtpolitisch wohlwollendste Interpretation, vorgetragen von US-Außenminister Marco Rubio, dass Trump Russland mit einer Charmeoffensive (und der Ukraine als Geschenk) aus den Fängen Chinas herausführen und als Partner gewinnen will. Dieses Argument scheitert jedoch an der simplen Überlegung: Warum sollte Putin den irrlichternden Trump, der nur noch vier Jahre regieren kann, gegen den treuen Unterstützer Xi Jinping, der auf Lebenszeit herrscht, eintauschen?

Wahrscheinlicher ist, dass der amerikanische Präsident sich in der rohen Großmachtpolitik einfach wohl fühlt. Schwächere einschüchtern, sich im Image des Macho-Führers suhlen, willkürlich handeln, anderen seine Lügen aufzwingen, Unterwerfung belohnen, Unbotmäßigkeit bestrafen – das hat Trump ein Leben lang praktiziert: als Immobilienentwickler, TV-Showmaster und Politiker. In seiner Welt sind Regeln, internationale Organisationen, Multilateralismus und Rücksichtnahme nicht vorgesehen, dort regiert das Gesetz des Dschungels. Trumps Kolonialansprüche auf Grönland, Kanada und den Panama-Kanal erinnern an Potentaten im 18. und 19. Jahrhundert. Nicht von ungefähr schwärmt er ständig von seinem Vorgänger William McKinley, einem Erzimperialisten, unter dem die USA 1898 nach einem provozierten Krieg mit Spanien die Philippinen, Guam und Puerto Rico übernahmen.

Dazu passt, dass Trump seit seinem Eintritt in die Politik 2015 Diktatoren hofiert und verbündete demokratische Staats- und Regierungschefs, die sich an Verfassung, Recht und Gewaltenteilung halten, als Schwächlinge verachtet. Putin sieht er als

Präsident Donald Trump präsentiert seine Tabelle mit gegenseitigen Zöllen während einer Veranstaltung zum *Liberation Day* (Tag der Befreiung) im Rosengarten des Weißen Hauses in Washington, D.C., 2. April 2025. *Foto: Picture Alliance/Sipa USA*

Blutsbruder, gerade klagte er im Oval Office, wie übel das FBI sie beide verfolgt habe. Selenskyj hingegen verachtet der US-Präsident, seit dieser 2019 trotz aller Drohungen keine Schmutzgeschichten über Joe Bidens Sohn Hunter wegen dessen Ukraine-Geschäften lieferte. Der Erpressungsversuch brachte Trump sein erstes Amtsenthebungsverfahren ein. Getoppt wird alles von seinem Hass auf die EU. Schon 2016 hat Trump den Brexit befeuert und gefeiert, in seiner ersten Amtszeit Brüssel als „Feind" tituliert. Ende Februar legte er bei seiner Strafzoll-Ankündigung auf europäische Importe nach: „Die Europäische Union wurde gegründet, um die Vereinigten Staaten fertigzumachen, das ist ihr Zweck, und das haben sie gut hingekriegt, aber jetzt bin ich Präsident." Nicht nur zuhause, auch international lebt Trump Rachefantasien und Jähzorn aus. Das europäische Establishment hat während seiner ersten Amtszeit auf ihn herabgeschaut, ihn als Polit-Proll geschmäht, seinen animalischen Instinkt für Stimmungen und die Sorgen der kleinen Leute lächerlich gemacht, seinen Wahlsieg 2016 als Ausrutscher betrachtet, sich an seiner Niederlage 2020 geweidet. Vier Jahre lang hat Trump in Mar-a-Lago seine Wunden geleckt, sich in seine selbstverliebte Opferrolle hineingesteigert und sich immer weiter radikalisiert. Jetzt, nach seinem historischen Comeback, ist *payback time*, die Zeit, in der er es Europa heimzahlt. Die EU zu spalten, sich ihre Mitglieder separat vorzuknöpfen und dort autoritäre Glaubensgenossen an die Macht bringen zu wollen, folgt dieser Logik. Gleichzeitig erklärt Trump, die EU sei gegründet worden, um „die USA auszunehmen" und überzieht sie mit Strafzöllen.

Für die Europäer ist es letztlich einerlei, warum der US-Präsident die westliche Ordnung zerstört. Trump II ist für sie der GAU, die Kernschmelze im Atomkraftwerk. Er verrät die um ihre Existenz kämpfende Ukraine und setzt die Waffenlieferungen aus, rehabilitiert den Kriegstreiber Russland und relativiert den NATO-Beistand. Dazu braucht Washington gar nicht formal aus der Allianz auszutreten. Jeder, auch Putin, weiß, dass es Trumps erster und tiefster Instinkt wäre, im Falle eines russischen Angriffs auf ein Bündnismitglied zu fragen, was für ihn herausspränge, falls er ihm zu Hilfe eilt. Erstmals seit 1945 muss sich Europa in der Welt zurechtfinden, in der die USA die liberale Ordnung nicht mehr garantieren, schlimmer noch: in der sie sich mit ihren Feinden zusammentun.

Diese Ordnung hat den Europäern Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht, und die Deutschen profitierten am meisten von ihr. Auf skrupellose Großmachtpolitik sind sie nicht vorbereitet.

Dass Trump so mit den transatlantischen Partnern umspringen kann, hat sich die Alte Welt, insbesondere Deutschland, zu einem Großteil selbst zuzuschreiben. Europa ist seit 1990 an Wirtschaftskraft um ein Drittel hinter die USA zurückgefallen, viele Ökonomien sind verkrustet und wenig innovativ, es gibt immer mehr Alte und immer weniger Junge, zu viel Geld fließt in Sozialausgaben, zu wenig in Investitionen. Zugleich hat sich der Kontinent eingeredet, dass Abrüstung, Völkerrecht und Diplomatie die eigene Sicherheit gewährleisten könnten und im Ernstfall die USA ihn beschützen und befrieden würden – so wie sie es im Kalten Krieg, in den Jugoslawienkriegen oder bei der Unterstützung der Ukraine seit der russischen Großinvasion 2022 getan hatten. Die Folge: Während die Feinde des Westens aufrüsteten, ließen die Europäer mit wenigen Ausnahmen wie Polen oder Finnland ihre Armeen verrotten. Militärisch spielt der Kontinent weit unter Gewicht und ist nicht kriegstüchtig. 2024 erfüllten zwar 23 der 31 NATO-Staaten (ohne die USA) das Zwei-Prozent-Ziel bei der Verteidigung. Aber die Europäer leisten sich zu viele, zu teure und nicht kompatible Waffensysteme, kaufen drei Viertel davon außerhalb der EU, den Großteil in Amerika, und haben kaum eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie. Sie besitzen 20 Typen von Kampfflugzeugen (USA: 11), 29 von Zerstörern und Fregatten (USA: 4) und 17 von Kampfpanzern (USA: 1). Die Zahl ihrer Kampfbataillone ist heute nicht höher als 2014, als Putin seinen Krieg gegen die Ukraine begann. Ohne amerikanische Logistik, Kommunikationssysteme, Luftraumkontrolle, Aufklärung, Raketen, Munition und im Ernstfall eingeflogene Truppen könnten die Europäer eine russische Invasion nicht abwehren. Zugleich dürfte der US-Nuklearschirm bald Geschichte sein.

Wie also reagieren auf eine Welt ohne Amerika als großen Bruder? Es gibt vier Möglichkeiten: wegducken, sich mit Russland zusammentun, China als Partner suchen oder seine eigene Verteidigung organisieren. Die erste und bisher stets praktizierte Antwort wäre, sich zu empören über den Systemsprenger im Weißen Haus, Notfalltreffen abzuhalten, Solidarität und Völkerrecht zu beschwören – und dann nichts zu tun und darauf zu zählen, dass die USA schon helfen werden, solange ihre GIs hier stationiert sind. So hatten es die Europäer bereits nach den Überfällen Russlands auf Georgien 2008 und die Ukraine 2014 gehalten, Trump I saßen sie aus und hofften auf die Wiederkehr der alten, guten Zeit. Jetzt eilten der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premier Keir Starmer nach Washington und umgarnten Trump mit Schmeicheleien und Gastgeschenken wie der Einladung von König Charles III. in der Hoffnung, den Pomp und monarchisches Zeremoniell liebenden Präsidenten bei der Stange zu halten. Der Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz im Oval Office am 5. Juni galt schon als Erfolg, weil Trump ihn nicht wie andere Gäste zu demütigen versuchte. Vom G7-Gipfel Mitte Juni in Kanada reiste Trump sogar vorzeitig ab und demonstrierte damit ein weiteres Mal seine Geringschätzung der Alliierten und multilateraler Formate. Die Europäer kamen mit leeren Händen heim – nicht unerwartet, weil sie Trump nichts anbieten konnten, was er will, und ihm mit nichts drohten, wovor er Angst hat. Ihm bei Wohlverhalten den Friedensnobelpreis in Aussicht zu stellen, wie das Polens Außenminister Radosław Sikorski auf der Sicherheitskonferenz Mitte Februar mit Galgenhumor tat, offenbart die ganze Schwäche der Alten Welt. Natürlich ist es angesichts der transatlantischen Machtverteilung klug, alles zu versuchen, die fast unverzichtbare Zusammenarbeit mit den USA zu retten. Dabei könnte helfen, dass Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufs Engste verwoben sind, klassische Republikaner an der NATO festhalten und die Demokraten europafreundlich sind. Sicherheitspolitik ergibt freilich nur Sinn, wenn sie vom schlimmsten Fall ausgeht. Die wilde Entschlossenheit Trumps, Deals über und gegen Europa zu schmieden, und ein Wahlsieg von Vance in vier Jahren gehören dazu. Und 100.000 GIs sind schnell abgezogen aus Europa. Wegducken ist deshalb eine Harakiri-Option.

Die zweite Möglichkeit für Europa wäre, selbst den Trump zu geben und sich mit Russland zu arrangieren. Dafür gibt es durchaus Zustimmung. Ungarn und die Slowakei arbeiten bereits daran, Südländer wie Griechenland und Spanien würden sich dem wohl nicht entgegenstellen – zu weit sind Moskaus Truppen von ihnen entfernt. Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Herbert Kickl in Österreich oder Andrej Babiš in Tschechien wären dafür bestimmt auch zu haben, für sie kommt das Heil ja eh aus dem Osten; und bei den Bundestagswahlen am 23. Februar stimmten mehr als ein Drittel der Deutschen – und 52 Prozent der 18 bis 24-Jährigen – für AfD, BSW und Linke, die dem Kreml nahe stehen oder

US-Präsident Donald Trump und der deutsche Kanzler Friedrich Merz begegnen sich zum ersten Mal persönlich, Washington, D.C., 5. Juni 2025. *Foto: Picture Alliance/AP/ Fotograf: Evan Vucci*

zu Vulgärpazifismus neigen. Selbst die SPD rehabilitierte ihren obersten Putin-Buddy Gerhard Schröder im vergangenen Wahlkampf. Dass Berlin bereit ist, Politik über die Köpfe der Ukrainer und ohne Rücksicht auf deren Sicherheitsinteressen zu betreiben, haben drei Kanzler mit Nord Stream 1 und 2 fast zwanzig Jahre lang demonstriert. Mitte April 2025 kam es zum dritten Mal seit der russischen Großinvasion zu einem Geheimtreffen einflussreicher Deutscher mit Putin-Vertrauten, diesmal in Aserbaidschan. Besonders pikant: Mit dem Bundestagsabgeordneten Ralf Stegner (SPD) war ein Mitglied des Geheimdienst-Kontrollgremiums dabei. Als Geheimnisträger ist er für den Kreml von besonderem Interesse. Im Juni forderten Stegner und Dutzende prominente frühere SPD-Politiker in einem öffentlichen Manifest sogar ein Ende der Instandsetzung der Bundeswehr und eine Wiederannäherung an Russland. Die Großindustrie dürfte einen Pro-Moskau-Kurs begrüßen: Schon 2014 verharmloste Siemens-Chef Joe Kaeser den Völkerrechtsbruch des gewaltsamen Krim-Anschlusses nach einem Gespräch bei Putin mit dem Hinweis, man lasse sich angesichts 160-jähriger Geschäftsbeziehungen zu Russland „nicht übermäßig von kurzfristigen Turbulenzen“ leiten.

Doch ein Arrangement mit dem Kreml bedeutete die Selbstzerstörung Europas. Polen, Balten, Skandinavier und Briten würden nie dabei mitmachen, eine Hinnahme des russischen Vernichtungskriegs die moralische Basis des Kontinents vollends zerstören. Zugleich wären Stabilität und Sicherheit Europas akut gefährdet. Millionen Ukrainer dürften im Falle eines Diktatfriedens nach Polen, Deutschland und Frankreich fliehen, was dort, wie von Putin und Trump erhofft, Rechtspopulisten an die Macht spülen könnte. Und Russland hätte bewiesen, dass der Westen so schwach und dekadent ist, wie es immer behauptet. Es würde sich ermutigt fühlen, Moldawien, Georgien und vielleicht sogar die baltischen Staaten als nächste in sein Imperium einzugliedern. Einen hybriden Krieg gegen den Westen führt Putin ohnehin schon seit Jahren: mit Desinformation, Hackerangriffen, Luftraumverletzungen, Morden, Sabotageakten und Brandanschlägen oder Schattenflotten, die Strom- und Datenkabel in der Ostsee zerstören. Am Ende stünde ein Europa, in dem Moskau das Sagen hat – und die Verwirklichung eines Ziels, das der Kreml seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verfolgt.

Die dritte Option: Wenn nicht Russland, dann China als neuer bester Freund? Das Land hat den Vorteil, am anderen Ende Eurasiens zu liegen, 8000 Kilometer sind es von Brüssel nach Peking. Das ist ein Vorteil bei Allianzen, weil man als kleinerer Partner keinen militärischen Überfall fürchten muss. Zudem ist China wirtschaftlich und technologisch stark und besitzt Sprachrohre in der EU: Griechenland und Ungarn blockieren notorisch Berichte, die die chinesische Menschenrechtslage anprangern, auch die deutsche Exportindustrie handelt gern als fünfte Kolonne Pekings. In Anbetracht von Trumps Zolldrohungen erklärte sogar Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, eine langjährige China-Kritikerin, Anfang Februar ihren Willen, die Beziehungen zu Peking zu verbessern. Dort ist man an den Europäern interessiert, schon in Trumps erster Amtszeit bot sich Präsident Xi Jinping ihnen beim Weltwirtschaftsforum in Davos als Garanten von Multilateralismus und Freihandel an. Auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz umgarnte Chinas Außenpolitikchef Wang Yi Europa nach Vance‘ Rede unverhohlen. Für Peking würde sich ein Traum erfüllen: Die Alte Welt aus der transatlantischen Allianz lösen und in ihr Lager ziehen. Der Preis für Europa wäre indes enorm. Es müsste Xis Expansion in der Südchinesischen See und seine angedrohte Annexion Taiwans akzeptieren, jede Kritik an Menschenrechtsverletzungen einstellen, in der UNO mit Peking stimmen und die Tür für sicherheitspolitisch heikle Investitionen öffnen. Am Ende wäre Europa Absatzmarkt, politisches Anhängsel und Disneyland der Chinesen.

Das lässt nur den vierten, schwierigen Weg, will Europa nicht zum Spielball der Großen werden: Sich

Protestmarsch in Los Angeles gegen die Trump-Militärparade und Razzien der ICE (US-Einwanderungs- und Zollbehörde) im Stadtzentrum. Die Sicherheitskräfte setzen Tränengas und Blitzgranaten ein, 15. Juni 2025. *Foto: Picture Alliance/dpa/ Fotograf: Zin Chiang*

im Zeitraffer für die böse neue Welt rüsten – am besten innerhalb einer reformierten NATO. Die alte Allianz ist totgeweiht. Die USA waren 77 Jahre lang ihr Rückgrat, ohne ihre politische Führung, militärischen Kapazitäten und nukleare Abschreckung ist die NATO nur einen Bruchteil wert. Aber dieser Bruchteil ist immer noch unendlich viel mehr, als was die EU bietet. Sie hat bis auf ein Abkürzungs-Sammelsurium wie GASP, ESVP und PESCO nicht viel hingekriegt, ihrem ersten gerade berufenen Verteidigungskommissar Andrius Kubilius fehlen Geld, Truppen und Waffen. Dazu können Putin-Freunde wie Victor Orbán (Ungarn) oder Robert Fico (Slowakei) Beschlüsse mit einem Veto verhindern. Eine völlig neue Organisation inner- oder außerhalb der Union zu schaffen, würde zu viel Zeit und Energie verschlingen. Selbst eine Rumpf-NATO ohne die USA böte ein integriertes Hauptquartier, eingespielte Teams, eigene Aufklärungsflugzeuge und verfügbare Operationspläne bei einem russischen Angriff.

Diese neue Allianz müsste schnellstens den Ausfall der USA in fünf Feldern kompensieren: 1) politische Führung, 2) Luftraumverteidigung, Logistik, Drohnen- und Cyberkriegführung sowie Aufklärung, 3) Soldaten, 4) Unterstützung der Ukraine und 5) nukleare Abschreckung. Dafür bleiben den Europäern maximal fünf Jahre, sagen die Geheimdienste. Putins Kriegsmaschinerie läuft auf Hochtouren, ab 2030 soll sie zu Angriffen auf Länder der NATO-Ostflanke fähig sein. Schon heute produziert die russische Rüstungsindustrie in drei Monaten so viele Kampfpanzer, wie die Bundeswehr insgesamt hat.

Die politische Führung der Allianz wird künftig eine kollektive sein, kein Staat bringt nur annähernd so viel militärisches und politisches Gewicht auf wie die USA. Dabei schält sich überraschenderweise Großbritannien als *primus inter pares* heraus. Brexit, Boris Johnsons Kapriolen und ständige Premierministerwechsel liegen hinter dem Land, und obwohl es ökonomisch schwächelt, hat es mit Keir Starmer einen Regierungschef mit riesiger Parlamentsmehrheit, der sich erst 2029 Wahlen stellen muss. Zudem haben die Briten schon vor Putin gewarnt, als die beiden großen Mächte des Kontinents, Frankreich und Deutschland, noch auf Schmusekurs mit ihm waren. Dies sichert London die Gefolgschaft der Skandinavier, Balten, Polen und Tschechen. Der französische Präsident Macron hingegen ist nach der verbockten Auflösung der Nationalversammlung 2024 angeschlagen und hat gerade noch zwei Jahre im Élysée-Palast ohne Möglichkeit der Wiederwahl. Und die Bundesrepublik gilt seit Jahrzehnten sicherheitspolitisch als Problembär. Mit der Wahl von Friedrich Merz (CDU) zum Kanzler Anfang Mai hat das Land zumindest das erste Mal seit sechs Monaten wieder

eine stabile Regierung. Seither gibt es eine neue Dynamik in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Merz kümmert sich in seinen ersten Amtsmonaten so sehr um internationale Beziehungen, dass ihm Medien den Spitznamen „Außenkanzler" verpassten.

Erste Aufgabe ist es für Europa, die militärischen Mängel zu beheben. Das funktioniert nur, wenn die Rüstungsindustrie Planungssicherheit erhält und ihre Kapazitäten ausbaut. Gebraucht werden Munition und Raketen für Artillerie und Luftabwehr, KI-gesteuerte Aufklärungs- und Angriffsdrohnen, Artilleriegeschütze, Schützen- und Kampfpanzer, Transportflugzeuge, Satelliten. Ohne die USA müssen die Europäer ihre Verteidigungsausgaben verdoppeln auf 3,5 bis 4 Prozent pro Jahr. Dabei kommt es auf Deutschland an, das einzige finanziell handlungsfähige große Land. Dass der Bundestag im März die Bundeswehr per Verfassungsänderung von der Schuldenbremse ausnahm, ist zumindest der zweitbeste Weg (ein Sondervermögen wäre ordnungspolitisch sauberer gewesen), die notwendigsten Waffensysteme in den nächsten drei bis fünf Jahren zu beschaffen.

Länger wird es dauern, die US-Truppen zu ersetzen. Im Moment stehen 100.000 GIs in Europa, die NATO-Pläne sehen im Verteidigungsfall das schnelle Einfliegen von weiteren amerikanischen 200.000 Soldaten vor. Eine NATO 3.0 muss also 300.000 Männer und Frauen zusätzlich stellen. Auch hier hat Deutschland als bevölkerungsreichster Staat der neuen Allianz – die Türkei wird wohl nicht zu ihr gehören, zu unzuverlässig ist Staatschef Erdoğan – die größte Bringschuld. Im Moment passt fast die ganze deutsche Armee in zwei große Fußballstadien. Ein schwerer Fehler war es, im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD die 2011 beschlossene Wehrpflicht-Aussetzung nicht rückgängig gemacht zu haben.

Aber es gibt auch positive Perspektiven: Schließlich ist die Ukraine nicht nur ein Problem, sondern auch eine Lösung für die selbstverschuldeten Schwierigkeiten Europas. Sie stellt die meisten und kampferprobtesten Soldaten des Kontinents, sie hat die innovativste und effizienteste Waffenindustrie, sie baut die weltweit größte Zahl von Drohnen, sie ist nicht dem Korsett von europäischem KI-Gesetz, deutschem Datenschutz oder Bundeswehrbeschaffungsamt unterworfen, sie will mit Europa engst zusammenzuarbeiten – weil davon ihr Überleben abhängt. Und sie hat mit Selenskyj den eindrucksvollsten Staatsmann des Westens seit Generationen. Ein Gutteil des frischen deutschen und europäischen Gelds für Rüstung und das gesamte eingefrorene russische 200-Milliarden-Euro-Vermögen muss deshalb in die Unterstützung der Ukraine fließen. Dort sind die Rüstungsfabriken nicht ausgelastet, und könnten mit mehr Mitteln ihre Produktion rasch steigern. Zugleich erkauft die Ukraine dem Rest Europas in heroischer Abwehrschlacht und unter hohem Blutzoll Zeit, um selbst kriegstüchtig zu werden. Fällt das Land unter Putins Kontrolle, kollabiert die Verteidigungsfähigkeit des Kontinents. Eine siegreiche, das heißt freie Ukraine wäre hingegen als Sparta Europas Dreh- und Angelpunkt der NATO 3.0.

Bleibt noch die nukleare Abschreckung der USA, die Europa seit den 1950er Jahren Freiheit und Frieden sichert. Das ist das heikelste und schwierigste Problem. Um den französischen oder britischen Atomschirm aufzuspannen, braucht es mehr als Absichtserklärungen aus Paris oder London. Beide besitzen zusammen gerade einmal 500 Sprengköpfe, Russland hat zehn Mal so viel. Noch dazu verfügt Frankreich nur über Mega-Bomben, was eine atomare Deeskalation im Ernstfall erschwert. Parallel zum Bau weiterer Nuklearwaffen mit kleinerer und mittlerer Zerstörungskraft müssen U-Boote, Langstreckenbomber und Interkontinentalraketen als Trägersysteme beschafft werden. Und es gilt zu klären, wie Deutschland, Polen und vielleicht auch einmal die Ukraine eine nukleare Teilhabe erhalten können. Das alles kostet Zeit und Dutzende von Milliarden Euros, die primär Berlin würde aufzubringen haben. Was die Sache noch unberechenbarer macht: Über allem hängt das Damoklesschwert eines Wahlsiegs Le Pens 2027, die keine Nukleargarantie für Verbündete abgeben will, und eines Vetos der USA gegen eine britische Mitwirkung.

Gute Optionen gibt es also nicht für Europa in der post-transatlantischen Welt, nur schlechte und weniger schlechte. Jetzt holt den Kontinent die brutale machtpolitische Realität ein, deren Kern der griechische Historiker Thukydides vor 2.400 Jahren in „Der Peloponnesische Krieg" erfasste: „Die Starken tun, was sie wollen, und die Schwachen ertragen, was sie müssen." Was bleibt, ist die Hoffnung. Darauf, dass Trump sich umbesinnt, wenn er als Verlierer aus seinem Machtpoker hervorzugehen droht, darauf, dass Putin und Xi im Siegestaumel Fehler begehen, darauf, dass die Europäer und insbesondere die Deutschen endlich in der Wirklichkeit ankommen.

IM FOKUS

SICHERHEITSBEWUSSTSEIN MIT UNTERSTÜTZUNG KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

FOTOREALISTISCHE ZERSTÖRUNGSSZENARIEN ALS IMPULSE FÜR SICHERHEITSLERNEN

von Andreas Wolfrum

In einer Welt, in der Bilder schneller wirken als Worte, gewinnen vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage visuelle Darstellungen von Gewalt, Zerstörung und Bedrohung an Bedeutung – auch in Bildungsprozessen. Mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz lassen sich heute fotorealistische Zerstörungsszenarien erzeugen, die Lernende auf der einen Seite emotional erreichen, über eine Kombination mit Dilemma-Situationen zur Reflexion anregen, ein tieferes Verständnis für **sicherheitspolitische Fragestellungen** ermöglichen, nachhaltige Lernprozesse fördern und im Idealfall zum Handeln anregen.

Auf der anderen Seite werden fotorealistische KI-Bilder oder „nur" nachbearbeitete Fotos zur gezielten Desinformation genutzt. Denn dieselben Mechanismen, die didaktisch eingesetzt im Lernraum Betroffenheit erzeugen und Lernmotivation fördern sollen, werden in der hybriden Kriegsführung instrumentalisiert: Emotionale Trigger erzeugen und verstärken dort Angst, Misstrauen und gesellschaftliche Spaltung. Diese doppelte Wirkung zwischen bildungswirksamer Emotionalisierung und strategischer Manipulation sowie die Ableitungen für das eigene Verhalten stehen im Zentrum dieses Beitrags zum **Sicherheitslernen**.

Im Zuge der „Zeitenwende" wird nicht nur über Formen eines „Dienstes" debattiert, um Deutschland wieder verteidigungsfähig zu machen. Auch die Resilienz unserer Gesellschaft, verstanden als Fähigkeit, mit Katastrophen, Anschlägen, Schocks und längerfristigen Belastungen flexibel, lern- und handlungsfähig umzugehen, ohne dabei grundlegende Strukturen, Werte oder Funktionsweisen dauerhaft zu verlieren, ist durch die Ereignisse der letzten Jahre in den Fokus des gesellschaftlichen Diskurses gerückt: Stets geht es um „Sicherheit", verbunden mit „Freiheit", „Verantwortung" und „Zusammenhalt". Denn wenn bewusst Formen von Gewalt eingesetzt werden, um Macht über uns und unser Handeln zu erlangen, ist unser Recht, ein freies und unabhängiges Leben zu führen, bedroht – auch wenn bislang dafür keine militärischen Mittel verwendet worden sind.

In den letzten Jahren hat sich die **sicherheitspolitische Bildung** überwiegend abstrakt mit innerer und äußerer Sicherheit, seinen begrifflichen Abgrenzungen, seinen Akteuren und Strukturen, der Rolle Deutschlands in Systemen kollektiver Sicherheit, Bedrohungen und Herausforderungen usw. beschäftigt und die Verantwortung dafür externalisiert.[1] Beim Aufbau konkreter Cyber- und Informationssicherheitskompetenzen mit dem Ziel einer digitalen Souveränität leistet die

1 Vgl. Christopher Daase: Ein freiheitlicher Sicherheitsbegriff für die Nationale Sicherheitsstrategie, 27.06.2022; https://blog.prif.org/2022/06/27/ein-freiheitlicher-sicherheitsbegriff-fuer-die-nationale-sicherheitsstrategie/ [Stand: 13.06.2025].

Beispiel 1 für KI-generierte Katastrophenszenerie: Bayerischer Landtag/ Quelle: Andreas Wolfrum, 25.04.2025

politische Bildung mittlerweile ihren Beitrag.[2] Hauptzielgruppe dieser institutionalisierten Form sicherheitspolitischer Bildung sind neben Schülerinnen und Schülern v.a. Angehörige staatlicher Institutionen wie der Bundeswehr oder der Blaulicht-Organisationen, um diese zu befähigen, verantwortungsvoll an sicherheitsrelevanten Diskursen teilzunehmen.

Das pädagogische Konzept der **Sicherheitserziehung** zielt dagegen – besonders im Umgang mit Technik – darauf ab, Sicherheit zu erhöhen, Gefahren vorzubeugen bzw. zu vermeiden und Menschen – insbesondere Kinder und Jugendliche – universell und präventiv in ihrer Fähigkeit zu stärken, sich selbst und andere vor Gefahren zu schützen, die Risiken der Moderne, z.B. im Straßenverkehr oder in der Demokratie, richtig einzuschätzen und in Notlagen (z.B. bei Erster Hilfe) angemessen zu handeln. Sie ist damit stärker auf individuelles Verhalten, Alltagsgefahren und praktische Kompetenzen ausgerichtet. Das regelmäßige Verhaltenstraining von Gruppen (z.B. beim Feueralarm) soll dazu dienen, auch in einem unvorhersehbaren Umfeld noch Ruhe, Ordnung und Kontrolle zu bewahren und Schwachstellen in der Durchführung sichtbar zu machen.[3]

In jüngster Zeit beeinflussen drei Entwicklungen die didaktischen Diskussionen zum Thema Sicherheit: Erstens haben mittlerweile viele nach Deutschland Geflüchtete selbst unmittelbare Kriegs- und Fluchterfahrungen in die Schulen, Ausbildungseinrichtungen und Helferorganisationen gebracht. Zweitens entfachten die neuen politischen Kräfte in Washington und die Drohungen aus Moskau u.a. eine Diskussion über die Einführung eines „Dienstes", gerade auch unter den potenziellen Betroffenen. Drittens bleibt trotz der Inflation

2 Vgl. Digitale Souveränität und politische Bildung, hg. v. Matthias Heil/Martin Lindeboom/Viktoria Rieber/Kim Luisa Werner/Alexander Wohnig, Frankfurt am Main 2024.

3 Vgl. Kai Nowak: Sicherheitsdidaktiken im 20. Jahrhundert. Ein konzeptioneller Aufriss. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht Nr. 9/10 (2020).

Beispiel 2 für KI-generierte Katastrophenszenerie: Allianz Arena München/ Quelle: Andreas Wolfrum, 25.04.2025

von statischen und bewegten Bildern von Gewaltsituationen, ermöglicht und befeuert von einem geänderten Mediennutzungs- und -rezeptionsverhalten durch Social Media,[4] ein Bedarf, die Abstraktionen zu „Sicherheit" und „Unsicherheit" in persönliche Erfahrungsräume zu überführen. Alle drei Entwicklungen machen deutlich: Fragen der inneren und äußeren Sicherheit sind nicht nur politisch und gemeinschaftlich, sondern auch individuell und existenziell gelagert. Sie sind in unterschiedlicher Art und Weise bereits heute Teil unserer Lebensrealität.

Dieser Beitrag möchte das Potenzial KI-generierter fotorealistischer Kriegsszenarien zur Erzeugung persönlicher Betroffenheit vorstellen, um **Sicherheitsbewusstsein** auf emotionaler Ebene zu initiieren und über Dilemma-Situationen zu verfestigen. Dafür wird zuerst das Spannungsfeld zwischen didaktischem Nutzen und ethischer Verantwortung beleuchtet. Der Schritt von den möglichen Dilemmata zur strategischen Dimension hybrider Kriegsführung erfolgt über eine Erweiterung des Fokus von der Einzelperson hin zur Verletzbarkeit ganzer Gemeinschaften. Denn Notsituationen können nicht nur zufällig entstehen, sondern durch hybride Einflussnahme auch provoziert oder verschärft werden, wenn aus Sicht des Aggressors möglichst viele Einzelpersonen in einer Gemeinschaft ihren negativen Teil dazu beitragen.

Theoretischer Hintergrund: Sicherheit als Gefühl und Lerninhalt

Sicherheit ist nicht nur ein objektivierbarer, messbarer Zustand, sondern auch ein Gefühl – geprägt durch subjektive Wahrnehmung, kollektive Narrative und individuelle Erfahrungen. Menschen fühlen sich also nicht allein sicher, weil sie es „objektiv" sein sollten, sondern weil sie bestimmte Signale,

4 Vgl. Andreas Busch: Informationsinflation: Herausforderungen an die politische Willensbildung in der digitalen Gesellschaft. In: Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung, hg. v. Harald Gapski/Monika Oberle/Walter Staufer, Bonn 2017, S. 53–62.

Bilder oder Geschichten als beruhigend oder beunruhigend wahrnehmen. Dabei genügt schon eine mediale Vermittlung: Viele beklagen, sich in einer Flut von Meinungen, Theorien und Behauptungen von „Experten" zu verlieren, in denen von Planungen, Propaganda, Kontrolle, Katastrophen, Krisen, Kriegen, Geheimnissen und Manipulationen die Rede ist, und die bei ihnen starke Emotionen wie Ohnmacht, Wut, Angst und Panik auslösen (sollen).[5]

Didaktisch stellt sich daher die Frage: Wie kann ein Bewusstsein für (Un-)Sicherheit entstehen, das über reine Wissensvermittlung und rationales Urteilen hinausgeht?

Ziel ist ein tiefgreifendes Verständnis, das neben dem Wissen auch die Fähigkeit beinhaltet, sich in sicherheitsbezogene Lagen einzufühlen, diese vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen, Wünsche, Bedürfnisse usw. zu reflektieren und dadurch mit Unsicherheiten umzugehen. Visuelle Didaktik und Emotionalisierung gelten dabei als Schlüsselkonzepte zur Förderung eines **ganzheitlichen Sicherheitslernens**, da Emotionen nicht nur mit Urteilen verknüpft sind, sondern auch einen Motor für Handlungsfähigkeit darstellen.[6]

Methodischer Zugriff: KI-generierte Zerstörungsbilder als didaktisches Werkzeug

Mit Fortschritten in der KI-Bildgenerierung eröffnen sich neue didaktische Möglichkeiten: Ausgehend von realen Fotos können heute Szenarien von Gewalteinwirkungen mit hoher Realitätstreue simuliert werden – auf Wunsch sogar aus der eigenen Lebenswelt: Wie sähe die eigene Schule/Universität, der eigene Betrieb, das eigene Zuhause, der Supermarkt in der Nähe, die Kirche, der Bahnhof, das Lieblingscafé, das Krankenhaus, das Altenheim usw. aus, nachdem …?

Es handelt sich dabei technisch nicht um eine Überarbeitung des hochgeladenen Fotos, sondern um eine Bildgenerierung, die sich je nach *Large Language Model* und *Prompt* mehr oder weniger an der visuellen Vorlage sowie den Bild-Mustern aus den Trainingsdaten orientiert. Diese Abweichungen spielen aber keine Rolle, da es – wie beim Erhalt eines Social-Media-Posts – lediglich auf den visuellen Impuls, das Überraschungsmoment und die Wirkung bei den Betrachtenden ankommt. Anders als in der „Schockpädagogik", die die Folgen von Fehlverhalten oder mangelnder Prävention besonders drastisch vor Augen führt, sollten die dargestellten Details auf das pädagogisch Zumutbare und didaktisch Notwendige begrenzt werden, z.B. ist die Darstellung von schwerverletzten, verstümmelten oder toten Menschen und Tieren usw. nicht geboten und auch nicht nötig, denn die erzeugte Betroffenheit über die möglichen Auswirkungen auf das persönliche Umfeld ist dadurch nicht steigerbar. Auch der Einsatz von Deepfakes, also KI-generierter Videoaufnahmen, bringt keinen didaktischen Mehrwert. Im Übrigen werden solche Ausgaben durch die Betreiber der KI-Plattform technisch eingeschränkt oder verhindert. Der gezielte Einsatz KI-generierter Bilder in der sicherheitspolitischen Bildung soll keine Panik auslösen, sondern der Förderung von Situations- und Handlungsbewusstsein und damit der Resilienz dienen. Denn trotz einer gewissen Anonymität durch technische Entwicklungen (z.B. der Einsatz von Drohnen, Cyberattacken) sind Gewaltsituationen, ihre Auswirkungen und ihre Verhinderung oder Begrenzung etwas zutiefst den Menschen und seine Existenz Betreffendes.

Ein Ergebnis eines auf Medienkompetenz ausgerichteten didaktischen Umgangs ist, die KI-generierten Bilder nicht unreflektiert weiterzuverbreiten, denn nicht das Bild allein, sondern das Bild plus die Reaktion sind in Social Media das Produkt. Medienkompetente können nicht nur Informationen, Nachrichten und Medien analysieren und beurteilen und somit Desinformation entlarven, sondern wissen auch von sich: Wenn ich neugierig bin oder Angst habe, klicke ich mehr, wenn ich wütend bin, teile ich schneller, wenn ich unsicher bin, suche ich nach Bestätigung und finde sie genau dort, wo ich sie erwartet habe.[7]

5 Anja Besand: Gefühle über Gefühle. Zum Verhältnis von Emotionalität und Rationalität in der politischen Bildung. In: Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, hg. v. Karl-Rudolf Korte, Baden-Baden 2019, S. 213–224.

6 Vgl. Kristina Langeder-Höll: Reden, auch wenn die Worte fehlen. Das Thema Krieg im Unterricht. In: Friedrich Jahresheft „Krise" Nr. 42 (2024), S. 90–93.

7 Vgl. Manuel S. Hubacher/Monika Waldis: Einleitende Überlegungen zu einer Politischen Bildung für die digitale Öffentlichkeit. In: Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit. Umgang mit politischer Information und Kommunikation in digitalen Räumen, hg. v. Manuel S. Hubacher/Monika Waldis, Wiesbaden 2021, S. 1–23.

Beispiel 3 für KI-generierte Katastrophenszenerie: Schloss Neuschwanstein/ Quelle: Andreas Wolfrum, 25.04.2025

Chancen und Potenziale

Emotionalisierung und Empathie. Visuelle Szenarien erzeugen Nähe zu einem abstrakten oder hypothetischen Thema. Die Betroffenheit kann den Reflexionsraum erweitern und zu einem tieferen Verständnis von Sicherheitsfragen führen.

Betroffenheitsmoment und Identifikation. Die überraschende Konfrontation mit Bildern von vertrauten Gebäuden oder Räumen in beschädigtem oder zerstörtem Zustand provoziert eine emotionale Reaktion auf ein fiktives Ereignis: Was wäre, wenn mein Umfeld betroffen wäre? Daraus ergibt sich ein starker Anstoß zur Selbstverortung aller potenziell Betroffenen in sicherheitspolitischen Zusammenhängen – unabhängig von Geschlecht oder Staatsbürgerschaft.

Resilienzförderung durch Konfrontation. Die kontrollierte Auseinandersetzung mit potenziellen Szenarien kann dazu beitragen, Unsicherheiten aus einer gewissen Distanz heraus zu thematisieren, ohne in Hilflosigkeit zu verfallen. Daraus erwachsende konkrete Handlungen stellen einen entscheidenden Schritt zu resilientem Sicherheitslernen dar: Erstellung von Notfallplänen, Verhalten bei Infrastruktur-Ausfällen, Rolle von Nachbarschaftshilfe im Krisenfall, persönliche Positionierung zur Verteidigungsbereitschaft usw. Emotionen werden so zu einer Brücke zwischen Empathie und praktischem Handeln.

Risiken und Kritik

Effekthascherei. Durch die Einbindung solcher KI-generierter Bilder können zwar Emotionen geweckt und Situationen illustriert werden, sie erzeugen aber eine Erfahrung nur mittelbar, wenn die Lernenden selbst Bilder dieser Art herstellen: Sie wirken dann auf den Gegenstand ein und er wirkt auf sie zurück. Dieses Defizit kann auch mit einer expliziten Rahmung und Reflexion über Bildwirkung, Authentizität und Simulation zum Teil aufgefangen werden.

Beispiel 4 für KI-generierte Katastrophenszenerie: Hauptbahnhof Nürnberg/ Quelle: Andreas Wolfrum, 25.04.2025

Ethische Herausforderungen. Die Emotionalisierung kann bereits zur Manipulation werden, wenn sie nicht eingebettet und reflektiert ist, zumal die KI-generierten Bilder eine konventionelle Zerstörung visualisieren, die in Zeiten hybrider Kriegsführung nur eine Art der Bedrohung darstellt. Die Grenze zwischen individueller/kollektiver Betroffenheit und moralischer Überforderung ist schmal.

Authentizität. Der Einsatz künstlich erzeugter oder überarbeiteter Bilder wirft Fragen nach der Glaubwürdigkeit und nach möglichen Verzerrungen auf. Die Art und das Ausmaß der Beschädigungen (gezielter Beschuss, Kollateralschäden usw.) sind zum Beispiel entscheidend, auch für die möglichen Sicherheitsmaßnahmen. Genau deshalb werden solche Bilder in der hybriden Kriegsführung eingesetzt, in der sie z.B. auch politisch umgedeutet oder vereinnahmt werden.

Ungleiche Rezeption. Menschen reagieren unterschiedlich auf visuelle Reize – je nach Alter, Herkunft, psychischer Konstitution, Mediennutzung. Persönliche Kriegserfahrungen oder medial erlebte Kriege der vergangenen Jahre können unterschiedliche Reaktionen bis hin zu einer (Re-)Traumatisierung hervorrufen. Die Methode muss daher differenziert und kontextsensibel eingesetzt werden. Mit Unsicherheit, Polarisierungen und auch emotionalen Diskussionen ist zu rechnen.

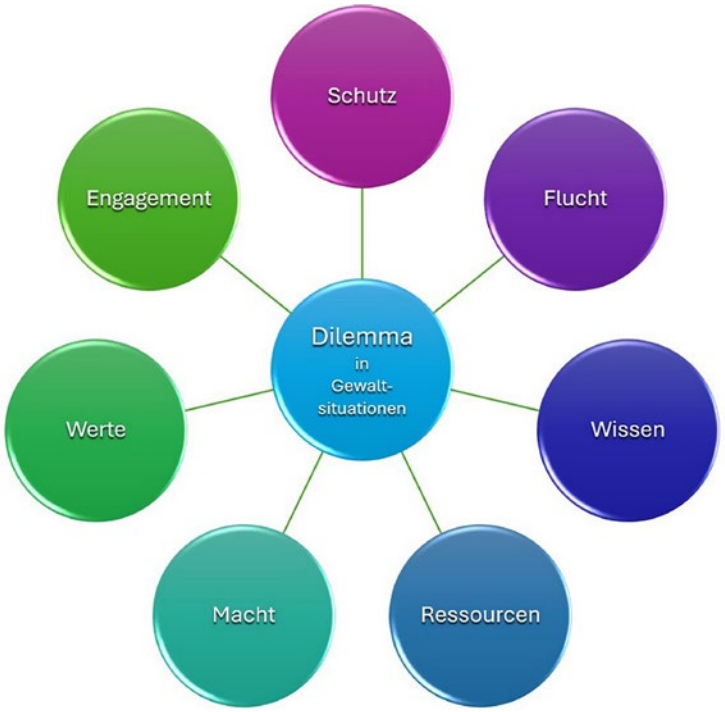
Didaktische Relevanz und kritische Reflexion von Dilemmata

Schon allein die Konfrontation mit fotorealistischen Szenarien – insbesondere dann, wenn diese vertraute Umgebungen simulieren – kann grundlegende Fragen auslösen: Was würde ich in dieser Situation tun – warum? Welche Optionen hätte die Person XY – und was wären die Konsequenzen? Weil Gewaltsituationen die ethischen Grundprinzipien wie Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit und Schutz anderer herausfordern, müssen sich die Menschen entscheiden, ob sie Gewalt tolerieren, bekämpfen oder selbst anwenden, was moralische Konflikte erzeugt. Dabei löst Gewalt stets starke Gefühle wie Angst, Hilflosigkeit, Wut oder Schuld

aus, die es erschweren, rationale und ethisch ausgewogene Entscheidungen zu treffen, besonders wenn sie große Risiken für die eigene Sicherheit oder die Sicherheit anderer beinhalten, für die sie verantwortlich sind.

Wenn solche KI-generierten Fotos in Dilemma-Situationen eingebunden werden, eignen sich diese besonders für eine werteorientierte **sicherheitspolitische Bildung**, da sie Lernende durch Irritationen und Krisenerlebnisse anregen, über einfache Schuld- und Zuständigkeitszuordnungen hinauszudenken, etablierte und bewährte Denkmuster infrage zu stellen, sich auf eine tiefere Reflexion (z.B. über die Bewahrung von politisch-sozialen Ordnungsfunktionen) einzulassen, über das Abwägen von Argumenten die Perspektive zu wechseln, die sich verändernden Rahmenbedingungen mit einzubeziehen, eigene Werthaltungen zu hinterfragen und Ambivalenz auszuhalten – unabhängig von Nationalität, Status oder Rolle. Dies trägt zur Entwicklung von Dispositionen und Haltungen bei, die Menschen dabei unterstützen können, mit Krisen und Ungewissheitsmomenten konstruktiv umzugehen, notfalls auch mit einer Regelverletzung.[8] Je nach Zielgruppe ist dabei die **Einbettung in ein pädagogisches Lernsetting** mit Raum für Gespräch, Deutung, Verarbeitung und Transfer, moderiert und angeleitet von geschultem Personal, notwendig, da KI-generierte Bilder mit diesem Inhalt in Kombination mit Dilemma-Situationen existenzielle Themen berühren. Dabei sind KI-generierte Szenarien im Rahmen der Transparenzpflicht gemäß EU AI Act als solche kenntlich zu machen.

Die folgende Systematik beschreibt exemplarisch sieben grundlegende Dilemmata, in denen sich mindestens zwei moralisch gebotene und möglichst gleichwertige Handlungsoptionen gegenseitig ausschließen. Sie lassen sich aus den Kriegsbildern direkt oder durch deren Einbettung in ein Lernsetting, das die in der dargestellten Situation potenziell betroffenen Personen ergänzt und vorstellt, ableiten:



Grafik: eigene Darstellung

Schutz-Dilemma: Wen oder was schütze ich wie - und auf wessen Kosten? In bewaffneten Konflikten kollidieren individuelle Schutzpflichten und Schutzinteressen mit kollektiver Verantwortung. Eine Person, die sich und ihre Familie in Sicherheit bringen möchte, steht vor der Frage, ob sie andere, hilfsbedürftige Personen zurücklässt – oder ob sie sich selbst in Gefahr bringt, um eventuell sogar anderen Menschen oder Tieren zu helfen und/oder die öffentliche Versorgung (Wasser, Energie, Verkehr, IT-Systeme) so weit wie möglich zu gewährleisten. Diese Situation verweist auch auf das moralische Spannungsfeld zwischen individueller Verantwortung, z.B. durch Vorsorge für Notfälle, und kollektiver Fürsorge, z.B. durch das Anlegen und den Betrieb von Schutzräumen. Wenn nicht genügend Plätze für alle in Schutzräumen zur Verfügung stehen, entsteht zudem ein Kapazitätsdilemma.[9]

8 Vgl. Klaus Blesenkemper: Dilemmadiskussion. In: Handbuch Philosophie und Ethik, Bd. 1: Didaktik und Methodik, hg. v. Julian Nida Rümeling/Irina Spiegel/Markus Tiedemann, Paderborn 2017, S. 178–187.

9 Vgl. Albert Broemme/Alexander Graf von Gneisenau: Bevölkerungsschutz 4.0: Strategische Betrachtungen zur Neuausrichtung und Modernisierungen des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. In: *Crisis Prevention*. Das Fachmagazin für Gefahrenabwehr, Innere Sicherheit und Katastrophenschutz 3/2022, S. 48–53.

Flucht-Dilemma: Gehe ich – oder bleibe ich? Bei einer angeordneten systematischen Evakuierung von Gebieten im Falle eines drohenden militärischen Angriffs, einer Naturkatastrophe oder bei gefährlicher Emission stellt sich die Frage eigentlich nicht. Der Entschluss zu einer Flucht ist kein neutraler Akt, sondern meist ein existenzielles Ringen mit Angst, Verantwortung und ungewisser Zukunft. Sie ist gepaart mit Gefühlen, nämlich der Hoffnung wieder zurückkehren zu können und dem Selbstvertrauen, es dann auch zu tun. Besonders komplex wird es, wenn im sozialen Umfeld der Fortgang die Zurückgebliebenen gefährdet oder von ihnen als Verrat empfunden wird. Flucht bringt zentrale Fragen nach „Heimat", Identität und existenzieller Sicherheit auf den Punkt. Gerade die Generation, die seit Jahren in einer Dauerkrise zu leben scheint und für die neue Ängste der Normalzustand ist, wird eine eigene Position zu Flucht haben. In Lernsettings kann das Flucht-Dilemma produktiv genutzt werden, um biografische Narrative von Migration und Flucht zu rekontextualisieren. Damit wird über die Risikodeutung in der Sicherheitsbildung das individuelle Sicherheitsbedürfnis mit kollektiven Integrationsfragen der Geflüchteten in die aufnehmende Gesellschaft verknüpft.

Wissens-Dilemma: Spreche ich aus und teile ich, was ich glaube/weiß zu wissen – oder schütze ich mich und andere durch Schweigen? Alle Menschen haben in Gewaltsituationen Anlass zur Angst und stehen gerade dann in der Verantwortung zu entscheiden, welche Informationen aus welchen Quellen sie an wen ab welchem Grad der Glaubwürdigkeit weitergeben, oder ob sie – auch aus Hilflosigkeit vor der Überwältigung – lieber wegsehen und abschalten. Verschärft wird dies unter Zeitdruck, wenn die Aktualität der Informationen nicht eingeschätzt werden kann, man sich der Ausschnitthaftigkeit der eigenen Lage bewusst ist und Widersprüchlichkeiten auftreten.

Andererseits sind Menschen durch Social-Media-Plattformen, News-Portale usw. geprägt: Sie sind Konsumierende, potenzielle Weiterleitende und vielleicht sogar Produzierende, möchten in Echtzeit dabei sein und mitreden – auch ohne „Haltung der Zurückhaltung".[10] So könnten Zivilpersonen, Mitarbeitende in Hilfsorganisationen, Sicherheitskräfte oder sonstige Zeugen kriegerischer Gewalt zum Beispiel vor der Entscheidung stehen, ob sie Informationen über mutmaßliche Kriegsverbrechen über Social Media öffentlich machen – wissend, dass diese aus dem Kontext gerissen gezielt falsch interpretiert werden oder ihnen dafür Verfolgung drohen könnte – oder sie schweigen und lassen Unrecht unbezeugt. Das moralische Gewicht dieses Dilemmas liegt in der Spannung zwischen Zivilcourage, Rechtsbewusstsein und Selbsterhaltung. Zeugenschaft in Gewaltkontexten ist eine der stärksten Formen von Macht und Verantwortung und setzt sich in der Nachkriegsordnung in der Bedeutung von Dokumentation der Verbrechen und die Erinnerung daran fort.

Didaktisch eröffnet es über das Spannungsverhältnis zwischen Wahrheit, Risiko und politischer Wirkung Räume für die Auseinandersetzung mit journalistischer Verantwortung, die Rolle von Social Media, Menschenrechtsfragen und ethischen Konflikten im politischen Handeln.

Ressourcen-Dilemma: Teile ich das Letzte – oder sichere ich mein Überleben und das der mir Nahestehenden? Wenn ein schwerwiegender Zwischenfall eintritt, muss entschieden werden, wer die Hilfe zuerst erhält. Bei knappen Ressourcen wie Trinkwasser, Nahrung, Medikamenten oder Blutkonserven kollidieren aber auch ethische Ideale (Solidarität) mit überlebenswichtigen Bedürfnissen (Selbsterhaltung). Ein solches Dilemma stellt die Priorisierung von Bedürfnissen auf die Probe, v.a. wenn zuverlässige Versorgung und gerechte Verteilung infrage gestellt werden oder tatsächlich nicht mehr möglich sind. Es eignet sich besonders für die Reflexion über Gerechtigkeitstheorien und sozialethische Perspektiven im Ausnahmezustand.

Macht-Dilemma: Nutze ich meine Position – oder beuge ich mich der Gewalt? In diesem Dilemma stehen Rollenträger (z. B. in Polizei, Schule, Verwaltung, Bundeswehr) vor der Entscheidung, inwiefern sie in Ausnahmesituationen sich ergebende Handlungsspielräume nutzen oder sich vielleicht sogar unterwerfen. Es eignet sich zur Reflexion über das Verhältnis von Macht, Autorität und deren Einbindung in politischen Institutionen und Ordnungen. Menschen in Kriegsgebieten werden gegen ihren Willen und auch ohne ihr Zutun zur Entscheidung gezwungen, ob sie sich in ein Regime, eine Gewaltstruktur oder ein System fügen – oder ob und ab oder bis zu welchem Zeitpunkt sie Widerstand leisten – mit

10 Vgl. Johannes Schmoldt: Verändert und verschärft. Politische Urteilsbildung unter digitalen Bedingungen. In: Heil et. al. (wie Anm. 2), S. 107–118.

allen möglichen Konsequenzen. Besonders für „Staatsdienende“ mit und ohne Uniform geht es hier um Fragen von Gehorsam, Widerstand und Verantwortung in verschiedenen politischen Systemen: Herrschende in Diktaturen und Autokratien müssen sich gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern bzgl. des Einsatzes militärischer Gewalt und der Einschränkung der Grundrechte durch eine Wehrpflicht nicht rechtfertigen, demokratische Regierungen schon.

Werte-Dilemma: Was bleibt von meinen Überzeugungen, wenn Gewalt herrscht und alles zu zerfallen droht? In Zeiten von Gewalt brechen normative Leitlinien oft zusammen, da sich nun zum Beispiel die grundsätzlich ehrenwerte Position des Pazifismus dem Praxistest unterziehen muss: Ab welchem Zeitpunkt bin ich bereit, etwas (z.B. die Freiheit und Unabhängigkeit) notfalls (auch mit der Waffe) zu verteidigen? Wen oder was unterstütze ich bewusst oder auch unbeabsichtigt mit meiner Haltung? Wo endet Verständnis und wo beginnt die Kollaboration mit einem Aggressor? Was bedeuten Werte wie Humanität, Gerechtigkeit oder Toleranz, wenn das eigene Überleben davon abhängt, sie zu verletzen?

Dieses Dilemma betrifft die Frage nach moralischer Kohärenz im Ausnahmezustand: Wie stabil sind ethische Grundhaltungen angesichts von Chaos, Angst und Desorientierung? Wie lange kann man gezielt verbreiteten Narrativen über vermeintlich Unschuldige und Schuldige widerstehen? Wie geht man mit sozialem Druck um? In der Didaktik stellt dies eine Brücke zur Demokratiebildung dar, weil es Grundwerte und Idealvorstellungen wie Frieden, Freiheit, Menschenwürde und Gleichheit auf ihre Krisenfestigkeit hin befragt. Während in Friedenszeiten der Anspruch gilt, bei Konflikten aller Art zuerst zu versuchen, die Perspektive aller Konfliktparteien nachzuvollziehen, bevor man ein bewertendes Urteil fällt, hat in Zeiten der Gewalt mindestens eine Seite den Lösungsraum bereits einseitig verkleinert. Auch das Ergründen der Genese sowie die Diskussion über die möglichen Folgen der Gewalt mit ihrer politischen, kulturellen, wirtschaftlichen, historischen und militärischen Dimension erhält in einer Gewaltsituation eine andere Relevanz – sie werden von beiden Seiten als Teil der Kriegsführung in ihrem Sinne benutzt und instrumentalisiert. Das Privileg, bei unbequemen Wahrheiten einfach wegzusehen oder weiterzuscrollen, haben diejenigen nicht, über die in Kriegsgebieten berichtet wird.

Andererseits gibt das Werte-Dilemma Anlass zur Reflexion, warum Menschen militärische Aggression schönreden und an der Aussage festhalten, man könne sich auch unbewaffnet Mächten erwehren, die Krieg, Vernichtung und Unterwerfung anderer Völker als Staatsräson betrachten.

Engagement-Dilemma: Nicht nur ob, sondern auch ab wann, wie viel und wie lange engagiere ich mich? In einer unmittelbar drohenden oder bereits eingetretenen Gewaltsituation steht jede dazu fähige Person vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob sie sich zu deren Beendigung überhaupt engagiert, und auch in welchem Umfang und in welcher Qualität dieses Engagement erfolgen soll. In ein Handeln mündet die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt oder wenigstens eine Verbesserung der Lage besonders dann, wenn dies konkret und realistisch ist. Der Wille und vielleicht die Aussage in einer Meinungsumfrage[11] allein genügen nicht, um dem Gefühl der Ohnmacht etwas entgegenzusetzen, sondern es bedarf des Vertrauens in sich selbst und in die Gemeinschaft: Denn nur zusammen können wir Angst teilen und Hoffnung vervielfachen. Wenn Menschen aufgeben und in Resignation verfallen, dann haben genau die gewonnen, die vom Chaos profitieren.

Dieses Dilemma reicht über einen institutionalisierten Wehrdienst, zu dem man ohne sein Zutun einberufen wird, sofern man vorher geistig und körperlich für „tauglich“ befunden wurde, weit hinaus, genauso wie ein Pflichtjahr in den Bereichen Soziales, Umwelt- und Katastrophenschutz. Es geht immer um das Maß des beruflichen und privaten Einsatzes in den Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit, die Vereinbarkeit mit dem eigenen Gewissen und die mögliche Spannung zwischen äußerem Zwang des Rechtsstaats mit seinen Sanktionierungsmöglichkeiten und innerer Überzeugung: Sollte man lediglich im Hintergrund unterstützen, etwa durch medizinische oder logistische Hilfe, oder bereit sein, aktiv an Kampfhandlungen teilzunehmen? Soll ich mich zu etwas freiwillig melden oder nur dann handeln, wenn ich

11 Vgl. Timo Graf: Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2024, Potsdam 2024; https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5855536/3afdc801d2623b20679b4a44eacfd1d2/zmsbw-forschungsbericht-137-bevbefragung-2024-data.pdf (Stand: 13.06.2025).

Beispiel 5 für KI-generierte Katastrophenszenerie: Altes Rathaus Bamberg/ Quelle: Andreas Wolfrum, 25.04.2025

dazu gezwungen werde? Aber auch das Ausmaß und der Zeitpunkt zwingen Menschen dazu, sich selbst und die politische Ordnung tiefgreifend zu hinterfragen: Ab wann und wie lange ist eine erhöhte Alarmbereitschaft mit Auswirkungen und Einschränkungen geboten? Wo liegt in der Demokratie der Maßstab für erwartbares Pflichtbewusstsein?

Zwischen Gehorsam und Verantwortung, zwischen Loyalität und Selbstbestimmung entsteht ein Spannungsfeld, das kaum auflösbar erscheint: Wer zu viel tut, könnte sich später schuldig fühlen. Wer zu wenig tut, fühlt sich vielleicht, als hätte er andere im Stich gelassen. Aber auch wenn viele Menschen nur vermeintlich kleine Dinge tun, können sie zusammen eine ganze Menge bewegen. Das Engagement in einer Gewaltsituation ist somit kein einzelner Entschluss, sondern ein dauerhaftes ethisches und existenzielles Dilemma, das in Zeiten der Selbstdarstellung in Social Media auch von außen beeinflusst und sozial kontrolliert wird. Es verlangt vom Einzelnen, zwischen verschiedenen, oft widersprüchlichen Pflichten und Gefühlen abzuwägen. Trotz aller Gewöhnungseffekte lautet die zentrale Frage dabei: Wie bleibt man Mensch in einer Sicherheitslage, die von Gewalt und Unmenschlichkeit geprägt ist?

KI-generierte Bilder in der hybriden Kriegsführung

Gerade weil hybride Kriegsführung unterhalb der Schwelle klassischer militärischer Auseinandersetzungen operiert, entstehen komplexe Entscheidungs- und Handlungskonflikte, die häufig auch aus der unterschiedlichen Wahrnehmung und Bewertung von Gefahren von Einzelnen oder Gruppen, vor Ort oder in der Gesamtschau hervorgehen. Dazu werden nicht-militärische Mittel wie etwa Desinformation als Werkzeug der psychologischen Kriegsführung genutzt. Hier stellen KI-generierte, nachbearbeitete oder in einen anderen Kontext gestellte Bilder ein neues, besonders wirkmächtiges Mittel dar: Zur visuellen Desinformation können sie dazu genutzt werden, um **falsche Realitäten** zu

erzeugen, z.B. angebliche Angriffe, schon erfolgte Evakuierungen, Plünderungen oder bereits „zerstörte“ Orte zu dokumentieren, obwohl das überhaupt nicht oder nicht in dieser Form der Fall ist. Deren Einsatz zielt darauf ab, Verwirrung zu stiften, politische Instabilität zu erzeugen, die Motivation der Verteidigenden zu senken oder Misstrauen gegenüber offiziellen Quellen zu säen. Im Unterschied zu Desinformationskampanien früherer Zeiten erfolgt dies heute globaler, automatisierter, unkontrollierter, zielgruppenspezifischer und schneller.[12]

Im Rahmen der **psychologischen Kriegsführung** lösen Bilder von zerstörten Schulen, Krankenhäusern oder Symbolen nationaler Identität, selbst mit dem Wissen, dass diese „nur“ KI-generiert sind, starke Emotionen wie Angst vor Verwundbarkeit, Wut auf die Aggressoren und Mitleid mit den Bedrohten und Geschädigten aus. Damit wird nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch das moralische Gefüge eines Landes gezielt angegriffen.

Wenn die Grenze zwischen echten und falschen Bildern verwischt, entsteht ein Zustand der „epistemischen Unsicherheit“: Die Menschen sind sich nicht mehr sicher, welchen Bildern oder Quellen sie (ver)trauen können. Diese **Erosion der Glaubwürdigkeit** ist ein zentrales Ziel hybrider Operationen, weil damit das Vertrauen in Institutionen, Medien usw. untergraben wird.

Mittels einer **unterschiedlichen Kontextualisierung des Bildmaterials** lässt sich einerseits der Nutzen und andererseits das Schädigungspotenzial in der hybriden Kriegsführung zu verdeutlichen. Was in der pädagogischen Verwendung bewusst als didaktisches Konstrukt bildungswirksam eingesetzt wird, um über Betroffenheit Lernmotivation und -bereitschaft, moralische Reflexion und Engagement zu erzeugen, kann in einem von außen beeinflussten Informationsraum als Waffe zur Destabilisierung missbraucht werden, da es Verunsicherung, Polarisierung, Radikalisierung, Resignation usw. unterstützt. Deshalb ist nicht nur die Einordnung der Inhalte von Bedeutung, sondern auch die **medienethische KI-Kompetenz**, die zwischen Bildwirkung und Bildaussage unterscheidet: Wie erkenne ich ein KI-generiertes Bild? Wie wirkt dieses Bild? Wer könnte Interesse daran haben, bestimmte Bilder zu verbreiten? In welchem politischen, sozialen und medialen Kontext steht die Bildverwendung? Nicht das Bild an sich ist manipulativ, sondern sein Einsatz ohne oder in einem bestimmten Kontext! Dieser Wechsel von der Opfer- in die Täterperspektive kann unterstützt werden, indem die Lernenden die Rolle der Rezipierenden verlassen und sich in die der Produzierenden begeben, d.h. zu Ausbildungszwecken selbst solche Bilder anfertigen und deren Schädigungspotenzial reflektieren – ohne sie in Umlauf zu bringen.

Fazit

Selbst erzeugte KI-generierte Bilder, die vermeintliche Folgen von Gewalteinwirkungen auf das bekannte und persönliche Umfeld zeigen, können sowohl im Sinne der **sicherheitspolitischen Bildung** als auch einer **Sicherheitserziehung** genutzt werden. Das Sicherheitslernen der Zukunft muss mehr leisten als das Vermitteln von mehr oder weniger statischen Lagebildern aus verschiedenen Perspektiven. Sie muss Betroffenheit ermöglichen – ohne zu instrumentalisieren. KI-generierte Kriegsbilder sind ein innovatives Werkzeug dafür, denn richtig eingesetzt können sie helfen, Sicherheitsbewusstsein nicht nur zu verstehen, sondern zu fühlen. Entscheidend ist dabei der verantwortungsvolle und reflektierte Einsatz in einem didaktischen Rahmen, der Menschen stärkt und befähigt, statt sie zu überfordern und zu entwöhnen. Dilemma-Situationen tragen bereits Kontroversen und Zweideutigkeiten in sich und regen dazu an, verschiedene Entscheidungsoptionen zu durchdenken und – im Idealfall – konkrete Handlungen zu initiieren. Lernprozesse und Desinformationskampagnen greifen stellenweise dabei auf ähnliche Grundmuster zu – jedoch mit diametral entgegengesetzten Absichten. Dies immer wieder herauszustellen, an Beispielen zu verdeutlichen und bei Lernenden eine Meta-Reflexion anzustreben, ist ein aktiver Beitrag zum Sicherheitslernen, zur gesamtstaatlichen Resilienz und Wehrhaftigkeit sowie dem Sicherheitsbewusstsein, dass es sowohl in der Prävention wie auch in der Reaktion – nicht nur kurzfristig – auf das Verhalten und Handeln von jeder einzelnen Person ankommt.

12 Vgl. Janine Schmoldt: Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und Digitale Souveränität. Herausforderungen für die politische Bildung im Zeitalter der Digitalisierung. In: Heil et. al. (wie Anm. 2), S. 88–103.

MUSIK UND POLITIK: DER SOUND DER ZEIT – SICHERHEIT

SOLO LE PIDO A DIOS – LEÓN GIECO

„*Esta no es una canción, es un himno*“ (Das ist kein Lied, sondern eine Hymne“), berichtete enthusiastisch die argentinische Zeitung La Nación anlässlich des Papstbesuches des argentinischen Sängers León Gieco am 5. Mai 2023. Der von vielen als lateinamerikanischer Bob Dylan verehrte Musiker interpretierte im Vatikan vor Papst Francisco und ca. 100 weiteren geladenen Landsleuten eine unplugged Version seines Liedes „*Solo le pido a dios*“ („Das Einzige, worum ich Gott bitte“), das mittlerweile weltweit Kultcharakter erreicht hat.

Der Text war ursprünglich als Protest gegen die argentinische Militärjunta (1976-1983) im Jahr 1978 konzipiert und ist ein flammender Appell für mehr Engagement gegen Ungerechtigkeit („*que lo injusto no me sea indiferente*“).

„Der Song für Argentinien“ (Rolling Stone Magazin) richtet sich aber nicht nur gegen soziale Benachteiligung und menschenverachtende Regime jeglicher Couleur, sondern avancierte ausgehend von Lateinamerika zu einem weltweiten Ausdruck des Protests gegen autoritäre Herrschaftsformen und Krieg als Mittel der Politik („*la guerra […] / es un monstruo grande y pisa fuerte / toda la pobre inocencia de la gente*“).

Mittlerweile existieren zahlreiche Varianten in verschiedenen Sprachen (in Deutsch u.a. von Hannes Wader) und außer von vielen spanischsprachigen Legenden wie Mercedes Sosa, Ana Belén und Shakira wurde das Lied auch von Weltstars wie Bruce Springsteen und U2 gecovert, sodass es eine immense Popularität erlangte.

Möglicherweise etwas unorthodox wirkt heute auf den ersten Blick lediglich, dass der als eine Art retardierendes Moment in jeder Strophe sich wiederholende Appell als Mahnung an das „lyrische Ich“, also an den jeweiligen Interpreten oder Mitsingenden selbst formuliert ist („*que* […] *no me sea indiferente*“).

Doch mit der Aufforderung, sein eigenes (!) Verhalten zu hinterfragen hebt es sich wohltuend von einem Zeitgeist ab, in dem die Art und Weise wie Protest artikuliert wird zunehmend an die Charakterisierung der Pharisäer im Neuen Testament (Lukas 18:10 ff.: „Ich danke Dir Gott, dass ich nicht so bin wie andere Leute“) und weniger an die in der Bibel als Ideal eingeforderte Demut erinnert („Gott sei mir gnädig und vergib mir, ich weiß, dass ich ein Sünder bin“).

León Gieco, La Paz, 10. Juli 2013
Foto: Picture Alliance/REUTERS/ Fotograf: David Mercado

Papst Francisco, Angehöriger des Jesuiten-Ordens, zeigte sich sehr angetan und als im Verlauf des Liedes immer mehr Anwesende begannen, den selbstkritischen Text mitzusingen, wollte man für einen Moment fast an ein Zitat der einzigartigen Mercedes Sosa glauben: „*Si hay una canción que pueda cambiar el mundo, podría ser esta*“ („Wenn es ein Lied gibt, das die Welt verändern könnte, dann ist es dieses“).

Manfred Fischl

„IMAGINE“ VON JOHN LENNON

Wenn wir die Nachrichten ansehen, begegnet uns tagtäglich das Thema Krieg. Während meine so genannte Generation Z behütet in einer friedlichen Zeit aufwachsen durfte, scheint die gegenwärtige Weltlage ein Stück weit unseren Alltag zu bestimmen, Diskurse zu verändern und Ängste spürbar zu machen. Es sind schon verrückte Zeiten, doch soll Krieg jetzt und in der Zukunft nicht das bestimmende Thema sein. Viel wichtiger ist es doch, über Freiheit und Frieden nachzudenken.

John Lennon misst eben dieser Vorstellungskraft mit seinem Lied „Imagine“ eine große Rolle bei: „*Imagine there's no countries/It isn't hard to do/Nothing to kill or die for/And no religion too/ Imagine all the people/Living life in peace.*“ John Lennon schrieb das Lied im Jahr 1971, neun Jahre später wurde er erschossen.

Egal, welchen Anti-Krieg-Song man hört, die Botschaft bleibt immer die gleiche: Nationalitäten oder Staatsgrenzen sind nicht entscheidend, sondern unsere Offenheit, unsere Menschlichkeit und unsere Werte im Hier und Jetzt sind es. Wir sind es, die Demokratie ausmachen. Wir leben Demokratie. Ja, wir müssen für Werte aktiv einstehen, wenn diese bedroht werden. Aber es ist auch wichtig, gemeinsam über Demokratie und Werte zu sprechen. Wir können von Weltfrieden träumen – wieso sollten wir ständig nur realistisch oder gar pessimistisch auf politische Ereignisse wie Krieg sehen müssen? Auch wenn es naiv sein mag, können wir doch jederzeit hoffen: „*You may say I'm a dreamer/ But I'm not the only one/I hope someday you'll join us/And the world will live as one.*“

John Lennon und Yoko Ono, New York, 5. Februar 1972
Foto: Picture Alliancee/associated press/ Fotograf: Ron Frehm

John Lennon gibt uns mit diesem Song etwas Entscheidendes mit auf den Weg: den Mut zum gemeinsamen Träumen. Wenn wir alle daran glauben, dass Frieden auf der ganzen Welt möglich sein kann, dann wird die Weltgemeinschaft vielleicht eines Tages so weit sein. Also hören wir einander zu und erinnern uns immer wieder an die eindringlichen Worte der kürzlich verstorbenen Margot Friedländer, die auch für viele junge Menschen trotz des großen Altersunterschiedes ein Vorbild war: „Seid Menschen.“

Barbara Wiedemann

PROVINZ – DRAUSSEN IST KRIEG

„Draußen ist Krieg“ – ist das so? Wenn man in die Welt blickt, kann man dem mit Sicherheit zustimmen. Subjektiv ist vorerst beruhigend, dass draußen bestimmt noch weit weg ist – weder die Ukraine noch Israel sind Länder, in die man einen Städtetrip plant – obwohl beispielsweise ein Flug nach Madrid nicht kürzer ist als ein Flug in die Ukraine ins Kriegsgebiet. Im gleichnamigen Song von Provinz aus dem Jahr 2022 als Reaktion auf den Überfall auf die Ukraine wird thematisiert, wie die

junge Generation sich im Umfeld einer bedrohten Sicherheit zurechtfindet: „Du schließt die Augen, bis du gar nichts mehr siehst“. Sind die jungen Menschen mehr mit „Dschungelcamp und TikTok-Hype“ beschäftigt als mit der Realität? Versucht man die Kriege in der Ukraine, Syrien, Israel zu verdrängen, indem man die Augen „fest genug schließt“ und die „AirPods rein macht“? Das scheint wohl eine Taktik vieler zu sein, wie man auch an Umfragen sehen kann: Nur 19% der Befragten wären wahrscheinlich bereit im Falle eines militärischen Angriffs selbst Deutschland mit der Waffe zu verteidigen. Dahingegen fühlen sich 53% aller Teilnehmenden an einer Umfrage sicher oder sehr sicher in Deutschland. Spiegelt das die Realität wider? Wie man im Interview mit Sönke Neitzel sehen kann, ist diese gefühlte Sicherheit nur bedingt gegeben. Wir fühlen uns zu sicher, „keiner kämpft mehr gegen Lügen, jeder braucht Urlaub für die Seele“. Aber: Cyber-Attacken finden bereits jetzt statt, russische Bots fluten die Kommentarspalten in Online-Medien, die kritische Infrastruktur ist nur in Teilen wirklich gesichert. Zwar findet eine konkrete militärische Auseinandersetzung bereits auf dem europäischen Kontinent in der Ukraine statt, doch wir wiegen uns in Deutschland noch in einer - falschen? - Sicherheit. Aber was ist, „wenn der Hass seine Grenze verschiebt“, fragt auch Provinz. Dann können wir nicht mehr die Augen und Ohren verschließen, uns wegdrehen, das „Lieblingslied [...] auf Repeat“ hören. Im Song wird diese Haltung kritisiert denn „der Kalte Krieg [ist] längst wieder heiß“. Wir müssen die Realität wahrnehmen, die (von außen und innen) gewollte Spaltung der Gesellschaft, den (von außen und innen) verbreiteten Hass, die Bedrohung unserer Demokratie und Sicherheit. Denn es ist leider so: „Draußen ist Krieg“ – und draußen ist in vielerlei Hinsicht näher als gedacht.

Nadja Renner

Die deutsche Band Provinz bei einem Auftritt in Bonn, 28. Februar 2004
Foto: Picture Alliance/Bonn. digital/Fotograf: Marc John

Angelina Heckmann ist Künstlerin und unterrichtet Kunst und Englisch in Kecskemét/Ungarn.

INTERVIEW

DIE BAUERNKRIEGE AUS HEUTIGER SICHT ODER: WIE EINE SCHEINBAR STABILE WELT AUS DEN FUGEN GERATEN KANN, WENN MAN DIE BEDÜRFNISSE DER MENSCHEN ÜBERGEHT

Ein Gespräch mit Dr. Peer Frieß über die Zeit der Bauernkriege und die Frage, inwieweit innenpolitische Konflikte im 16. Jahrhundert mit heutigen Herausforderungen zu tun haben

---

Peer Frieß ist Frühneuzeithistoriker mit dem Schwerpunkt auf der Geschichte der oberschwäbischen Reichsstädte im 16. Jahrhundert und stv. Vorsitzender des Memminger Forums für Schwäbische Regionalgeschichte. Er war als Gymnasiallehrer tätig, Mitarbeiter im Bayerischen Kultusministerium, Schulleiter und Referatsleiter in der Bayerischen Staatskanzlei.

Foto: LOLASLICHT/ Fotografin: Illona Stelzl

Unsere Erinnerungskultur richtet sich stark nach runden Jubiläen und ist dabei v.a. an Daten des 19. und 20. Jahrhunderts orientiert. In diesem Jahr erinnern wir an das 500-jährige „Jubiläum" der Bauernkriege. Wie ist Ihr bisheriger Eindruck von der öffentlichen Wahrnehmung dieses Ereignisses?

Peer Frieß: Ich zögere sehr von „Jubiläum" zu sprechen – angesichts so vieler Todesopfer ist „Gedenken" für mich der bessere Begriff. Grundsätzlich bin ich positiv überrascht von dem vielfältigen Echo und der breiten Resonanz, die deutlich größer ist als noch vor 25 Jahren.

Es gibt eine Vielzahl von Tagungen und auch von Berichten auf unterschiedlichen medialen Kanälen. Die Bandbreite der Publikationen reicht von kleinen, lokal ausgerichteten Heftchen über umfangreiche Monographien bis hin zu Podcasts und Graphic Novels.

Außerdem werden eine Menge Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt es viele Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, bei denen auch speziell Jugendliche aktiviert werden. Erwähnenswert ist u. a. das Projekt „Freiheit braucht Courage" von der Europäischen Union, das sehr gut angenommen wurde.

Wie stehen Sie als Experte, der sich so lange und intensiv mit dieser Thematik beschäftigt hat, dem enormen Aufwand gegenüber, den man heute betreibt?

Peer Frieß: Man kann es natürlich kritisch sehen, dass an verschiedenen Orten die Erinnerung einfach als touristische Werbung genutzt wird. Man versucht Menschen mit besonderen Attraktionen wie Theaterinszenierungen oder Ausstellungen in die Region zu locken. Meines Erachtens ist das in Ordnung. Denn bei aller holzschnittartigen Verkürzung, die dabei kaum zu vermeiden ist, wird den Menschen unterschiedlichster gesellschaftlicher Schichten und Altersgruppen ein Zugang zu einer Welt vermittelt, die heute fremd geworden ist. Schwierigkeiten hätte ich nur insoweit, wenn verfälschende Botschaften in die mediale Welt geschickt oder Narrative nacherzählt werden, die wissenschaftlich längst überwunden sind. Das kommt zum Glück aber nur selten vor.

Was ist denn aus Ihrer Sicht das Interessante an den Bauernkriegen? Was kann uns heute über die normale historische Neugier hinaus auch heute noch daran berühren?

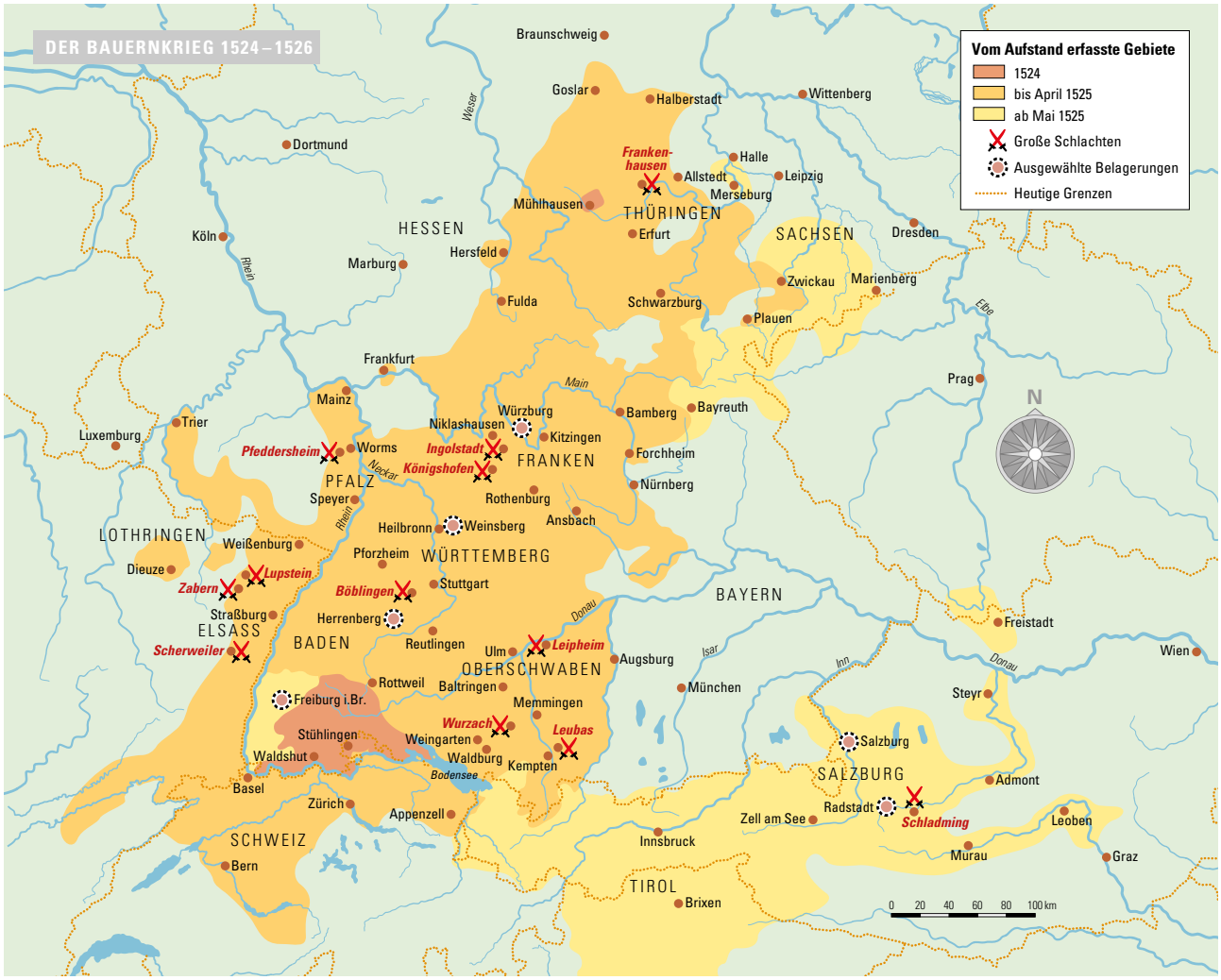
Peer Frieß: Die wesentlichen Aspekte der Bauernkriege interessieren die Menschen tatsächlich erst seit etwa 150 Jahren. Die Zeit davor ist davon bestimmt, dass in wechselseitiger Schuldzuweisung katholisch geprägte Historiker versuchten, die gesamte Verantwortung für gewaltsame Auseinandersetzungen auf Luther zu schieben und die protestantischen vice versa auf die „gottlosen Papisten" oder auf Thomas Müntzer.

Schlachtszene aus dem Deutschen Bauernkrieg *Foto: Picture Alliance/SZ/ Scherl*

Erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts begann man, andere Sichtweisen auf den Bauernkrieg zu entwickeln, und versuchte, auch eine deutsche Revolutionstradition in den Blick zu nehmen. Den Anfang machte Wilhelm Zimmermann, der 1841-43 das erste wissenschaftlich fundierte Werk veröffentlichte. Ab diesem Zeitpunkt nahm dann das Gedenken sukzessive zu. Es war aber immer geprägt von den gesellschaftlichen und politischen Umständen. Die Art der Erinnerung sagt oft mehr über die Zeit aus, in der erinnert wird, als über das Ereignis selbst.

Das trifft natürlich nicht nur auf den Bauernkrieg zu, sondern auf viele historische Ereignisse.

Peer Frieß: Das ist korrekt. Das Besondere in diesem Fall ist, dass in den Bauernkriegen ein überzeitlich wirksames Verlangen nach Gerechtigkeit konkret greifbar wird. Das Leben im 16. Jahrhundert war bestimmt von existentiellen Problemen. Die Menschen mussten sich mit den Naturgewalten und mit der beginnenden kleinen Eiszeit auseinandersetzen. Hinzu



Regionale Übersicht der Bauernkriege von 1524-1526
Karte: Peter Palm

kamen ein deutliches Bevölkerungswachstum und Probleme mit den Veränderungen der Wirtschaftslage — Stichwort Frühkapitalismus. Ebenfalls zu beobachten war eine zunehmende Herrschaftsverdichtung, d. h. es gab einen wachsenden Druck der Obrigkeit, die immer mehr versuchte, ihre Herrschaftsrechte zu monetarisieren. Das zentrale Problem bestand darin, dass die an sich ausreichend zur Verfügung stehenden Ressourcen völlig ungerecht verteilt waren.

In dieser kritischen Phase mit vielen Zukunftsängsten verbreitete sich als scheinbare Lösung das Gedankengut der Reformation. Prediger, Reformatoren und humanistisch gebildete Bürger wurden zunehmend zu Wortführern der Bauern. Dieses komplexe Gefüge und die Prozesse genauer zu analysieren ist auch aus heutiger Sicht sehr interessant.

Die Situation der Zeitgenossen ist im Kontext des Grundgesetzes und eines funktionierenden Rechtsstaates damals nur schwer vorstellbar. Könnten Sie die Lebensumstände der Menschen in dieser Hinsicht etwas näher erklären?

Peer Frieß: Wechselseitige Kontrolle der verschiedenen Gewalten, die den modernen Staat konstituieren, ist im 16. Jahrhundert unvorstellbar. Jede Herrschaft war Gesetzgeber, Exekutor und Rechtsprecher in einer Person. Es gab zwar schon erste Gerichtsinstanzen wie das Reichskammergericht, dessen Bedeutung man nicht unterschätzen sollte, aber von einer Gewaltenteilung im heutigen Sinne war man noch weit entfernt. Die Untertanen waren der Willkür der Obrigkeit weitgehend ausgeliefert, die Gesetze erließ, die sie selbst kontrollierte und exekutierte.

Martin Luther (1483-1546), Porträt von Lucas Cranach d. Ä. um das Jahr 1520
Foto: Picture Alliance/SZ Photo

Thomas Müntzer (1489-1525), Kupferstich von Christoffel van Sichem aus dem Jahr 1608 (spätere Kolorierung)
Foto: Picture Alliance/akg-images

Ein zweiter Aspekt ist die weit verbreitete Vorstellung, dass die herrschende Ordnung von Gott gegeben sei. Auch die Existenz des Fegefeuers wurde als reale, von Gott gewollte Bedrohung wahrgenommen. Deshalb war zur Zeit der Bauernkriege das Bedürfnis nach Geistlichen, die nach der Vorstellung der damaligen Menschen zwischen dem allmächtigen Gott und dem einfachen Menschen vermitteln konnten, ein echtes Grundbedürfnis wie heute gute Arbeitsbedingungen und bezahlbare Wohnungen.

In der Geschichtswissenschaft wurde und wird intensiv die These diskutiert, dass die Religion einerseits ein wirksamer inhaltlicher Prägefaktor war, dass sie aber andererseits auch als ein politischer Hebel benutzt wurde, um Machtansprüche durchzusetzen. Wie stehen Sie zu dieser Sichtweise?

Peer Frieß: Das ist eine sehr komplexe Thematik. Für die Masse der Leute, die von ihrer Hände Arbeit leben musste, die Krankheiten, Kriegen und Hungersnöten ausgesetzt waren, bot Religion mit Sicherheit einen sinnstiftenden Ordnungsrahmen. Gleichzeitig erwuchs aus dem christlichen Glauben ein tief empfundenes Bedürfnis nach Seelsorge. Das zeigen auch die zeitgenössischen Massenwahlfahrten zu Marienkapellen.

Das Extrem auf der anderen Seite gab es aber auch, insbesondere unter den damaligen Machthabern, wie den städtischen Räten oder den weltlichen und geistlichen Fürsten. Sie haben die Religion sehr wohl instrumentalisiert, um ihre Machtfülle zu stabilisieren oder um Zugriff auf Kirchengüter zu erlangen.

Dazwischen — und das ist das Spannende — gab es eine große Zahl von religiös wirklich bewegten Menschen wie Thomas Müntzer oder den Inspirator der Zwölf Artikel von Memmingen, Christoph Schappeler. Sie und viele heute weitgehend unbekannte Prediger in den kleinen Dörfern und Städten sahen in dem Aufbegehren der Bauern, die zunächst mal nur ihre Lebensbedingungen verbessern wollten,

die politische Kraft, um ihre eigenen Vorstellung eines christlichen Zusammenlebens bereits im Diesseits umzusetzen.

Hier kamen unterschiedliche Motive und verschiedene Bewegungen zusammen, was sich in einer Reihe von Fällen als Scheinhomogenität erwies. Denn Luther, Schappeler und die meisten anderen Reformatoren haben ihre Positionen sehr schnell relativiert und sich von dem gewaltsamen Vorgehen der Bauern klar distanziert.

Das war für die rebellierenden Bauern ebenso enttäuschend wie für die einfachen Leute in den Städten, von denen viele mit den Bauern sympathisiert hatten.

Waren die Bauernaufstände 1525 eher ein Akt der Verzweiflung auf Grund der sich zuspitzenden schlechten Lebensbedingungen oder stehen sie im Kontext einer länger zurückreichenden Widerstandstradition?

Peer Frieß: Es gab durchaus eine Tradition des Widerstandes, die weit ins Spätmittelalter zurückreicht. Man denke an die Bewegung des Bundschuhs im Elsaß oder die Jacquerie im Frankreich. Die Entstehung der Eidgenossenschaft geht ebenfalls auf bäuerlichen Widerstand zurück. Es lassen sich auch in der Geschichte der Städte in ganz Europa viele Beispiele dafür finden, dass sich Bürger gegen die Obrigkeit wehrten. Eine traditionelle Form des Widerstandes war etwa die Versammlung am Marktplatz und die Bildung von Ausschüssen. Von diesen wurden dem Rat Forderungen vorgelegt und diskutiert, bis eine für alle zufriedenstellende Antwort gefunden wurde. So erkämpften sich an vielen Orten einfache Zunfthandwerker ein politisches Mitsprachrecht.

Die im Jahr 1525 verbreitete Vorstellung des „Wir-repräsentieren-die-Gemeinde" – Gemeinde als Zusammenschluss aller Haushalte verstanden – war also schon lange vorhanden und schuf die notwendige Solidarität für gemeinsamen Widerstand. Ein Instrument dieses Widerstands war die Verweigerung, bestimmte Abgaben zu leisten – etwa den Zehnt. Daneben gab es noch subtilere Formen. So zählte es zu den belastenden Verpflichtungen für die Landbevölkerung, Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung des Herrenhofes bereitzustellen. Oft hat man dann einfach nur Kinder oder auch alte Menschen geschickt – also letztlich auf diese Weise unterschwelligen Widerstand geleistet.

Die Annahme, dass aus dem Nichts heraus plötzlich eine Revolte entstand, ist also ein Trugschluss. Schon in den 1490er Jahren haben z.B. die Bauern des Fürstabts von Kempten rebelliert. Anfang des 16. Jahrhunderts folgten an vielen Orten analoge Entwicklungen. Das Neue im Jahr 1525 war, dass es innerhalb von wenigen Wochen und Monaten in vielen Bereichen Deutschlands zu Bauernerhebungen kam und dass es mit der Orientierung am so genannten göttlichen Recht, verdichtet in den Zwölf Artikeln, etwas Ähnliches wie Programmatik gab.

Darstellung des Jenseits aus dem Jahr 1463, Condé Museum, Chantilly, Frankreich
Foto: Picture Alliance/Prisma Archivo

Warum passierte das genau zu diesem Zeitpunkt, 1525?

Peer Frieß: Ein wichtiger Grund war mit Sicherheit, wie schon ausgeführt, die anlaufende reformatorische Bewegung. Diese hätte aber bei weitem nicht eine solche Wirkung entfaltet, wenn nicht über den Buchdruck und über die Nutzung von Flugblättern, eine Verbindung von emblematischen Bildern, Karikaturen und aufrüttelnden Texten, eine Modernisierung der medialen Welt erfolgt wäre.

Karte: Peter Palm

Sie beziehen sich auf die Thesen von Thomas Kaufmann?

Peer Frieß: Genau. Kaufmann hat diesen Punkt in seinem neuen Buch „Der Bauernkrieg: Ein Medienereignis" sehr anschaulich erklärt. Er geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er das, was im Vorfeld des Bauernkrieges als intellektuelles Bild von der Bauernschaft entstanden ist, als eine Vorprägung bezeichnet, die selbst wirksam wurde. In der Vorstellungswelt städtischer Humanisten stand der Bauer lange vor 1525 für das Fremde, Bedrohliche, Zerstörerische. Die Beschreibung Thomas Müntzers und seiner Ideen durch Martin Luther und seine Gefolgsleute in den zeitgenössischen Flugschriften gingen dann noch einen Schritt weiter. Müntzer wurde regelrecht dämonisiert. Das hat erheblich dazu beigetragen, dass Fürsten und Herren dazu bereit waren, gegen ihn mit Gewalt vorzugehen. In der Praxis wurden von fahrenden Händlern die in relativ geringer Auflage gedruckten Flugblätter verkauft und von den wenigen Personen, die lesen konnten, vorgetragen — das war in den Städten häufiger der Fall als auf dem Land. Wichtig war die Versammlung: im Wirtshaus, auf dem Marktplatz und in der Kirche. Die Kommunikation zwischen den Bauernhaufen, in denen die meisten nicht schreiben und lesen konnten, lief über eine kleine Gruppe von Führungspersönlichkeiten, die entweder aus der Schicht der Amtsleute oder der kleinen Dorfpfarrer kamen, die der Reformation nahestanden. Diese waren unmittelbar am Leben der Leute beteiligt. Bei besonderen Ereignissen wurden sie geholt und um Rat gefragt. Auf diese Weise kamen zum Teil Geistliche zu Führungspositionen in den Bauernhaufen.

Kann man in diesem Zusammenhang von einer Art Zwitterposition der Geistlichen sprechen?

Peer Frieß: Für manche war das sicher nicht ganz einfach, aber die meisten involvierten Dorfpfarrer standen relativ klar auf der Seite der bäuerlichen Bevölkerung. Auch „geistliche Hilfskräfte" spielten dabei eine Rolle, denn die Pfründeninhaber beschäftigten oft für wenig Geld mittellose Vikare, die für sie die Messe lasen. Diese unterstützten dann – etwas plakativ gesprochen – unter diesen Umständen lieber die Bauern.

INFORMATION

Titelblatt der „Zwölf Artikel“
Foto: Picture Alliance/ akg-images

Die so genannten „Zwölf Artikel“ sind das zentrale Manifest des Bauernkriegs. Fundamentale Bedeutung haben sie bis heute als eine der frühesten Menschenrechtserklärungen. Sie entstanden anlässlich eines Treffens von Vertretern der oberschwäbischen Bauernhaufen (Vereinigungen) im März 1525 in Memmingen.

Der Kürschner und Laientheologe Sebastian Lotzer (um 1490-nach 1525) gilt heute als verantwortlicher Redakteur. Möglicherweise wurde er dabei von dem Memminger Reformator Christoph Schappeler (1472-1551) unterstützt. In den Artikeln wurden die wichtigsten Forderungen zusammengefasst und damit die feudale Gesellschafts- und Herrschaftsordnung insgesamt angegriffen; u. a. wurde die Abschaffung der Leibeigenschaft verlangt.

Eine enge Verbindung zur Reformation ergibt sich daraus, dass sich die Verfasser inspiriert von der Reformation am Evangelium als „göttlichem Recht“ orientierten.

Die „Zwölf Artikel“ erwiesen sich schnell als geradezu sensationell erfolgreich: Innerhalb von zwei Monaten wurden sie etwa 25.000 Mal gedruckt und in großen Teilen des Reichs verbreitet.

Text basierend auf: https://www.bavarikon.de/object/bav:BSB-CMS-0000000000001491 (Stand: 17.06.2025)

Wenn man die Erhebung regional verortet, in welchen Gegenden waren die Bewegungen am stärksten?
Peer Frieß: Interessant ist, dass es überall, wo reformationsfeindlich gesinnte Herrschaftsträger – wie zum Beispiel im Herzogtum Bayern – die Kontrolle hatten, nahezu ruhig blieb. Dagegen gab es eine Art Gebietskranz von der Nordostschweiz und Vorarlberg, über Baden, das Elsass, Oberschwaben, Württemberg und Franken , durchs Hessische nach Thüringen bis ins heutige Sachsen-Anhalt hinein (s. Seite 48). Auch im Süden entstanden im weiteren Verlauf Unruheherde, etwa in Tirol und im Salzburger Land.

Insgesamt handelte es sich überwiegend um Regionen mit kleinen Herrschaftsträgern und Realteilungsgebieten. Oft waren diese Gebiete stark von protoindustrialisierten Gewerben geprägt, wie der Textil- oder der Montanindustrie.

Charakteristisch war, dass es eine konkurrierende Nutzung des Raumes gab. Gerade die zahlreichen kleineren Herrschaften versuchten, möglichst viel Gewinn auf der Basis ihres individuellen Rechtsanspruchs zu erzielen. Parallel dazu bemühten sie sich um eine Herrschaftsverdichtung. Ein gutes Beispiel dafür ist der Fürstabt von Kempten. Als geistlicher Herrscher intensivierte er seine Herrschaft, indem er die weit verstreut ihm zugehörigen Abhängigen tauschte, um einen räumlich geschlossenen Untertanenverband zu bekommen. Gleichzeitig hat er sie z.T. mit brutalen Mitteln in die Leibeigenschaft gezwungen.

Gibt es Forschungen dazu, warum in manchen Gebieten, vielleicht auf Grund einer entsprechenden kulturhistorischen Prägung, Menschen eher zum Widerstand neigen?
Peer Frieß: Meines Wissens nicht. Interessant ist eher, das ein aus dem Süden stammender Forderungskatalog, eben die Zwölf Artikel, auch in anderen Regionen große Resonanz fand, obwohl die dortigen Verhältnisse in zentralen Bereichen ganz anders waren. In Thüringen z.B. wurden die Zwölf Artikel mit ihrer prominenten Forderung nach Abschaffung der Leibeigenschaft intensiv rezipiert, obwohl es dort gar keine Leibeigenschaft gab. Die Zwölf Artikel waren offensichtlich so genial formuliert, dass jeder irgendwas darin finden konnte.

Also eine Art frühzeitlicher intellektueller Mediencoup?
Peer Frieß: Vielleicht sollte man es so ausdrücken: Jemand hat wirklich den Nerv der Zeit getroffen.

Es handelte sich ja weniger um ein Team, das beabsichtigte, medial eine größtmögliche Wirkung zu erzielen. Sondern nach heutigem Stand der Forschung geht man davon aus, dass Sebastian Lotzer weitgehend in Eigenregie auf der Basis der ersten Entwürfe der Memminger Bauern im Diskurs mit den anderen Bauernhaufen die Zwölf Artikel formulierte und in Druck gab. Er gestaltete diese Verbindung von theologischer Legitimation, bäuerlichen Forderungen nach Freiheitsrechten und Teilhabe sowie nach Reduzierung der Lasten so eingängig, dass seine Thesen an vielen Stellen als Leitschnur sehr anschlussfähig waren.

Haben sich die herrschenden Territorialherren eigentlich auch vernetzt?

Peer Frieß: Das war tatsächlich der Fall und ist am Beispiel des Südwestens anschaulich zu erklären. Bereits im Januar 1525 ritten die Boten zwischen den Fürstenhöfen und Städten Südwestdeutschlands hin und her. Es wurden Konferenzen abgehalten und es entstand eine – wir würden heute sagen – Pendel-Diplomatie. Man kann anhand der Quellen nachvollziehen, wie im Jahr 1525 die Korrespondenz sich förmlich vervielfachte.

Dieser permanente Austausch ist auch darauf zurückzuführen, dass der kurz vorher vertriebene Herzog Ulrich von Württemberg aus dem Exil zurückgekehrt und auf dem Weg war, sein Herzogtum zurückzuerobern. Dagegen wappneten sich die habsburgischen Statthalter in Stuttgart. Zur selben Zeit fand in Norditalien die große Auseinandersetzung zwischen dem französischen König Franz I. und dem habsburgischen Herrscher Karl V. statt. Die Lage war daher ganz allgemein angespannt.

Generell ist zu konstatieren, dass ein enormes Kommunikationsnetzwerk entstand. Die Koordinationsstelle für den Süden Deutschlands war Ulm, der Sitz der Schwäbischen Bundes, eine Art NATO der Frühen Neuzeit. In Ulm waren alle Stände durch ihre Delegierten vertreten. Diese entschieden dann darüber, wo die von dem Schwäbischem Bund bezahlten Bundestruppen eingesetzt wurden.

Die Söldnerheere rekrutierten sich auch aus der einfachen Bevölkerungsschicht. Gab es deshalb zwischen den Söldnern und den Aufständischen Solidarisierungstendenzen?

Peer Frieß: Die gab es definitiv. Entsprechende Nachweise lassen sich in den Quellen immer wieder finden. Beispielsweise musste der Memminger Stadtrat ein gewisses Kontingent für die Bundestruppen stellen. Man ist dieser Pflicht zwar nachgekommen, jedoch wurde zur Auflage gemacht, dass diese Truppen nicht gegen die eigenen Bauern eingesetzt werden durften. An anderer Stelle verweigerten Söldner im Bundesheer tatsächlich faktisch den Dienst, wenn es gegen Bauern ging. So wollten Teile der Überlinger Truppen ausdrücklich nur für die Landesverteidigung kämpfen. „Mein Spieß sticht keine Bauern" war dabei die Losung.

Die andere Seite der Medaille ist, dass in den Fürstenheeren auch eine Reihe von zweit- und drittgeborenen Söhnen der Bauern dienten, die keinen Hof bekommen hatten und sich als Söldner ihren Lebensunterhalt sichern mussten

Zu ergänzen ist, dass Solidarisierungsmaßnahmen auch davon abhingen, wie sicher sich die jeweilige Obrigkeit ihrer Herrschaft sein konnte. Das war oft sehr unterschiedlich. Die Spannbreite reichte von totaler Ablehnung bäuerlicher Forderungen bis zu gewissen Zugeständnissen, wie der Lieferung von Proviant, um mögliche Spannungen zu deeskalieren.

Für eine Stadt im Schwäbischen Bund war das im Einzelfall wohl sehr komplex und schwierig, sich zwischen diesen Interessengegensätzen optimal zu positionieren?

Peer Frieß: Das war in der Tat ziemlich vielschichtig. Die Entsendung von Truppen einfach abzulehnen, war ohne gute Begründung nicht möglich. Überlingen zum Beispiel wurde jedoch mit dem Argument, dass Herzog Ulrich als unmittelbare Bedrohung direkt vor der Haustür stand, von der Unterstützung des Bundesheeres befreit. Manche Städte hatten auch erhebliche finanzielle Probleme. Die diesbezüglich noch Jahre nach dem Bauernkrieg ausgestellten Rechnungen sind bis heute dokumentiert und können nachgelesen werden.

Fünf-Mark-Banknote der DDR mit Porträt Thomas Müntzers
Foto: Picture Alliance/ akg-images

Welche der an diesen komplexen Prozessen beteiligten Figuren finden Sie persönlich am spannendsten?
Peer Frieß: Das sind sehr viele. Natürlich ist für die Bauernkriege das Antagonistenpaar Thomas Müntzer und Martin Luther spannend, insbesondere weil sie sich beide so extrem unterschiedlich entwickelten und positionierten.

Mich persönlich fasziniert der damalige Bürgermeister von Kempten, Gordian Seuter. Er hatte als Bürgermeister einer Mitgliedsstadt des Schwäbischen Bundes einerseits ein herrschaftliches Mandat und galt gleichzeitig in den Augen der Bauern als offenbar so vertrauenswürdig, dass er als einer der wenigen von beiden Seiten als Vermittler akzeptiert wurde. Seuter trug maßgeblich dazu bei, dass an verschiedenen Orten Stillhalteabkommen und Friedensregelungen geschlossen wurden. Gleichzeitig drängte er den Fürstabt von Kempten, der sich in die Reichsstadt zum Schutz geflüchtet hatte, dazu, die letzten die städtische Autonomie einschränkenden Privilegien an Kempten zu verkaufen. In der heutigen Erinnerungskultur Kemptens gedenkt man daher nicht wie in Memmingen der Zwölf Artikel im Zusammenhang mit dem Jahr 1525. In Kempten steht dieses Jahr für den „Großen Kauf", den letzten großen Schritt zur freien Reichsstadt.

Ein weiterer besonderer Charakter ist Sebastian Lotzer, der als Intellektueller und als Laienprediger seine Vorstellung von der Auslegung der Bibel entwickelte, Flugblätter veröffentlichte und zusammen mit dem Prädikanten Christoph Schappeler die Reformation in Memmingen vorantrieb.

Später fungierte Lotzer als eine Art Kanzleichef des Baltringer Bauernhaufens. Er war es außerdem mit ziemlicher Sicherheit, der die Forderungen der Memminger Bauern zu einem Papier zusammenfasste. Bis zu diesem Zeitpunkt existierten – wie in der Französischen Revolution bei den *Cahiers de Doléances* – eine Vielzahl von lokalen Beschwerdeheften nebeneinander. Dank seiner Intervention traten die Memminger Bauern erstmals geschlossen gegenüber der Obrigkeit auf.

Der Memminger Rat hat auf den Forderungskatalog der eigenen Bauern sehr entgegenkommend reagiert und damit erreicht, dass sie sich den aufständischen Bauernhaufen nicht anschlossen. Dieser Achtungserfolg mag Lotzer dazu bewogen haben, das lokale Memminger Dokument zu den Zwölf Artikel weiterzuentwickeln.

Ist es überhaupt möglich, mit der heute gängigen Erinnerungskultur – Stichwort 500-jähriges Jubiläum – bei der Beschäftigung mit dieser Thematik eine angemessene Tiefe zu erreichen?
Peer Frieß: Das ist natürlich unrealistisch, es wäre aber auch vermessen zu erwarten, dass das gelingen kann. Wenn historische Forschung ein Fundament schafft, auf dem Museumsverantwortliche, Ausstellungsgestalter und Publizisten Themen aufgreifen, die heute wichtig sind, ist das aus meiner Sicht der richtige Weg. Jede Zeit stellt ihre Fragen an die Geschichte und wenn die aktuellen Formen des Erinnerns an den Bauernkrieg das Thema Medien oder Menschenrechte in das Blickfeld rücken, dann ist das völlig legitim.

Könnte man als Konsequenz aus Ihren Aussagen schlussfolgern, dass der SED-Staat somit durchaus mit einer gewissen Berechtigung seine staatliche Existenz als ein im Sinne der Bauern und rebellierender Bürger fortgeführten Kampf gegen den Kapitalismus legitimierte?
Peer Frieß: Das könnte man vielleicht vordergründig so interpretieren. Aber das sozialistische Modell einer vermeintlichen Kontinuitätslinie von der frühbürgerlichen Revolution bis zur Gründung der DDR im Jahr 1949, die mit der Enteignung der Großgrundbesitzer vollendete, was vorher nicht geschafft wurde, ist vielmehr ein ausgezeichnetes Beispiel für klassische Instrumentalisierung von Geschichte, denn diese scheinbare Kontinuitätslinie gab es nicht. In den Zwölf Artikeln werden die rechtmäßigen Besitzrechte der Grundherren ebenso wenig in Frage gestellt wie eine von Gott eingesetzte Obrigkeit an sich. So, wie in der DDR mit Geschichte umgegangen wurde und wie das Wladimir Putin heute wieder tut, darf man das nicht machen. Die Geschichte ist kein Steinbruch, aus dem man sich einzelne Steine herausbrechen kann, um aktuelle Machtverhältnisse oder gar Angriffskriege zu legitimieren. Mein Anliegen ist es, deutlich zu machen, dass man aus der Geschichte auch keine naturgesetzlichen Regeln ableiten kann. Man erhält immer nur Antworten, in denen sich die Probleme der Gegenwart spiegeln. Das zu erkennen, ist aber sehr hilfreich, um aktuelle Lösungen zu entwickeln.

So ist der Bauernkrieg für mich vor allem ein warnendes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn man, ohne die elementaren Bedürfnisse einer breiten Masse der Bevölkerung zu berücksichtigen, seine Individualinteressen brachial durchsetzt. Denn je rücksichtsloser dabei vorgegangen wird,

Bergmänner des Gewinnungskollektivs „Edgar Braun" vom Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen bei einer politischen Veranstaltung der Kupfer-Silber-Hütte in Hettstedt (Mansfelder Land), 21. März 1981
Foto: Picture Alliance/ZB/ Fotograf: Eberhard Klöppel

desto empfänglicher werden die betroffenen Menschen für die einfachen, schlichten Lösungen der Demagogen und der Ideologen.

Im Zusammenhang mit den Bauernkriegen wird auch immer wieder von ersten demokratischen Ansätzen gesprochen. Wie stehen Sie zu dieser Bewertung?
Peer Frieß: Der Terminus „demokratisch" ist aus meiner Sicht ein bisschen überzeichnet, weil nur in sehr wenigen programmatischen Papieren entsprechende Vorstellungen von Gesellschaft erwähnt werden. Was aber in mannigfaltigen Ausprägungen nachzuweisen ist, ist die Forderung nach Beteiligung, nach Partizipation und nach Mitsprache.

So sind etwa die klassischen Dorfgerichte, die ihre lokalen Konflikte selbst geregelt haben, durch obrigkeitliche Gerichte und durch das Vordringen des Römischen Rechts z.T. entmachtet worden. Da erlebten lokale Eliten einen erheblichen Autonomieverlust, den sie revidieren wollten. Auch die Vorstellung der Bauern, bei der Verwendung der für die Kirche gedachten Zehntabgaben mitreden zu dürfen, gehört hierher. Das sind schon Elemente, die wir heute bei einer Demokratie für wesentlich halten.

Aber zu weit würde ich dabei dennoch nicht gehen. Eine repräsentative Demokratie in unserem Sinne war das nicht. Vielleicht lässt sich das, was die meisten damals wollten – wie es der Historiker Peter Blickle gesehen hat – als eine Art kommunale Organisationsform erklären – mit der Eidgenossenschaft als Vorbild.

Möglicherweise finden sich auch Parallelen zur Geschichte Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Wiedergründung staatlicher Strukturen ebenfalls aus den Kommunen heraus geschehen ist. Auch die heutige Forderung, vor Ort zu entscheiden, was vor Ort entschieden werden kann, gehört in diesen Zusammenhang.

Zu welchem abschließenden Fazit kommen Sie bei der Beschäftigung mit den Bauernkriegen?
Peer Frieß: Die Bauernkriege sind meiner Meinung nach ein warnendes Beispiel dafür, dass eine scheinbar stabile Welt aus den Fugen geraten kann, wenn man die Bedürfnisse der Menschen einfach übergeht. Das betrifft nicht nur die heute sehr virulente Frage nach Krieg und Frieden, sondern auch die lange geglaubte Sicherheit, dass unsere Demokratie stabil und durch nichts zu erschüttern sei. Da hat sich in den letzten Jahren viel gewandelt. Es gibt in den USA, in Polen, in Ungarn, aber auch mittlerweile in Deutschland immer mehr Menschen, die dieses sicher geglaubte stabile Pfund, unsere demokratische Grundordnung, in Frage stellen.

Weil man sich, in welcher Form auch immer, zu weit von den Bedürfnissen Menschen entfernt hat?
Peer Frieß: Das spielt durchaus mit. Zumindest sind viele Menschen anfällig für Leute, die eine gewisse Frustration und diesen Ärger über „die da oben" aufgreifen und bedienen. Der Bauernkrieg zeigt, dass ein von vielen sicher geglaubtes System innerhalb kürzester Zeit massiv in Frage gestellt werden kann. Die ersten Risse sind in unserer heutigen Situation schon zu sehen.

Natürlich hat die existenzielle Bedrohung im Jahr 1525 ein völlig anderes Niveau. Für eine Familie beispielsweise in München mit einem geringen Einkommen und vielleicht mehreren Kindern sind die aktuellen Lebenshaltungskosten und Wohnungspreise aber sehr wohl gravierende Probleme.

Der Staat muss sich deshalb aus meiner Sicht auf die eigentlichen Aufgaben konzentrieren und für die Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse – Arbeit, Wohnen, Gesundheitsfürsorge, Energie, Ernährung – sorgen. Erst dann schwindet auch das Gefühl, dass die Chancen zu ungleich verteilt sind – das sind für mich die Lehren aus dem Bauernkrieg.

Das Gespräch führten Monika Franz und Manfred Fischl am 5. Juni 2025.

SERIE

DEMOKRATISCHE RESILIENZ

TEIL 2: VULNERABILITÄT, ÖFFENTLICHKEIT, DIGITALE TRANSFORMATION

von Alexander Stulpe

2

Wer von Resilienz spricht, sollte über Vulnerabilität nicht schweigen. Das Wissen um die eigene Verwundbarkeit ist eine wichtige Voraussetzung, damit die liberale Demokratie sich im Konflikt mit ihren autoritären Herausforderern behaupten kann. Die liberaldemokratische Öffentlichkeit zeichnet sich hierbei in mehrfacher Hinsicht durch eine besondere Vulnerabilität aus, die sie zum bevorzugten Ziel hybrider Bedrohungen und damit zur Achillesferse der liberalen Demokratie werden lässt. Die digitale Transformation der Gesellschaft verschärft das Problem.

In seinem lesenswerten Buch über die hybride Kriegführung Russlands gegen den Westen verwendet Luke Harding die Metapher des *soft underbelly*, um die besondere Vulnerabilität der liberalen Demokratie in diesem Konflikt zu veranschaulichen.[1] Als normativer Identitätskern des Westens[2] ist die liberale Demokratie im strategischen Kalkül angreifender Feinde ein Hochwertziel (*high value target*), durch dessen Beschädigung oder Zerstörung sich der Angegriffene in die Knie zwingen und zu Fall bringen lässt. Das bringt die Metapher vom weichen Unterleib zum Ausdruck. Der Angegriffene ist an dieser Stelle besonders verwundbar, weswegen er sich präventiv bemühen wird, solche Ziele durch „Härtung" (*target hardening*), buchstäblich durch Panzerung oder im Falle beispielsweise von wichtigen politischen Funktionsträgern durch Personenschutz (und gepanzerte Limousinen), vor Angriffen zu schützen. Zugleich verweist die Metapher auf einen zweiten Aspekt der Vulnerabilität, nämlich die „*softness*" eines weichen Ziels (*soft target*), das sich nicht oder nur unzureichend gegen Attacken schützen lässt. Exemplarisch hierfür sind Menschenansammlungen im öffentlichen Raum, auf Straßenfesten, Konzerten oder Musikfestivals, als Ziel von terroristischen Anschlägen wie paradigmatisch in Mumbai im November 2008 oder im November 2015 in Paris. Ein *soft target* verspricht aus Sicht der Täter ein kostengünstiges Verhältnis von logistischem Aufwand und Schreckenswirkung, weil die Ungeschütztheit einerseits die operativen Erfolgsaussichten erhöht, andererseits

1 Vgl. Luke Harding: *Shadow State. Murder, Mayhem, and Russia's Remaking of the West*, London 2020, S. 201.

2 Dazu ausführlich Alexander Stulpe: Demokratische Resilienz. Teil 1: Begriffe, Perspektiven und strategische Herausforderungen, in: E+P 01/2025, S. 50–64.

Einschusslöcher am Café Bonne Bière in der Rue de la Fontaine au Roi. Bei einer Serie von Terroranschlägen in Paris wurden mindestens 120 Menschen getötet, 14. November 2015. *Foto: Picture Alliance/dpa/ Fotograf: Uwe Anspach*

umso nachhaltigere Demoralisierungseffekte und Ohnmachtsgefühle beim Angegriffenen hinterlässt, dessen öffentliche Räume sich infolge derartiger Terrorakte in Angsträume verwandeln. Die Möglichkeit, diese zu schützen, ohne die freiheitliche Gesellschaftsordnung zu beschädigen, sind begrenzt. Verpollerung senkt die Wahrscheinlichkeit von Anschlägen mit Kraftfahrzeugen, wie am 14. Juli 2016 auf der *Promenade des Anglais* in Nizza oder im Dezember desselben Jahres auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, hilft aber nicht gegen Angriffe mit Küchenmessern oder anderen Alltagsgegenständen.

Die liberale Demokratie ist, trotz ihres Hochwertcharakters und auch, wenn sich das Bewusstsein ihrer Schutzbedürftigkeit im Konzept und der sicherheitsbehördlichen und verfassungsrechtlichen Praxis der Wehrhaften Demokratie ausdrückt, aufgrund ihrer identitätskonstitutiven freiheitlichen und offenen Strukturen und Prozesse ebenfalls nicht in dem Maße zu „härten", wie es ihrer strategischen Bedeutung in den Augen ihrer Gegner entspräche, sie muss bis zu einem bestimmten Grad „weich" sein, um sie selbst zu bleiben.[3] Die hybride Kriegführung gegen den Westen nutzt die Weichheit der liberalen Demokratie als Ansatzpunkt, um Schwächungs- und Destabilisierungseffekte zu erzielen, ohne gleich in eine offene militärische Auseinandersetzung einzutreten, um so die direkte Konfrontation mit den besser gepanzerten Teilen des Westens

3 Man denke beispielsweise an die verfassungsrechtlich hohen Hürden eines Parteiverbots, die, je nach Perspektive und vielleicht gleichzeitig, die liberale Demokratie grundsätzlich schützen, aber auch gefährden können. Unter dem Aspekt demokratischer Resilienz betrifft dies den Zusammenhang zwischen normativer Identität und *persistence*. Vgl. dazu Alexander Stulpe: Republikanismus und Resilienz. Elemente einer politischen Theorie der Lebensfähigkeit liberaler Demokratien, in: Zeitschrift für Politische Theorie 14 (2023), H. 1, S. 57–84; vgl. auch Stulpe (wie Anm. 2), S. 50 f.

Zuschauer und Fans nach dem Fußballspiel Frankreich gegen Deutschland im Innenraum des Stade de France in Paris. An einem Ort, an dem eigentlich ein rauschendes Fest gefeiert werden sollte, breitete sich tieftraurige Stille aus, 13. November 2013. *Foto: Picture Alliance/Sven Simon/Anke Wälischmiller/ Fotograf: Sven Simon*

– insbesondere mit der NATO – noch zu vermeiden.[4] Hybride Kriegführung bezieht sich per definitionem auf feindselige Aktivitäten unterhalb der Schwelle einer offenen militärischen Konfrontation, in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden, in der es für die Angegriffenen mitunter schwer ist, diese Aktivitäten als solche zu erkennen (*detection*) und ihre Urheber auszumachen (*attribution*) – mit den entsprechenden Konsequenzen für deren Bekämpfung und Abschreckung. Das Spektrum solcher hybriden Bedrohungen beinhaltet neben dem Einsatz irregulärer Truppen, wie 2014 gegen die Ukraine („kleine grüne Männchen"), und geheimdienstlichen Aktivitäten (inklusive Mordanschlägen)[5] insbesondere die Finanzierung und logistische Unterstützung extremistischer Gruppierungen und Parteien in den liberalen Demokratien, Sabotage, Cyberattacken sowie – im vorliegenden Zusammenhang von besonderer Relevanz – Desinformationskampagnen und andere Formen des Informationskriegs,[6] die auf die Destabilisierung der liberalen Demokratien abzielen.

In der Verwundbarkeit der liberaldemokratischen Öffentlichkeit wiederholt sich der doppelte Sinn der *soft-underbelly*-Metapher: Ihr Stellenwert für die liberale Demokratie macht sie zu einem für deren Gegner lohnenden Hochwertziel, das aber um ihrer funktionsnotwendigen Offenheit willen in gewissem Maße weich bleiben muss. In dieser doppelten Vulnerabilität steht sie im Fokus hybrider Bedrohungen. Unter dem Aspekt demokratischer Resilienz bedingt dabei der Strukturwandel der Öffentlichkeit (Habermas), der sich im Zuge der digitalen Transformation der Gesellschaft vollzieht, einerseits bereits per se dysfunktionale Tendenzen. Andererseits trägt diese digitale Transformation zusätzlich dazu bei, die Vulnerabilität der liberalen Demokratie gegenüber Angriffen ihrer Gegner noch zu erhöhen, in der Sphäre der Öffentlichkeit wie im Bereich ihrer politisch-kulturellen und mentalen Voraussetzungen.

Vulnerabilitäten und Bedrohungen

Resilienz verweist begrifflich[7] auf Vulnerabilität: Die prinzipielle Verwundbarkeit eines Systems erzeugt dessen Bedarf an Widerstands- und Regenerationsfähigkeit, und umgekehrt kann sich diese Resilienz nur angesichts der systemischen Vulnerabilität bewähren. Insofern ist weder Resilienz die Abwesenheit von Vulnerabilität noch Vulnerabilität die Abwesenheit von Resilienz. Es handelt sich also nicht um Gegen-, sondern um Komplementärbegriffe,[8] die beide grundlegende Eigenschaften existierender Systeme bezeichnen.

4 Noch, denn die hierdurch beabsichtigte Schwächung des Westens kann der Vorbereitung einer weiteren militärischen Eskalation dienen, wobei hierfür auch entscheidend sein dürfte, welche Schlüsse die strategischen Gegner des Westens aus dessen Verhalten angesichts des hybrid geführten Krieges und anderer Provokationen ziehen: die hybride Kriegführung ist auch ein Austesten.

5 Im Jargon *wet work*, vgl. Harding (wie Anm. 1), S. 2 ff.

6 Vgl. Jessikka Aro: Desinformation als Waffe. Über einen Krieg, den Russland seit Jahren führt, in: APuZ 72 (2022), H. 28–29 (2022), S. 42–46.

7 Vgl. hierzu und zu den folgenden begrifflich-theoretischen Überlegungen Stulpe (wie Anm. 3), S. 62 ff.

8 Vgl. Herfried Münkler/Felix Wassermann: Von strategischer Vulnerabilität zu strategischer Resilienz. Die Herausforderung zukünftiger Sicherheitsforschung und Sicherheitspolitik, in: Perspektiven der Sicherheitsforschung. Beiträge aus dem Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, hg. von Lars Gerhold/Jochen Schiller, Frankfurt am Main, S. 77–95, hier S. 87.

Da kein System – ob organisch, psychisch oder sozial – unverwundbar ist,[9] muss jedes existierende System auch über ein gewisses Maß an Resilienz verfügen, um fortzubestehen. Bestimmt man dieses Maß an Resilienz anhand der Regenerationsdauer nach einem Schadensereignis, kann man sagen, dass alles die systemische Resilienz steigert, was zu einer schnelleren Erholung und besseren Regenerationsfähigkeit nach einem Schadensereignis beiträgt. Das betrifft beispielsweise Faktoren, die den Schaden und die Folgewirkungen des Ereignisses selbst mindern,[10] also auch der Schutz von Vulnerabilitäten beziehungsweise die Verringerung von Vulnerabilitätsfaktoren.[11] Es gibt also eine Realbeziehung zwischen Vulnerabilität und Resilienz, in der die Verkleinerung der einen die Vergrößerung der anderen zur Folge hat; allerdings nicht im Sinne eines Nullsummenspiels, weil beim Aufbau und bezüglich des Ausmaßes von Resilienz immer auch andere Faktoren eine Rolle spielen, und weil Resilienz nie schlechthin gegeben ist, sondern immer in Bezug auf etwas: Resilienz besteht gegenüber einem Spektrum von Gefährdungen, Bedrohungen, möglicher Krisen und anderer Schadensereignisse; und Resilienz gegenüber dem einen (z. B. Terroranschlägen) bedeutet nicht notwendig auch Resilienz gegenüber dem anderen (z. B. Klimawandel). Dieses „Gegenüber" ist neben der Vulnerabilität die zweite begriffliche Komponente, die den Resilienz-Begriff profiliert, und auch den der Vulnerabilität, die ebenfalls in Relation auf etwas zu verstehen ist. Diese drei begrifflichen Komponenten lassen sich aufeinander beziehen wie die Eckpunkte eines Dreiecks. In der hier eingenommenen Perspektive demokratischer Resilienz ist demnach zu betrachten, durch welche Vulnerabilitäten und welche (potenziellen) Schadensereignisse („Gegenüber") eine liberale Demokratie, die als solche infrage gestellt wird, in ihrer gesellschaftlichen Resilienz herausgefordert wird.

Flutkatastrophe im Ahrtal. Auf dem Bild zu sehen ist der völlig zerstörte Ort Mayschoss, 23. Juli 2021. *Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Rainer Unkel*

Man kann die Gefahren oder Bedrohungen typologisch in drei Gruppen zusammenfassen. Die erste Gruppe betrifft Schadensereignisse, die natürliche Ursachen haben: Erdbeben, Vulkanausbrüche, Asteroideneinschläge, Pandemien, Extremwetterereignisse und alle sonstigen Arten von Naturkatastrophen. Die anderen beiden Gruppen umfassen menschengemachte Schadensereignisse: die zweite Gruppe solche, die unbeabsichtigt entstehen – Unfälle, technische Störungen –, die dritte solche, die intentional herbeigeführt werden, also beispielsweise Terroranschläge, militärische Angriffe und das gesamte Spektrum hybrider Bedrohungen, aber auch nicht-ideologisch motivierte Phänomene (z. B. Organisierte Kriminalität, Amokläufe).

Nimmt man aus der Perspektive demokratischer Resilienz die Gefährdungen in den Blick, die die liberale Demokratie als solche herausfordern, verdient die dritte Gruppe besondere Aufmerksamkeit, denn hier sind die Bedrohungen und Angriffe durch strategische Gegner zu verorten. Aus der gleichen Perspektive sind aber auch die anderen beiden Gruppen zu beachten, und zwar aus zwei Gründen: Erstens hat die Art, wie der liberaldemokratische Staat mit Katastrophenlagen auch des ersten und zweiten

9 Das ergibt sich bereits aus der Abhängigkeit eines Systems von bestimmten Existenzvoraussetzungen in seiner Umwelt, z. B. Sauerstoff, bestimmte Temperaturen für Organismen, Körper für psychische, psychische für soziale Systeme usw.

10 Mit Faktoren und Quellen gesellschaftlicher Resilienz von Demokratien wird sich der folgende Teil dieser Serie (E+P 03/25) befassen.

11 Begrifflich lässt sich zwischen Vulnerabilität auf der Ebene des jeweiligen Systems und den Vulnerabilitätsfaktoren innerhalb des Systems unterscheiden, die Erstere bedingen, also zwischen (systemischer) Vulnerabilität und (subsystemischen) Vulnerabilitäten. Wobei die Vulnerabilität eines Subsystems zugleich ein Vulnerabilitätsfaktor eines übergeordneten Systems sein kann; so, wie die vulnerable politische Öffentlichkeit der *soft underbelly* der liberalen Demokratie ist.

Geflutete Straßen in Cherson, Ukraine, nach der Sprengung des Kachowka-Damms für die sich Russland und die Ukraine gegenseitig verantwortlich machen. 7. Juli 2023. Laut neuesten Studien gelangten tausende Tonnen Schadstoffe an die Oberfläche. Die Folgen seien mit den Auswirkungen radioaktiver Strahlung vergleichbar. *Foto: Picture Alliance/AP/ Libkos*

Typs umgeht, Auswirkungen auf das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der liberalen Demokratie (Output-Legitimation) und die entsprechende Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung (*support*). Ein gutes Krisenmanagement kann daher die gesellschaftliche Resilienz in der wichtigen Dimension der Identifikation der Bürger:innen mit ihrem liberaldemokratischen Gemeinwesen stärken, ein schlechtes – oder als schlecht wahrgenommenes[12] – schwächt diese und wird deshalb auch zum Ansatzpunkt von Delegitimationsnarrativen des dritten Bedrohungstypus. Zweitens besteht auch bei Naturkatastrophen oder technischen Störungen im Bereich der kritischen Infrastruktur immer die Möglichkeit, dass diese von strategischen Gegnern ausgenutzt werden oder dass sie von diesen intentional herbeigeführt wurden. Dies ist typisch für das opportunistische Kalkül, das insbesondere hybride Bedrohungen auszeichnet, Schaden dort zuzufügen, wo sich die Gelegenheit – in Gestalt von Verwundbarkeit – bietet. Und gerade hier ist angesichts der charakteristischen Detektions- und Attributionsprobleme im hybriden Feld mitunter nicht leicht auszumachen, ob es sich tatsächlich um einen Angriff oder doch nur einen Unfall oder ein natürliches Ereignis handelt. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Fähigkeit, durch entsprechende Vorbereitung (etwa Notfallpläne, Ausstattung zivilschutzrelevanter Organisationen, angemessene Krankenhausdichte) Schadensereignisse des ersten und zweiten Typs zu bewältigen, auch bei Ereignissen des dritten Typs hilft.

Für die notwendigen Sofortmaßnahmen im Falle einer Flutkatastrophe oder eines flächendeckenden Stromausfalls spielt es zunächst keine Rolle, ob sie durch extreme Regenfälle oder eine Staudammsprengung beziehungsweise durch eine technische Störung oder eine Cyber-Attacke verursacht wurden. Wer sich für das eine wappnet, dürfte auch für das andere besser vorbereitet sein.[13] Allerdings müssen Rettungskräfte, die zu den Opfern eines durch ein Erdbeben oder eine Gasexplosion verursachten Gebäudeeinsturzes eilen, nicht damit rechnen, in eine Sprengfalle oder ins Visier eines Heckenschützen zu geraten – so wie diejenigen, die die Opfer eines Terroranschlags

12 Deswegen hat Krisenkommunikation eine nicht nur operative, sondern auch strategische Bedeutung.

13 Auch wenn das beispielsweise im Fall militärischer Konflikte nicht ausreichend ist.

versorgen. Herfried Münkler und Felix Wassermann sprechen mit Blick auf die intentionale Ausnutzung von Verwundbarkeiten durch Feinde von „strategischer Vulnerabilität".[14] Die Vulnerabilität der Nothelfer (wie auch der Lage insgesamt) wird in diesem exemplarischen Szenario vom Angreifer strategisch ausgenutzt, um den Schaden größtmöglich zu steigern; im Falle des Angriffs auf Rettungskräfte sowohl durch die kalkulierte Neutralisierung von Gegenmaßnahmen als auch durch die unmittelbare Erhöhung der Opferzahl und die psychologische Wirkung.

Für die Perspektive demokratischer Resilienz – die immer auch eine Perspektive „strategischer Resilienz" im Sinne Münklers und Wassermanns ist –[15] ist wichtig, dass prinzipiell jede Vulnerabilität liberaldemokratischer Gemeinwesen[16] zur strategischen Vulnerabilität im Kalkül der Feinde der liberalen Demokratie werden kann. Eine strategische Vulnerabilität, die zugleich ein Alleinstellungsmerkmal der liberalen Demokratie ist – und in diesem Sinne eine spezifisch liberaldemokratische Vulnerabilität – ist die politische Öffentlichkeit, jenes weiche Hochwertziel.

Bedeutung der politischen Öffentlichkeit für die liberale Demokratie

Als öffentliche Kommunikation lässt sich, in einer gängigen Abgrenzung, solche Kommunikation bezeichnen, die weder privat noch geheim oder in anderer vergleichbarer Weise zugangsexklusiv ist (zum Beispiel organisationsintern). Die Öffentlichkeit ist dementsprechend diejenige gesellschaftliche Sphäre, in der öffentliche Kommunikation stattfindet, im Falle der politischen Öffentlichkeit politische Kommunikation. In liberalen Demokratien wird diese Öffentlichkeit nicht durch die Regierung gelenkt, sondern in ihrer prinzipiellen Offenheit und Freiheit verfassungsrechtlich garantiert und staatlich geschützt (Presse-, Meinungs-, Kunst-, Wissenschaftsfreiheit usw.), während die „gelenkten Öffentlichkeiten" in autoritären Regimen (in euphemistischer Selbstbezeichnung mitunter: „illiberale Demokratien") im Wesentlichen als Verlautbarungs- und Manipulationsraum staatlicher Propaganda fungieren. In der Moderne ist die Öffentlichkeit durch Print- und dann auch elektronische Verbreitungsmedien strukturiert, die die Reichweite öffentlicher Kommunikation gegenüber der Rede auf den alteuropäischen Marktplätzen und damit ihre Inklusivität immens erhöhen. Diese Massenmedien versorgen die Gesellschaft mit einer „nicht konsenspflichtigen Realität"[17], die man, auch in der Kommunikation mit Fremden, als gesellschaftlich bekannt und als in ihrer Faktizität akzeptiert prinzipiell voraussetzen, aber unterschiedlich bewerten kann. Diese verbreitungsmediale Struktur ermöglicht es somit in grundlegender Weise, dass politische Kommunikation in einer gemeinsamen Realität stattfinden kann, in der und über deren Probleme und Gestaltung innerhalb eines Gemeinwesens dann gestritten werden kann. Benedict Anderson hat darauf hingewiesen, wie sehr die Art der Medienrezeption die Vorstellung der gemeinsamen Realität eines Gemeinwesens im Bewusstsein seiner Bürger:innen prägt, historisch konkret: der Nation als einer „vorgestellten Gemeinschaft". Er veranschaulicht dies phänomenologisch an der Praxis der allmorgendlichen Zeitungslektüre, die den Lesenden über das je aktuelle, relevante Geschehen in der Welt informiert. In der Privatheit des Lesens entsteht die Öffentlichkeit als Vorstellung einer Rezeptionsgemeinschaft, denn „jedem Leser ist bewusst, daß seine Zeremonie gleichzeitig von Tausenden (oder Millionen) anderer vollzogen wird, von deren Existenz er überzeugt ist, von deren Identität er jedoch keine Ahnung hat. […] Indem der Zeitungsleser beobachtet, wie exakte Duplikate seiner Zeitung in der U-Bahn, beim Friseur, in seiner Nachbarschaft konsumiert werden, erhält er ununterbrochen die Gewißheit, daß die vorgestellte Welt sichtbar im Alltagsleben verwurzelt ist."[18]

Die basale gesellschaftliche Funktion, eine in ihrer Faktizität anerkannte gemeinsame Realität

14 Münkler/Wassermann (wie Anm. 8).

15 Vgl. Stulpe (wie Anm. 2), S. 52.

16 Also auch solche Vulnerabilitäten, über die auch autoritäre Regime verfügen, z. B. kritische Infrastrukturen.

17 Niklas Luhmann: Die Realität der Massenmedien, Opladen 1996, S. 121.

18 Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt am Main/New York 1993, S. 41. Man vergleiche damit die heutige Alltagserfahrung von mit Smartphones beschäftigten U-Bahn-Reisenden, die voneinander nicht wissen können, in welchen informationellen Parallelwelten sich die anderen jeweils aufhalten.

zur Verfügung zu stellen, ist die Voraussetzung für die spezifischeren Leistungen der politischen Öffentlichkeit in der liberalen Demokratie. Man kann nur auf der Basis eines geteilten faktischen Realitätsverständnisses und im Bewusstsein der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einem Gemeinwesen über dessen Selbstverständnis debattieren und streiten, welche Themen und Probleme in welcher Hinsicht von öffentlichem Belang sind und der politisch-administrativen Bearbeitung bedürfen. Eine in demokratietheoretischer Perspektive intakte politische Öffentlichkeit dient dem solcherart „deliberativen" Austausch von Informationen und Argumenten im Rekurs auf Evidenzen einer gemeinsamen Realität, sie ermöglicht die Kontrolle und Kritik von Regierungshandeln, stärkt die Resonanz und Responsivität des politisch-administrativen Systems für gesellschaftliche Belange. Sie ist daher von vitaler Bedeutung für die Meinungs- und politische Willensbildung innerhalb der liberalen Demokratie. Mit all dem trägt die politische Öffentlichkeit entscheidend zur Legitimität und zur Qualität der Politik in liberaldemokratischen Gemeinwesen bei und begründet damit in der Perspektive demokratischer Resilienz die normative und funktionale Überlegenheit der liberalen Demokratie gegenüber autoritären Regimen.[19] Auch deswegen ist sie ein Hochwertziel im strategischen Kalkül demokratiefeindlicher Akteure.

Aus demokratietheoretischer Perspektive hängt die Intaktheit der politischen Öffentlichkeit, ihre Fähigkeit, die skizzierten Leistungen für die liberale Demokratie zu erbringen, maßgeblich davon ab, dass die mediale Infrastruktur dieser Öffentlichkeit deren deliberativen und inklusiven Charakter garantiert.[20] Habermas zufolge sind es insbesondere die redaktionellen Medien, die mit ihren professionellen Standards als *gatekeeper* des öffentlichen Diskurses für die Aufrechterhaltung des hierfür erforderlichen kognitiven, ethischen und ästhetischen Rationalitätsniveaus bislang sorgten: für die Reflexion der öffentlichen Relevanz von Themen, für die Einhaltung journalistischer Kriterien bei der Berichterstattung und Bewertung von Tatsachen, aber auch für einen bei aller Streitbarkeit zivilen Umgangston auch in hitzig geführten Kontroversen, in denen sich die Beteiligten nicht als Feinde gegenübertreten. Die solcherart in ihrer Infrastruktur von redaktionellen Print- und elektronischen Medien geprägte politische Öffentlichkeit ist zugleich inklusiv, indem sie prinzipiell alle Angehörigen eines Gemeinwesens erreicht, und pluralistisch im Hinblick auf die Vielzahl der darin artikulierten öffentlichen Meinungen. In Verbindung mit dem darin grundsätzlich gepflegten deliberativen Kommunikationsmodus kommt ihr deswegen auch eine besondere Bedeutung bei der Integration und Sozialisation der Staatsbürger:innen im Sinne der politischen Kultur pluralistischer liberaldemokratischer Gemeinwesen zu.

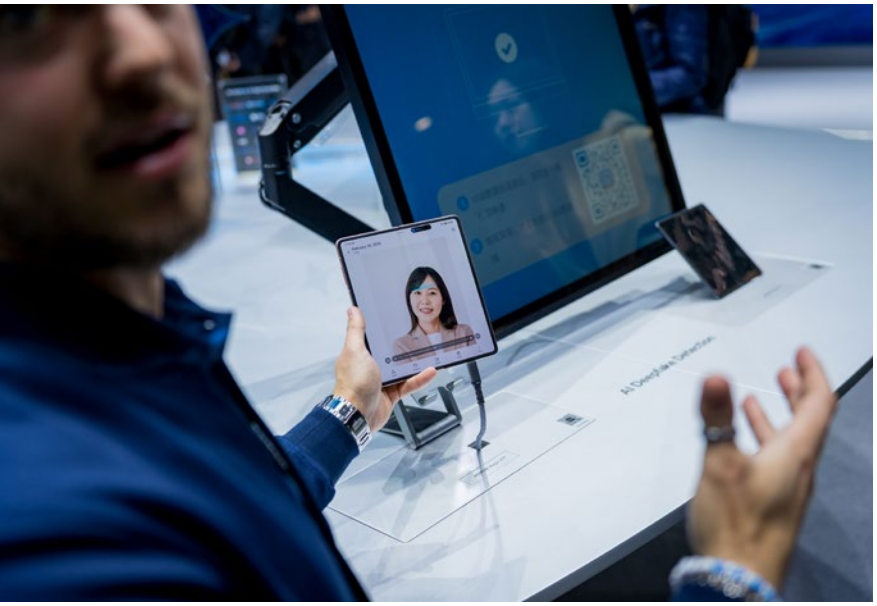
Dysfunktionale Folgen des digitalen Strukturwandels: fragmentierte, dramaturgische und repressive Öffentlichkeiten

Infolge ihres durch digitale Kommunikationstechnologie induzierten Strukturwandels droht diese Form politischer Öffentlichkeit zu verschwinden. Die zunehmende Dominanz von Social Media beziehungsweise Plattformmedien, die auf redaktionelle Verantwortung verzichten, die Entgrenzung und Beschleunigung öffentlicher Kommunikation, die Ermächtigung prinzipiell jedes Teilnehmers zu Autorschaft und der damit verbundene Wegfall von Qualitätsfiltern bezüglich des kommunizierten *content* führen in Verbindung mit den unter aufmerksamkeitsökonomischem Druck erfolgenden Anpassungstendenzen der klassisch redaktionellen Medien zu einer deformierten Öffentlichkeit, die im Hinblick auf die Erfordernisse der liberalen Demokratie dysfunktional wird. Mit der Verdrängung ihrer redaktionell-medialen Infrastruktur verliert die Öffentlichkeit ihren inklusiven und deliberativen Charakter. An die Stelle der einen politischen Öffentlichkeit mit ihrer Pluralität öffentlicher Meinungen tritt eine Pluralität von fragmentierten, je in sich meinungshomogenen „Halböffentlichkeiten".[21] Habermas zufolge teilen „diese Blasen mit der klassischen Gestalt der Öffentlichkeit den porösen Charakter der Offenheit für weitere Vernetzungen; gleichzeitig

19 Vgl. hierzu auch Stulpe (wie Anm. 2), S. 4-15.

20 Vgl. hierzu und zum Folgenden Jürgen Habermas: Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit, in: Leviathan 49 (2021), Sonderband 37, S. 470–500.

21 Ebd., S. 497 f.



Ein Event-Assistent präsentiert auf dem Mobile World Congress 2025 (MWC) in der Fira de Barcelona eine Technologie zur Erkennung von Deep Fakes, 4. März 2025. *Foto: Picture Alliance/ZUMAPRESS.com/ Fotograf: Davide Bonaldo*

unterscheiden sie sich jedoch vom grundsätzlich inklusiven Charakter der Öffentlichkeit – und dem Gegensatz zum Privaten – durch die Abwehr dissonanter und die assimilierende Einbeziehung konsonanter Stimmen in den eigenen, identitätswahrend begrenzten Horizont des vermeintlichen, doch professionell ungefilterten ‚Wissens'."[22] In den „Echoräumen"[23] dieser Halböffentlichkeiten geht der Sinn für die Bedeutung der inklusiven politischen Öffentlichkeit verloren, verbunden mit der Neigung, Letztere zu einem bloßen Konkurrenzangebot herabzusetzen, nicht selten in Verbindung mit einer Semantik der „Fake News" der „Systemmedien", denen man, vermeintlich validere, „alternative Fakten" entgegensetzt.

Eine solcherart deformierte politische Öffentlichkeit kann die für die liberale Demokratie vitalen Leistungen kaum mehr erbringen. Das betrifft sowohl die verbreitungsmediale Bereitstellung einer gemeinsamen, in ihrer Faktizität unbestrittenen Realität und die darauf aufbauende Fokussierung politisch relevanter Themen als auch die Habitualisierung der politisch-kulturellen Ansprüche eines pluralistischen, liberaldemokratischen Gemeinwesens an seine Bürger:innen. Der Zuwachs der Stimmanteile autoritär-populistischer Parteien bei Wahlen kann als Symptom entsprechender Defizite im öffentlichen Meinungs- und politischen Willensbildungsprozess gesehen werden.[24]

Im Hinblick auf die politische Kultur, so lässt sich Habermas' Fragmentierungs-These ergänzen, können infolge der Verdrängung der „deliberativen Öffentlichkeit" andere Varianten in den Vordergrund treten und Wirkung entfalten, die sich als „dramaturgische" und „repressive Öffentlichkeit" bezeichnen lassen.[25] In diesen dient die Öffentlichkeit der politischen Kommunikation nicht als Garant für die rationale Nachvollziehbarkeit von Argumenten und somit für die Qualität politischer Diskurse, sondern wird einerseits zum inszenatorischen Resonanzraum, andererseits zur Bedrohung.

In der dramaturgischen Öffentlichkeit wird primär um der Inszenierung willen kommuniziert und gehandelt, im Falle der wichtigen „expressiven" Variante zum Zwecke der Selbstdarstellung vor Publikum. Die Aufmerksamkeitserwartung motiviert das Handeln, was einerseits Provokationen, Bekenntnisse und andere demonstrative Formen nahelegt und andrerseits vermuten lässt, dass viele Handlungen ohne die Voraussetzbarkeit jenes dramaturgisch-expressiven Resonanzraums gar nicht stattfinden würden. Die dramaturgische Öffentlichkeit bietet die Bühne für die Bekundung von Überzeugungen und die Inszenierung von Identitäten, oft verbunden mit Idiosynkrasien und scharfen Abgrenzungen gegen divergierende Positionen. Sie trägt so zur weiteren politisch-kulturellen Erosion des mit der deliberativen Öffentlichkeit verbundenen Habitus bei, der, auch bei emotional geführtem Meinungsstreit, die prinzipielle Bereitschaft zu argumentativem Austausch mit einer Haltung des reziproken Respekts unter Diskursteilnehmern verbindet.

22 Ebd., S. 497.

23 Ebd., S. 488.

24 Wenn das so ist, sind allerdings auch die Erfolgsaussichten begrenzt, diese Parteien politisch zu bekämpfen, weil man deren Wähler kaum noch erreicht.

25 Dieser Vorschlag ist terminologisch inspiriert von Hubertus Buchstein, der diese Differenzierung in einem ideengeschichtlichen Untersuchungskontext verwendet, vgl. Hubertus Buchstein: Normative Modelle der Öffentlichkeit von Institutionen. Die Argumente für das öffentliche Stimmrecht in der deutschen Wahlrechtsdebatte des 19. Jahrhunderts, in: Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, hg. v. Gerhard Göhler, Baden-Baden 1995, S. 241–276.

In der repressiven Öffentlichkeit müssen Personen aufgrund dessen, was sie selbst oder was andere über sie – persönlich oder über eine Gruppe beziehungsweise Kollektividentität, der sie sich zurechnen oder zugerechnet werden – öffentlich kommunizieren, mit Angriffen und Verfolgung rechnen, und zwar online wie offline, verbal wie physisch, in einem Spektrum von Shitstorms über Mobbing bis Mord. Wie die dramaturgische, so ist auch die repressive Öffentlichkeit nicht bloßer Ausdruck des Verfalls der deliberativen Öffentlichkeit, sondern trägt zu deren weiterer Zerstörung bei, und zwar nicht nur durch sprachliche und habituelle Verrohung, sondern insbesondere durch auf Einschüchterung und Furcht basierende Disziplinierungseffekte, aufgrund derer Personen sich von öffentlichen Äußerungen zurückhalten. Wo öffentliche Sichtbarkeit zur unkalkulierbaren Gefahr wird, ist auch der öffentliche Diskurs beeinträchtigt. Und anders als in der repressiven Öffentlichkeit autoritärer Systeme der Vergangenheit (oder auch der Gegenwart), geht diese disziplinierende Sanktionsdrohung und Überwachung nicht mehr von einer staatlichen oder gesellschaftlichen Obrigkeit aus, sondern von einer anonymen, heterogenen und prinzipiell die Gesamtheit aller Nutzer umfassenden Menge, von der man nicht wissen kann, wer aus ihr, zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Motivation eine öffentlich zugängliche Information über eine Person zum Anlass nimmt, diese Person anzugreifen.[26]

Strategische Vulnerabilität der digitalisierten Öffentlichkeit

Unter strategischen Gesichtspunkten ist es für Gegner der liberalen Demokratie lohnend, diese durch den digitalen Strukturwandel bedingten Tendenzen der Dysfunktionalisierung der Öffentlichkeit liberaldemokratischer Gemeinwesen weiter voranzutreiben, um diesen vitalen Funktionsbereich für die liberale Demokratie unbrauchbar zu machen und diese damit empfindlich zu treffen. Dabei können sie zusätzlich davon profitieren, dass die Verwundbarkeit dieser Öffentlichkeit infolge des digitalen Strukturwandels noch zugenommen hat: Erstens mit Blick auf die praktisch unkontrollierbare Zugangsoffenheit auch für maligne Akteure, die Reichweitenvergrößerung, Verbreitungsbeschleunigung und Vernetzbarkeit der in Schädigungsabsicht gesendeten Inhalte. Deswegen bezeichnet Barbara F. Walter „*social media*" als „*the perfect tool*" für Extremisten[27] und andere Gegner der liberalen Demokratie, denen hier nicht nur „*an unregulated environment but also multiple platforms*" zur Verbreitung von Desinformation und Propaganda angeboten werden.[28] „*The age of information sharing has opened up unmitigated, unregulated pathways to the spread of misinformation (which is erroneous) or disinformation (which is intentionally misleading). Charlatans, conspiracy theorists, trolls, demagogues and anti-democratic agents who had previously been shut out of the media environment – or at least had great difficulty gaining a mass audience – suddenly gained traction.*"[29] Ähnlich hebt auch Volker Weiß, hier spezifisch mit Bezug auf „hybride Kriegsführung" als „forcierte und aggressive Form der Auslandspropaganda", die „niedrigschwellige und globale Struktur des World Wide Web" hervor, die „dafür ein ideales Operationsgebiet [bietet], weshalb es von staatlichen und terroristischen Akteuren als ‚Radikalisierungsmaschine' intensiv genutzt wird", unter Nutzung etwa der berüchtigten „Troll-Fabriken", „gefälschter Nachrichten-Websites" und „eigener Webauftritte in der Landessprache des Ziellandes".[30]

Zweitens hat die Vulnerabilität zugenommen mit Blick auf die Quantität, die handwerkliche Qualität und damit Wirkungskraft schädlicher Inhalte aufgrund der Entwicklungen im Bereich digitaler Technologie, gegenwärtig insbesondere auf dem Feld Künstlicher Intelligenz (KI). Exemplarisch hierfür ist neben dem Einsatz und der Manipulation von ChatBots für Desinformationskampagnen[31]

26 Man denke beispielsweise an Morddrohungen gegenüber Virolog:innen während und nach der Corona-Pandemie.

27 Barbara F. Walter: *How Civil Wars Start. And How to Stop Them*, London, New York 2022, S. 112.

28 Ebd., S. 115 – Walter nennt beispielhaft YouTube, Facebook und Twitter, heute „X".

29 Ebd., S. 109.

30 Volker Weiß: Das Deutsche Demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört, Stuttgart 2025, S. 64 f.

31 Vgl. https://www.spiegel.de/ausland/chatgpt-und-perplexity-ai-russland-manipuliert-westliche-chatbots-fuer-seine-propaganda-a-7e276236-cac3-4f35-8ad4-40eaba1c8caf [Stand: 15.06.2025].

Geschäftszentrum in St. Petersburg, vermutlich der Standort einer „Trollfabrik", 18. Februar 2018. Die US-Regierung wirft der Internet Research Agency (IRA) vor, bereits seit 2014 in die US-Politik einzugreifen. Die Agentur sei von Jewgeni Prigoschin, dem 2023 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Chef der berüchtigten „Gruppe Wagner", finanziert worden. *Foto: Picture Alliance/AP Photo/Fotograf: Mstyslav Chernov*

der Bereich synthetischer Medien wie *deepfakes*.[32] *Deepfakes* sind nicht nur exemplarisch für die sinkende Zugangsschwelle, Wirkungsverstärkung und Reichweitenvergrößerung beim Einsatz digitaler Technologie in Desinformationskampagnen.[33] Sie sind auch in diesem Zusammenhang ein besonders machtvolles Mittel, weil sie, anders als Texte, unmittelbar die sinnliche Wahrnehmung in Anspruch nehmen und damit den primären Zugang zur Vergewisserung der Realität, als der sprichwörtlich durch das Zeugnis der eigenen Augen und Ohren gegebenen Evidenz. Auch im Bewusstsein der Manipulierbarkeit von audiovisuellen Medien wirken diese noch unterschwellig als Erweiterung der eigenen Wahrnehmung.[34] Dies ist für die Wirkungsweise von *deepfakes* und die davon ausgehenden Gefahren gegenwärtig umso bedeutender, da audiovisuelle Medien im Begriff sind, wie Nina Schick schreibt, die „*most important form of human communication*" zu werden.[35] In dieser Lage befeuert die Verbreitung synthetischer Medien die „*Infocalypse*", definiert als „*the increasingly dangerous and untrustworthy information ecosystem within which most humans now live*".[36] Audiovisuelle Medien werden künstlich zu Manipulationszwecken generiert – von gefälschten Nachrichtenseiten oder Nachrichtensprecher:innen[37] bis hin zur Fake-Dokumentation von Gewaltszenen zur Provokation oder Rechtfertigung realer Gewalt[38] –, aber, umgekehrt, können auch audiovisuelle Evidenzen

32 „*A deepfake is a type of ‚synthetic media', meaning media (including images, audio and video) that is either manipulated or wholly generated by AI [Artificial Intelligence]. […] I define a 'deepfake' specifically as any synthetic media that is used for mis- and disinformation purposes*." Nina Schick: *Deepfakes and the Infocalypse. What You Urgently Need To Know*, London 2020, S. 8 f. (H. i. O).

33 Vgl. Aldo Kleemann: *Deepfakes* – Wenn wir unseren Augen und Ohren nicht mehr trauen können. SWP-Aktuell 43 (2023), Stiftung Wissenschaft und Politik 2023.

34 Vgl. Schick (wie Anm. 32), S. 29 f.

35 Ebd., S. 30 (H. i. O.).

36 Ebd., S. 10.

37 Vgl. https://www.spiegel.de/netzwelt/web/ki-videos-mit-google-veo-3-warum-man-internetvideos-nicht-mehr-glauben-kann-a-3ac39532-d175-48de-b883-56f7c47000b1 [Stand: 15.06.2025].

38 Vgl. die Szenarien und Beispiele bei Walter (wie Anm. 27), S. 163, und Kleemann (wie Anm. 33).

Gefälschte Bilder sind oft nur noch anhand kleiner Details zu erkennen. Hier zu sehen ist ein Weltfrauentag von Papst Franziskus. *Foto: Picture Alliance/AP/ Fotograf: Phil Holm*

leicht unter *Deepfake*-Verdacht gestellt und damit verbundene Anschuldigungen, etwa im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen, dementiert werden. „*As synthetic media become ubiquitous, […] we have to prepare for a world where seeing and hearing are no longer believing.*"[39] Unter diesen infokalyptischen Bedingungen geht dann in der „Affektmaschine" Internet[40] vor allem viral, was starke Emotionen weckt, und wer beabsichtigt, durch die Generierung und Verbreitung affektiv hochgradig wirksamen audiovisuellen Materials innergesellschaftliche Konflikte und Gewalt zu schüren, kann sich auf die *social media* als perfekten „Brandbeschleuniger"[41] verlassen.

Drittens begünstigt und steigert der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit nämlich deren Empfänglichkeit für demokratiefeindliche, extremistische und polarisierende Inhalte, für Desinformation und Hassrede (*hate speech*) aufgrund der spezifischen, aufmerksamkeitsökonomisch motivierten und algorithmisch gesteuerten Selektivität der Plattformmedien. Die nachrichtenwertorientierten Relevanzkriterien der klassisch redaktionellen Massenmedien geben zwar als Nachrichtenfaktoren dem Neuen den Vorzug vor

39 Schick (wie Anm. 32), S. 26. – Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge halten 70 Prozent der Befragten Desinformation in den Medien für eine reale Gefahr, was zunächst auf ein grundsätzlich begrüßenswertes Problembewusstsein in der deutschen Bevölkerung hinzuweisen scheint. Allerdings halten sich nur 16 Prozent für selbst gefährdet. Außerdem scheint diese Skepsis besonders ausgeprägt bei Nutzern, die sich für „alternative Meinungen" interessieren und vor allem die Nutzer der öffentlich-rechtlichen Medien als desinformationsgefährdet betrachten. Vgl. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/verunsicherte-oeffentlichkeit [Stand: 15.06.2025].

40 Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017, S. 234.

41 Walter (wie Anm. 27), S. 109: „*the perfect accelerant for the conditions that lead to civil war*".

dem Bekannten, dem Ungewöhnlichen vor dem Gewohnten, und konzentrieren sich in der Berichterstattung auf Konflikte, Skandale, Tabubrüche, generell Normverstöße.[42] Aber abgesehen davon, dass bei dieser klassischen massenmedialen Realitätskonstruktion auch noch andere Nachrichtenfaktoren eine Rolle spielen, zum Beispiel Quantitäten oder der lokale Bezug eines Ereignisses,[43] sind sie grundsätzlich mit dem professionellen Anspruch verbunden, nur Tatsachen zu berichten, und diesem Wahrheitsanspruch durch journalistische Recherche und Überprüfungsmethoden und gegebenenfalls redaktionelle Richtigstellungen und Gegendarstellungen gerecht zu werden. In der plattformmedialen Öffentlichkeit geht es dagegen primär um die Erzeugung von Aufmerksamkeit, um Klickzahlen und Verweildauer der Nutzer, nicht um den Nachrichten- und Wahrheitswert und die journalistische Qualität der Inhalte – eher im Gegenteil: „*It turns out, that what people like the most is fear over calm, falsehood over truth, outrage over empathy. People are far more apt to like posts that are incendiary than those that are not, creating an incentive for people to post provocative material in the hopes that it will go viral. With the introduction of the like button, individual Facebook users were suddenly being rewarded for posting outrageous, angry content whether it was true or not. Studies have since shown that information that keeps people engaged is exactly the type of information that leads them toward anger, resentment, and violence.*"[44]

Die in diesen drei Hinsichten skizzierte strategische Vulnerabilität der digitalisierten Öffentlichkeit bietet also demokratiefeindlichen Akteuren beste Möglichkeiten, die dysfunktionalen Tendenzen dieser für die liberale Demokratie vitalen Sphäre durch die Flutung mit Desinformation und Hassrede weiter voranzutreiben. Die Öffentlichkeit wird dadurch für die Demokratie nicht nur unbrauchbar gemacht. Sie wird auch, durch die Nutzung ihrer verbreitungsmedialen Struktur für Zwecke der Angreifer, als Waffe gegen die liberale Demokratie eingesetzt.

Öffentlichkeit als Waffe: Propaganda der Tat 4.0

Als ideengeschichtliches Paradigma solcher *weaponisation*[45] der Öffentlichkeit kann man das Konzept der „Propaganda der Tat" betrachten, das in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit verschiedenen Wellen anarchistischer Anschläge in Europa und Amerika als „Attentatsstrategie" bekannt und vor allem durch diese terroristische Engführung berüchtigt wurde.[46]

Der Grundgedanke ist derjenige einer Kommunikation durch Handlungen, und zwar solche Handlungen, die aufgrund ihres präsumtiven Nachrichtenwerts Aufmerksamkeit seitens des in der Moderne etablierten, seinerzeit noch klassisch printmedial strukturierten Systems der Massenmedien generieren und dadurch die Reichweite der propagandistischen Botschaft immens erhöhen. Die massenmediale Umgebung – und deren nachrichtenfaktoriale Selektivität in der Realitätsbeschreibung – wird also systematisch als Erfolgsbedingung der Aktion reflektiert. Anders als bei einer bloßen Sabotageaktion geht es nicht um die materiell-physische Schädigung des Gegners (zumindest nicht primär), sondern um das Spektakuläre der Tat, das, indem es massenmediale Aufmerksamkeit garantiert, zugleich die kommunikative Nutzung der verbreitungsmedialen Struktur erlaubt. Terroristische Akte sind also konzeptuell nicht zwingend, bieten sich allerdings nach Maßgabe sowohl klassisch-massenmedialer Nachrichtenfaktoren als auch, wie dargelegt, plattformmedialer Aufmerksamkeitskriterien an und erweitern das Konzept um eine Dimension psychologischer Kriegführung in der kommunizierten Botschaft. Diese Botschaft und die damit verbundene Absicht ist eine doppelte, die mit der Demonstration der eigenen Entschlossenheit und der vorgeführten Ohnmacht der Angegriffenen auf zwei Adressatenkreise zielt: Zum einen Werbung für die eigenen ideologischen Vorstellungen und Ziele, in der Erwartung, neue Anhänger zu gewinnen und Sympathisanten und Unterstützer zu

42 Luhmann (wie Anm, 17), S. 57 ff.

43 Luhmann zitiert das schöne Beispiel einer Schlagzeile aus dem Jahre 1912, mit der eine schottische Zeitung den Untergang der Titanic meldete: „*Aberdeen Man Lost at Sea*". Luhmann (wie Anm. 17), S. 60.

44 Walter (wie Anm. 27), S. 110.

45 Vgl. Mark Galeotti: *The Weaponisation of Everything, A Field Guide to the New Way of War*, New Haven, London 2023.

46 Vgl. hierzu und zum Folgenden Alexander Stulpe: Gesichter des Einzigen. Max Stirner und die Anatomie moderner Individualität, Berlin 2010, S. 356 ff., 372 ff.

mobilisieren und zu ermutigen; zum anderen Verunsicherung, Demoralisierung und Demütigung des angegriffenen Feindes.

Als eine besonders spektakuläre Neuauflage der terroristischen Propaganda der Tat, die in jüngerer Zeit, aber noch unter klassisch-massenmedialen Bedingungen durchgeführt wurde, können die islamistischen Anschläge vom 11. September 2001 gelten. Dabei wurde das nachrichtenwertorientierte verbreitungsmediale Umfeld in der Durchführung nicht nur mit Blick auf den Symbolwert der Anschlagsziele und die hohen Opferzahlen (Nachrichtenfaktor „Quantität") berücksichtigt, sondern auch in der Hinsicht, dass durch das zweite in die Twin Towers gelenkte Flugzeug nicht nur ein möglicher Unfall ausgeschlossen, sondern auch mediale Präsenz garantiert werden konnte, da die Fernsehkameras spätestens seit dem ersten Einschlag live sendeten. Die dschihadistischen Konkurrenten und Nachahmer Al Qaidas konnten und können im Zuge des digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit das Konzept unter vergleichsweise niedrigschwelligen Bedingungen aufnehmen und ihre Terrorpropaganda mit derselben doppelten Stoßrichtung selbst verbreiten: wie die berüchtigten Enthauptungsvideos des IS, die dann auch auf deutschen Schulhöfen kursierten; oder wie die Live-Streamings des antisemitischen Terroranschlags vom 7. Oktober 2023 in Israel, aber auch von den Demonstrationen, die diesen Terror feiern und somit den Mobilisierungserfolg im Sinne des tat-propagandistischen Kalküls belegen und weiter anheizen sollen. Dabei profitieren solche demonstrativen politischen Bekenntnisse und Sympathiebekundungen auch von den dramaturgisch-expressiven Aspekten der digitalisierten Öffentlichkeit.

Die Propaganda der Tat – oder das, was daraus geworden ist – erzeugt so ihre eigenen Resonanzräume und Feedbackschleifen und ist nicht mehr auf die Registraturbereitschaft redaktioneller Medien angewiesen, um die verbreitungsmediale Struktur der Öffentlichkeit zu nutzen. Dabei kommen ihr zusätzlich die beschriebenen Deformationen der Öffentlichkeit infolge des digitalen Strukturwandels entgegen, von denen auch andere Varianten jener *weaponisation* profitieren, die sich jeweils primär entweder an (potenzielle) eigene Anhänger richten oder auf Gegner zielen.

So lassen sich insbesondere die Echokammern fragmentierter (Halb-)Öffentlichkeiten von Extremisten und anderen Demokratiefeinden für die Rekrutierung, Indoktrination und Radikalisierung von Anhängern nutzen. Eine besondere Rolle spielt dabei die sektenartige, hermetische Realitätskonstruktion[47] in solchen vielfach vernetzten Blasen, in denen nicht nur „alternative Fakten" verbreitet werden, sondern auch tatsächliche Fakten durch ein entsprechendes ideologisches Framing so interpretiert werden, dass sie als Evidenzen für Propagandanarrative verwendet werden können, die sich damit gegen faktenbasierte Einwände und Kritik immunisieren. Nicht zuletzt fungiert dann die bloße Tatsache einer abweichenden Weltsicht als Bestätigung des eigenen Selbstverständnisses, einen heldenhaften Kampf gegen Feinde zu führen, die mit allen Mitteln die Wahrheit zu unterdrücken versuchen. Das ist aufgrund dieser paranoiden Grundstruktur natürlich ein ideales Biotop für alle Arten von Verschwörungstheorien, funktioniert aber auch für Islamisten und andere Extremisten[48] oder das Vor- und Umfeld autoritär-populistischer Parteien[49]

In der anderen Richtung lässt sich die repressive Öffentlichkeit zur Bekämpfung, Einschüchterung und Verfolgung politischer Gegner nutzen, unmittelbar online durch gruppenbezogene oder persönlich adressierte Drohungen, Hassrede und Cyber-Mobbing. Die virtuelle Pranger-Funktion in Form der Verbreitung von Steckbriefen und Feindeslisten mit personenbezogenen Informationen und Gewalt- und Mordaufrufen ermöglicht zusätzlich das Eindringen der Bedrohung in den analogen Alltag der Betroffenen, die sich aufgrund der prinzipiell unbegrenzten Reichweite und Verfügbarkeit ihrer virtuellen Fahndungsbilder auch offline nicht sicher fühlen können. Dies kann sich gegen jeden richten, der sich für den Bestand der liberalen Demokratie oder gegen deren Feinde einsetzt – oder von diesen, aus welchen Gründen auch immer, zum Feind erklärt wird: Ungeschützte Kommunal- aber auch prominente Bundespolitiker:innen, Journalist:innen, Lehrer:innen und andere. Verschärft wird dieser terrorisierende Effekt noch, wenn die Gewaltandrohungen tatsächlich realisiert und die Realisierungen dann wiederum

47 Vgl. ebd., S. 161 f., 209 ff.

48 Vgl. Walter (wie Anm. 27), S. 126.

49 Vgl. z. B. Weiß (wie Anm. 30), S. 182 ff. Weiß hebt den verschwörungstheoretisch-identitätsstiftenden Charakter in der ideologischen Verknüpfung von antiwestlichem Geschichtsrevisionismus, „ostalgischer" DDR-Verklärung und russischen Propagandanarrativen hervor.

Polizei auf der Sonnenallee im Bezirk Neukölln, um Protestkundgebungen von Hamas-Sympathisanten zu verhindern, 13. Oktober 2023.
Foto: Picture Alliance/ dts-Agentur

online dokumentiert und gefeiert werden.[50] Die repressive Öffentlichkeit wird so zu einem Instrument der Einschüchterung und des Terrors in den Händen von Extremisten und anderen autoritären Akteuren, die damit nicht nur ihre erklärten Gegner verfolgen, sondern auch andere davon abschrecken, sich für die liberale Demokratie und deren Verteidigung zu engagieren.

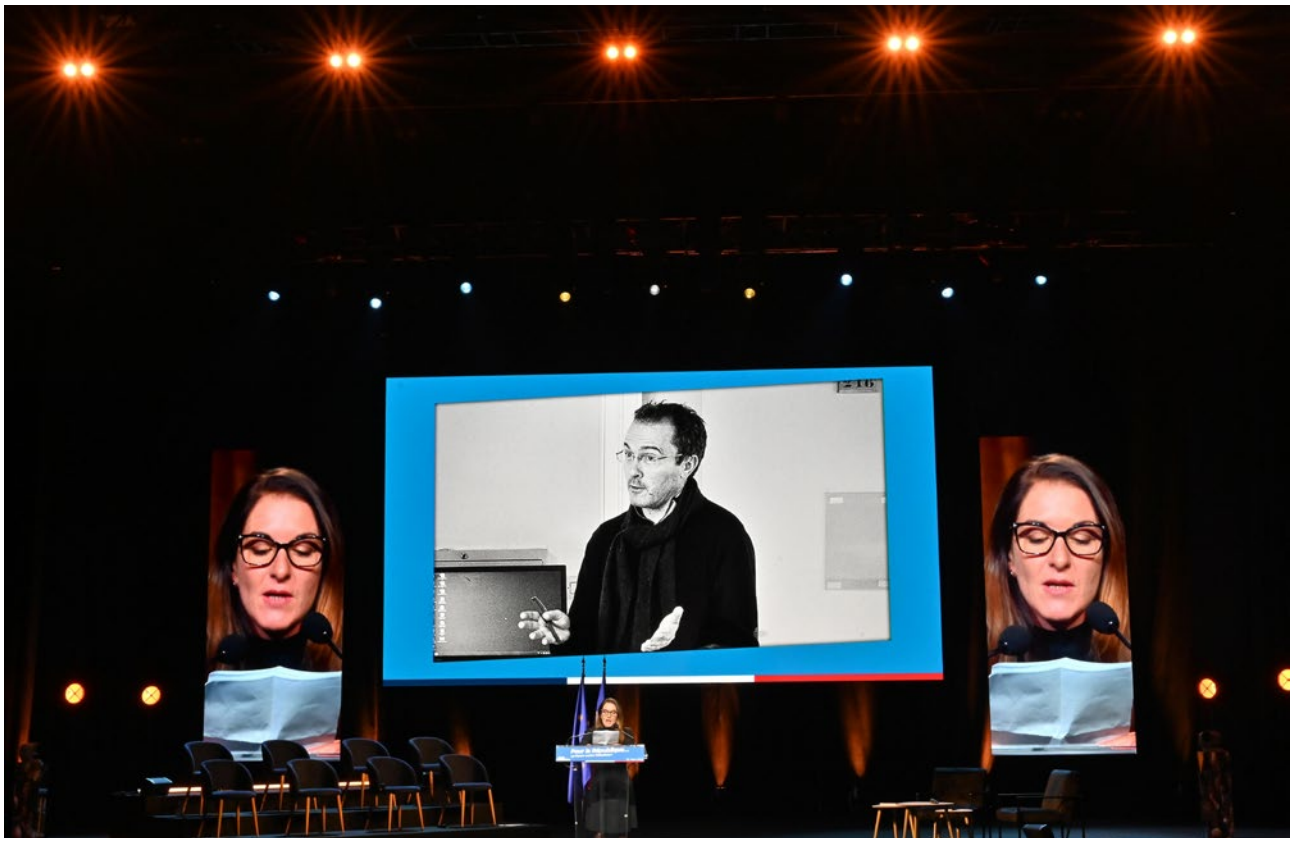
Digitale Transformation und mentale Dispositionen

Unter dem Gesichtspunkt demokratischer Resilienz lässt sich bezüglich des Strukturwandels zur plattformmedialen Öffentlichkeit mit Walter resümieren: „*in the contest between liberal democracies and authoritarian regimes, social media is inadvertently helping the autocrats win.*“[51] Dabei ist dieser Strukturwandel nur ein Aspekt jener umfassenderen digitalen Transformation der Gesellschaft, die sich als „*perhaps the single biggest cultural and technological change the world has seen in this century*“ verstehen lässt.[52] Von manchen Beobachtern wird sie gar als „digitale Revolution“ in ihrer menschheitsgeschichtlichen Bedeutung auf eine Stufe mit der Industriellen

50 Online-Hetze und -Drohungen spielten bzw. spielen sowohl beim Rücktritt Kevin Kühnerts als Generalsekretär der SPD eine Rolle als auch bei den Mordaufrufen gegen den kritisch über linken Antisemitismus schreibenden taz-Journalisten Nicholas Potter und bei den Morden an Samuel Paty und Walter Lübcke. Vgl. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/kevin-kuehnert-ex-spd-generalsekretaer-spricht-erstmals-ueber-seinen-rueckzug-a-8af4317b-7cac-437e-a626-1f6b5c0d0e5f [Stand: 15.06.2025]; https://www.spiegel.de/panorama/berlin-taz-journalist-nicholas-potter-wird-mit-dem-tode-bedroht-a-56ebd67e-1fe5-4d7f-bfcd-030efca255e3 [Stand: 15.06.2025]; https://www.spiegel.de/ausland/frankreich-mitverantwortliche-fuer-mord-an-samuel-paty-zu-langen-haftstrafen-verurteilt-a-2de082aa-73cb-4ded-87ac-8dd80df716df [Stand: 15.06.2025]; https://www.spiegel.de/politik/deutschland/walter-luebcke-was-geschah-bei-der-buergerversammlung-2015-in-kassel-a-1274434.html [Stand: 15.06.2025].

51 Walter (wie Anm. 27), S. 119.

52 Ebd., S. 108.



Mickaelle Paty, Autorin und Schwester von Samuel Paty, spricht am 26. März 2025 auf einer Versammlung gegen den Islamismus in Paris. Im Hintergrund ist ein Foto von Samuel Paty zu sehen, der am 16. Oktober 2020 einer islamistisch motivierten Gewalttat zum Opfer fiel. Die vorher in sozialen Medien verbreitete Hetze und die Lügen waren für die Ausführung der Tat maßgeblich verantwortlich. *Foto: Picture Alliance/Hans Lucas/ Fotograf: Henrique Campos*

und der Neolithischen Revolution gestellt[53] – eine Einschätzung, deren Plausibilität man wohl sicherheitshalber in ein- bis zweihundert Jahren noch einmal prüfen sollte. Davon unabhängig lässt sich bereits jetzt, in der Phase der „Frühdigitalisierung",[54] sagen, dass vieles für Walters Vermutung spricht, dass zwischen dem „*global shift away from democracy*" und dem „*advent of the internet, the introduction of smart phones, and the widespread use of social media*" ein nicht bloß zeitlicher Zusammenhang besteht,[55] und zwar über die Problematik der digitalisierten Öffentlichkeit hinaus.

Demokratietheoretisch kann man davon ausgehen, dass eine zunehmend den Alltag der Bürger:innen durchdringende Kommunikationstechnologie wie die digitale sich nicht neutral gegenüber politisch-institutionellen Arrangements und den damit verbundenen Mentalitäten und Weltsichten verhält.[56] Medientechnologie, politische Ordnungsvorstellungen und Selbstverständnisse befinden sich in einer Konstellation wechselseitiger Bedingungs- und Ermöglichungsbeziehungen, aufgrund derer bestimmte Entwicklungen nicht determiniert, aber mehr begünstigt werden als andere.[57] In gesellschafts-

53 Vgl. Oliver Stengel/Alexander van Looy/Stephan Wallaschkowski: Einleitung, in: Digitalzeitalter – Digitalgesellschaft. Das Ende des Industriezeitalters und der Beginn einer neuen Epoche, hg. v. dens., Wiesbaden 2017, S. 1–16.

54 Isabell Borucki/Michael Oswald: Die Vision der Digitaldemokratie und die Realität – Versuch über einen Dialog, in: Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung, hg. v. ebd., Wiesbaden 2020, S. 3–15.

55 Walter (wie Anm. 27), S. 108.

56 Vgl. Hubertus Buchstein: Bittere Bytes. Cyberbürger und Demokratietheorie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 44 (1996), H. 4, S. 583–607.

57 Vgl. Jeanette Hofmann: Mediatisierte Demokratie in Zeiten der Digitalisierung – Eine Forschungsperspektive, in: Politik in der digitalen Gesellschaft. Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven, hg. von Jeanette Hofmann/Norbert Kersting/Claudia Ritzi/Wolf J. Schünemann, Bielefeld 2019, S. 27–45.

theoretischer Perspektive entspricht dies dem wissenssoziologischen Grundmotiv[58] von der sozialen Seinsbedingtheit des Wissens (Mannheim) beziehungsweise des Bewusstseins (Marx) und der Bedeutung, die in dieser Theorietradition neben anderen sozialstrukturellen Faktoren auch bestimmten technologischen Innovationen in der soziokulturellen Evolution beigemessen wird, etwa der Dampfkraft als Produktions- und dem Buchdruck[59] als Kommunikationstechnologie. Angesichts des diesbezüglich doppelten, produktions- wie kommunikationsmedialen Charakters der Digitaltechnologie wäre es eher erstaunlich, wenn diese keine Auswirkungen im Bereich mentaler Dispositionen beziehungsweise semantischer Selbst- und Weltverständnisse hätte, die für die Bestandsaussichten der liberalen Demokratie in der digitalen Transformation relevant sind.

Es gibt Hinweise, dass die Aussichten in dieser Beziehung eher ernüchternd sind, die Digitalisierung also auch in ihren Auswirkungen auf die politisch-sozialisatorischen, mental-dispositionalen Bedingungen der liberalen Demokratie dazu führt, dass deren Vulnerabilität in Gestalt autoritärer Anfälligkeiten zunimmt. So verweist Felix Stalder auf „postdemokratische" Tendenzen in der „Kultur der Digitalität", die sich aufgrund ihrer alltagspraktischen Normalisierung zu einer „im Kern autoritären Gesellschaft" hinbewegen.[60] Nutzer sozialer Medien können miteinander interagieren und bekommen auf der Benutzeroberfläche bestimmte Wahloptionen präsentiert, haben dabei aber keine Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen auf der Rückseite dieser Oberfläche, also auf die Bedingungen, unter denen ihre Interaktionen stattfinden, und müssen insofern alle Vorgaben des Betreibers akzeptieren, inklusive dessen Zugriff auf die eigenen Daten.[61] Diese Alltagserfahrung begünstigt on- wie offline die Gewöhnung an Verhältnisse, in denen eigenes Handeln und soziale Beziehungen zu anderen unter fremdbestimmten Bedingungen stattfinden, die die Betroffenen nicht gestalten können und so hinzunehmen haben.

Dies entspricht dem idealtypischen Bild des Sklaven aus Pettits republikanischer Theorie, der (auch im für diesen glücklichen Fall eines wohlwollenden Herrn) nicht frei ist, weil alle ihm eingeräumten Handlungsoptionen wie auch seine ganze Existenz immer unter dem Interventions- und Entzugsvorbehalt des Herrn stehen.[62] Die Habitualisierung dieser Haltung wirkt nicht nur der Ausbildung jener demokratienotwendigen republikanischen Disposition entgegen, aus der heraus die Bürger:innen ihr Gemeinwesen als den Garanten ihrer Freiheit verteidigen, verstanden als Nichtbeherrschung oder Unabhängigkeit von fremder Willkür. Sie bedingt auch eine Anfälligkeit für autoritäre politisch-ideologische Angebote, etwa bezüglich der Identifikation gesellschaftlicher Probleme und ihrer Lösung, und kann eine Affinität zu autokratischen Regimen aufgrund vermeintlicher Effizienzvorteile begünstigen.

Unter dem Aspekt demokratischer Resilienz ähnlich problematische Sozialisationseffekte beschreibt auch Andreas Reckwitz in seiner Theorie der „Gesellschaft der Singularitäten", in der die „digitalen Technologien […] den Stellenwert einer **allgemeinen Infrastruktur zur Fabrikation von Singularitäten"** annehmen: „So wie die alte industrielle Technik zieht auch die neue digitale Technologie einen ihr entsprechenden Habitus samt Sozialfigur heran: den mobilen Nutzer (User) von Computer-Bildschirmen, der stets auch Publikum ist, sich von neuen, auf ihn (insgeheim) abgestimmten Texten und Bildern affizieren lässt und der zugleich selbst unablässig seine eigenen Kreationen und Selbstdarstellungen in dieses digitale Kulturuniversum einspeist."[63] Der Nutzer der digitalen Technologie reproduziert die gesellschaftlich hegemoniale „Logik des Besonderen", die das singularistische „Streben nach Einzigartigkeit und Außergewöhnlichkeit" zur – paradoxerweise – allgemeinen Erwartung standardisiert,[64] und sich selbst als singularistisches Individuum, das diese Logik

58 Vgl. hierzu Alexander Stulpe/Matthias Lemke: Blended Reading. Theoretische und praktische Dimensionen der Analyse von Text und sozialer Wirklichkeit im Zeitalter der Digitalisierung, in: Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse, hg. von Matthias Lemke/Gregor Wiedemann, Wiesbaden 2016, S. 17–61, hier S. 21 ff.

59 Vgl. z. B. Niklas Luhmann: Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992, S. 14.

60 Felix Stalder: Kultur der Digitalität, Berlin 2016, S. 205, 209.

61 Ebd., S. 213, 216.

62 Vgl. hierzu und zum Folgenden Stulpe (wie Anm. 2 und 3).

63 Reckwitz (wie Anm. 40), S. 229 (H. i. O.).

64 Ebd. S. 11, 9.

verinnerlicht. Der Singularitätsanspruch bezieht sich dabei nicht nur auf die Individuen, sondern auch Erlebnisse, Objekte und Kollektive, die in permanenten Affizierungs- und Valorisierungsprozessen ihre jeweilige Einzigartigkeit und Außergewöhnlichkeit zu bewähren haben.[65]

Die damit verbundene mentale Disposition korrespondiert somit habituell nicht nur dem inszenatorischen Bekenntnis- und Erlebnisraum einer dramaturgisch-expressiven Öffentlichkeit mehr als dem rationalen Diskurs der deliberativen Öffentlichkeit. Sie lässt auch, in Bevorzugung des Besonderen vor dem Allgemeinen, eine stärkere Affinität zu politisch-ideologisch partikularistischen Positionen erwarten, die dem normativen Universalismus entgegensteht, der dem Freiheitsverständnis der liberalen Demokratie eingeschrieben ist und die Demokratietauglichkeit ihrer Bürger:innen bedingt.[66] Denn einerseits, unter dem Aspekt einer Fortschreibung oder Wiederaufnahme des anti-egalitären Individualismus der vorletzten Jahrhundertwende,[67] hat der Singularismus „einen grundsätzlich libertären Zug".[68] Zugleich begründet, andererseits, die singularistische Kultivierung von Kollektiven die Attraktivität identitärer Angebote, von „*identity politics*"[69] bis zu „spätmoderne[n] Nationalismen, Fundamentalismen und Populismen mit ihren aggressiven Antagonismen zwischen Wertvollem und Wertlosem"[70].

Mit Blick auf die Frage der demokratischen Resilienz angesichts der digitalen Transformation lässt sich bezüglich der Auskünfte von Stalder und Reckwitz und in Wiederaufnahme der Argumentation aus dem ersten Teil dieser Serie also schließen: Wer in der alltäglichen Kommunikationspraxis im digitalen Raum „postdemokratisch" sozialisiert und bezüglich seines Welt- und Selbstverhältnisses „singularistisch" geprägt wird, dürfte anfälliger sein für die freiheitspathologischen (libertären und identitären) Angebote des autoritären Populismus und, aufgrund einer mangelhaften Identifikation mit der liberalen Demokratie, auch deren Anfeindungen seitens des okzidentalistischen Autoritarismus wenig Widerstandskraft, wenn nicht sogar Sympathie entgegenbringen. Auch unter dem Aspekt mentaler Dispositionen, nicht nur bezüglich der Öffentlichkeit, verschärft die digitale Transformation das Problem liberaldemokratischer Vulnerabilität. Der nächste Teil dieser Artikelserie wird sich der Frage widmen, welche Quellen gesellschaftlicher Resilienz die Erwartung begründen können, dass die liberale Demokratie trotz ihrer Infragestellungen, Bedrohungen und Vulnerabilitäten Bestand haben wird.

65 Vgl. ebd., S. 10 ff.

66 Hierzu und zum Folgenden Stulpe (wie Anm. 2 und Anm. 19).

67 Vgl. Stulpe (wie Anm. 46), S. 570, 652.

68 Reckwitz (wie Anm. 40), S. 22.

69 Ebd., S. 10.

70 Ebd., S. 22.

ZUR DISKUSSION GESTELLT

„MAN KOMMT NICHT ALS FRAU ZUR WELT, MAN WIRD ES“

Simone de Beauvoir, franz. Schriftstellerin, Lebensgefährtin Jean-Paul Sartres, Porträtaufnahme, 1971. *Foto: Picture Alliance/akg images/Fotograf: Daniel Frasnay*

Im Zeichen dieses Beauvoir'schen Diktums, mit dem die berühmte französische Philosophin den zweiten Band des „Anderen Geschlechts“ eröffnete, wurde in der letzten Ausgabe der E+P (01/25) zur alljährlichen Reflexion der Lage der Frauen um den 8. März mit verschiedenen Vertreterinnen aus Politik, Sport und Gesellschaft darüber diskutiert, was sie denn heute bewege. Das Fazit war nicht sehr überraschend: Die Lage ist sehr heterogen. DIE eine Frauenfrage scheint es so nicht zu geben.

Analog zu diesem Ergebnis ist die Art und Weise, wie man die Forderung nach Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen in der modernen Gesellschaft im historischen und aktuellen Kontext betrachtet, ebenso vielschichtig wie disparat.

In den beiden folgenden Artikel von Sarah Pines und Agnes Böhmelt wird das berühmte Zitat von Simone de Beauvoir ebenso nicht im selben Sinne interpretiert. Auch kommen die Autorinnen bei der Frage, was überhaupt eine Frau ausmache („*What is a Woman?*“) bzw. was unter „klassischer Weiblichkeit“ zu verstehen sei, zu sehr unterschiedlichen Schlussfolgerungen.

Jeder Text beleuchtet die Frage aus einem anderen Blickwinkel und eröffnet somit im Idealfall eine gewinnbringende und bereichernde Debatte, zu der wir Sie ganz herzlich einladen möchten. Wir freuen uns sehr über Ihre zahlreichen Zuschriften, die wir gerne in den nächsten Ausgaben unter der Rubrik Leserbriefe veröffentlichen.

FIGHT THAT FLIRT!

FEMINISTISCHE GENDER-SPAßVERDERBER*INNEN IM WIDERSTAND GEGEN PATRIARCHALE ROLLENANFORDERUNGEN

von Agnes Böhmelt

> ***I got these bitches just so everyone knows who the don is.***
> Andrew Tate[1]

Die Frage, an welchen Rollenbildern sich vor allem junge Menschen orientieren können oder gar sollten, ist eine moralisch-ethische Frage. Da sie als solche auch mit dem sowohl eigenen als auch einem kollektiven (Mit-) Sein in der Welt verknüpft ist, anders gesagt: auch identitätsstiftende, selbst- und weltbildende Dimensionen hat, spielen vergeschlechtlichte und vergeschlechtlichende Aspekte in all ihrer Vielschichtigkeit und Multidimensionalität dabei eine große Rolle. Seit einigen Jahren bereits werden in diesem Zusammenhang auch Schlagworte wie „toxische Männlichkeit" und – seltener – „toxische Weiblichkeit"[2] debattiert.

Der vorliegende Artikel möchte seinerseits einige Schlaglichter auf diese Debatten werfen.[3] Dazu wende ich mich zunächst dem zu, was „klassische" Männlichkeit bzw. Weiblichkeit bedeutet (oder bedeuten soll), um danach auf einige Details der Debatte um Toxizität kritisch einzugehen, wobei auch Phänomene wie Andrew Tate und die sogenannten *tradwives* Erwähnung finden werden, die insb. Social-Media-Kanäle mit teils gigantischer Reichweite bespielen. Ein abschließender Ausblick soll Alternativen und Potenziale (nicht allein) jugendlichen Eigen-Sinns, auch bezogen auf Gender-Nonkonformität, betonen.

1 Zu Tate folgen Anmerkungen im Verlauf des Textes. Das Zitat ist folgendem Artikel entnommen: Misch Pautsch/Lex Kleren: Wie toxische Männlichkeit und Queerfeindlichkeit die Schule erobern, in: Lëtzebuerger Journal v. 22.08.2024, https://journal.lu/de/wie-toxische-maennlichkeit-und-queerfeindlichkeit-die-schule-erobern [Stand: 18.01.2025]. Der Ausdruck der „Spaßverderber*innen" im Titel bezieht sich auf Sara Ahmed: *Living a Feminist Life*, Durham/London 2017. Sie entwickelt darin die Figur der *feminist killjoy* als die einer radikalen Kritiker*in des Patriarchats, die dafür bewusst in Kauf nimmt, nicht von allen gemocht zu werden.

2 Tipp der Redaktion: Sophia Fritz: Toxische Weiblichkeit, München 2024.

3 Meine hier angestellten Überlegungen orientieren sich unter anderem an den Antworten auf einen Fragenkatalog von Kira Lorenz (Oberpfalzmedien), die Nicole Cucit, Studiengangskoordinatorin des Zusatzstudiums Genderkompetenz an der Universität Regensburg, P, Student*in der Sozialen Arbeit, und ich erarbeitet haben. Ein entsprechender Artikel wurde im Januar 2025 veröffentlicht, vgl. Kira Lorenz: *Trad Wives* und Andrew Tate: Wie uns toxische Rollenvorbilder beeinflussen, in: Amberg24 v. 16.01.2025, https://amberg24.de/trad-wives-und-andrew-tate-wie-uns-toxische-rollenvorbilder-beeinflussen/cnt-id-ps-9ed42a66-6cf3-4017-a81b-48b38ff82523 [Stand: 18.01.2025].

Regenbogenflaggen als Intersex-inklusive Version der *Progress Pride Flag* zum Pride in London in der Regent Street. Diese Flagge symbolisiert die Vielfalt der queeren Community. Sie steht also nicht allein für Schwule, Lesben und Bisexuelle, sondern auch für (queere) People of Color und Schwarze Personen, trans Personen, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen. *Foto: Picture Alliance/ SULUPRESS/ Fotograf: Marc Vorwerk*

Was macht klassische Männlichkeit und was klassische Weiblichkeit aus?

„Klassische" Männlichkeit wird in der Regel durch Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen, Unabhängigkeit/Autonomie, Rationalität, emotionale Zurückhaltung und (körperliche) Stärke definiert. Dabei handelt es sich um Eigenschaften, die häufig eine Vorstellung von Macht und Dominanz – über andere/Andere[4], aber im Moment der **Selbst**beherrschung auch über sich selbst – voraussetzen. „Klassische" Weiblichkeit hingegen wird häufig mit Fürsorge und Emotionalität assoziiert; als Angehörige des noch immer sprichwörtlichen „schwachen Geschlechts" erscheinen die ihr zugeordneten Personen im Rahmen patriarchaler und heteronormativer Machtverhältnisse als schwächer (und damit entweder angeblich schutzbedürftiger oder, negativ gewendet, verfügbar, Material, Beute), als anpassungsfähiger, aber auch unkontrollierter, gar unkontrollierbar: Schwäche und Fügsamkeit können quasi jederzeit in Irrationalität und „Hysterie" umschlagen.

Diese im Abendland tradierten Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit sind kulturelle Konstruktionen, die im Rahmen (übrigens längst nicht endgültig ausgefochtener) sozialer und politischer Aushandlungen und Machtkämpfe entstanden sind. Das 18. Jahrhundert war dafür ein wichtiger Markstein: Paradoxerweise verschärfte sich im Zuge der europäischen Aufklärung und ihrer Ideale, darunter etwa *egalité*, die Dichotomie zwischen Männern und Frauen. Es gab jetzt nämlich ein Rechtfertigungsproblem: Wenn **alle** Menschen frei und gleich sein sollten, warum hatten dann nur **manche** von ihnen den vollen Zugang zu den bürgerlichen Rechten, zum Beispiel dem Wahlrecht? „Gelöst" wurde dies unter anderem durch die Entwicklung und Zuschreibung angeblich intrinsischer geschlechtlicher Eigenschaften. Die sich formierenden, als entgegengesetzte Pole entworfenen „Geschlechtscharaktere"[5] sahen folgendermaßen

4 Die doppelte Schreibweise „andere/Andere" soll signalisieren, dass es hier einerseits um die Herrschaft über Personen, Dinge, Welt geht; andererseits ist das sich so formierende Subjekt in seiner Formation auch angewiesen auf Andere, derer es **als Andere** bedarf, um sich von ihnen abzugrenzen und abzuheben.

5 Vgl. Karin Hausen: Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, hg. v. Werner Conze, Stuttgart 1976, S. 363–393.

aus: Reproduktion, Privatheit, Emotionalität und Natur wurden den Frauen zugeschrieben bzw. waren ab dann (intrinsisch) „weiblich" konnotiert; Produktion, Öffentlichkeit, Rationalität und Kultur waren ab dann (intrinsisch) „männlich" konnotiert. Verfestigt wurden diese Auffassungen, indem man sie mit „biologischen" (= biologistischen bzw. essentialistischen) Argumentationen zu untermauern suchte, etwa der einer angeblichen „weiblichen Sonderanthropologie".[6]

Auch in der Gegenwart des abendländischen bürgerlich-kapitalistischen und heteronormativ verfassten Patriarchats basieren Vorstellungen darüber, was es heißt, „männlich" bzw. „weiblich" zu sein, trotz allen emanzipatorischen Fortschritts auf solch vorläufig verfestigten Hierarchien und Machtungleichheiten, die, obzwar keinesfalls gänzlich starr oder unausweichlich, systemisch zu nennen sind: Patriarchat und Kapitalismus brauchen sie nämlich, um möglichst reibungslos funktionieren zu können (zum Beispiel die geschlechtliche Arbeitsteilung).

Darüber hinaus müssen diese Vorstellungen außerdem „geglaubt" werden, um gelebt werden zu können: Vergeschlechtlichung, also der Prozess, Individuen, Objekten und Tätigkeiten ein Geschlecht zuzuordnen, sie zu gendern, funktioniert nicht ausschließlich über Zwang oder Gewalt. Man wächst in solche Vorstellungen hinein, man lernt, an bestimmte normalisierte (Rollen-)Anforderungen als Ideale zu glauben. „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es", das schrieb Simone de Beauvoir bereits 1949.[7] Umso wichtiger ist es, diese Konstruktionen, das Werden des und zu Geschlecht(s), kritisch zu analysieren, zum Beispiel also zu fragen: Wie kann man die aktuellen Verknüpfungen von Geschlecht und Charakter in ihrer gleichzeitigen Kontingenz und Beharrlichkeit verstehen? Kann (und soll?) man diese Verknüpfungen ent-fesseln, lockern, (auf-)lösen – und, wenn ja, wie? Und was ist eigentlich mit all jenen Personen, die sich, aus welchem Grund auch immer, gar nicht oder nur unvollständig einem der beiden Pole der Weiblichkeit bzw. Männlichkeit zuordnen können oder wollen?

Wichtig zu betonen ist hier außerdem, dass schon die Begriffe „klassische" Männlichkeit und „klassische" Weiblichkeit in der Forschung ständig problematisiert werden (deswegen die Anführungszeichen). So spricht die Kritische Männlichkeitsforschung mit Raewyn Connell eher von „hegemonialer" als von klassischer Männlichkeit.[8] **Die** hegemoniale Figuration ist dabei nach wie vor indes der weiße, heterosexuelle, bürgerliche cis-[9] Mann – dabei handelt es sich allerdings gleichsam um eine Figuration, die sich in einer permanenten **Krise** zu befinden scheint. Diese Krise der Männlichkeit stellt einen ebenso wichtigen wie populär-populistischen Diskursstrang auch der dahingehenden deutschen Debatten dar. Das Phänomen ist dabei nicht neu: Als „**momentan akzeptierte** Antwort auf Legitimitätsprobleme des Patriarchats"[10] ist hegemoniale Männlichkeit andauernd umkämpft: Seit den Errungenschaften und Verwerfungen der europäischen Aufklärung muss sie ihren – vorläufig – paradigmatischen Subjektstatus gegen alle anderen/Anderen, die darauf Anspruch erheben könn(t)en, abgrenzen und verteidigen.

Die hier knapp dargelegten Rollenbilder werden dabei, wie angedeutet, nicht zuletzt dann problematisch, wenn man ihren arbiträren Charakter vernachlässigt und sie Individuen in ihrem Selbstverständnis und Handeln einschränken. Wenn Menschen sich nicht frei entfalten und ausdrücken können, steigt nicht nur das Verletzungsrisiko für ohnehin vulnerable Gruppen; Konflikte in diesem Spannungsfeld berühren und belasten menschliche Beziehungen und gesellschaftliches Zusammenleben im Allgemeinen – insofern jedenfalls, als dieses Gefüge (als Gemeinschaft Freier und Gleicher, womöglich sogar Geschwisterlicher)

6 Vgl. Claudia Honegger: Die Ordnung der Geschlechter. Die Wissenschaften vom Menschen und das Weib 1750–1850, Frankfurt am Main/New York 1991. Ähnliches gilt für die Entwicklung des modernen Rassismus, der aus einer ähnlich gelagerten Rechtfertigungsproblematik „biologische" Menschen-„Rassen" konstruierte, um koloniale Ausbeutung und Gewalt zu rechtfertigen.

7 Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, Reinbek bei Hamburg 1992 [1949], S. 334.

8 Vgl. Raewyn Connell: Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen 1999.

9 „Cis" bezeichnet als Adjektiv das Gegenteil von „trans", man identifiziert sich also mehr oder weniger bruchlos mit dem einmal zugewiesenen Geschlecht. In diesem Aufsatz beziehe ich mich mit den Ausdrücken „Frauen" bzw. „Männer" im Übrigen, wenn nicht explizit anders formuliert, auf alle Personen, die sich dementsprechend identifizieren, einschließlich cis und trans Personen.

10 Connell (wie Anm. 8), S. 98, H.d. V.

Demonstration in Berlin-Kreuzberg, Weltfrauentag, 8. März 2018
Foto: privat/ Agnes Böhmelt

ein demokratisches sein soll. Nicht zuletzt deshalb ist Gender zu einem zentralen Thema autoritärer Strömungen im Kulturkampf geworden.

Einschränkungen betreffen dabei auch cis- und endogeschlechtliche[11] Personen. Wissenschaftlich wird mittlerweile sowohl hinsichtlich körperlicher (*sex*) als auch psychisch-identitärer und politischer Merkmale (*gender*) zwar allgemein eher von Spektren denn von Polen ausgegangen: Die Biologie kennt mehr als nur zwei Geschlechter; in soziologischen Ansätzen ebenso wie in den alltäglichen gesellschaftlichen und persönlichen Aushandlungen und Auseinandersetzungen wird das, was als „männlich" oder „weiblich" gilt, eher in einem Feld oder Kontinuum angesiedelt. Vergeschlechtlichung wird aus dieser Perspektive also als ein prinzipiell unabgeschlossener und unabschließbarer Prozess (eben ein andauerndes Werden) verstanden und **erfahren**; man betrachtet Männlichkeit und Weiblichkeit mittlerweile also als gerade **nicht** eindeutig festlegbare, einander absolut ausschließende oder ahistorische Größen. Insofern jedoch auch Felder, Spektren oder Kontinuen nach wie vor konzeptionell und begrifflich zunächst mit den beiden (bzw. **nur** den beiden) Klassen von „Weiblichkeit" und „Männlichkeit" operieren, betreffen sie nachteilig insbesondere jene Personen, die sich ganz grundsätzlich nicht in diese binären Kategorien einordnen lassen wollen oder können – beispielsweise intergeschlechtliche, non-binäre und/oder (gender-) queere Personen. Diese Menschen sehen sich dementsprechend auch in als fluide/r, ambivalent und widersprüchlich konzipierten Kategorien „Mann" und „Frau" nicht repräsentiert; Diskriminierungs-, Disziplinierungs- und Unsichtbarkeitserfahrungen, mit denen sie oft konfrontiert sind, sind insofern aktuell nahezu unvermeidbar.

11 „Endo" bezeichnet das Gegenteil von „intergeschlechtlich", also Personen mit eindeutigen körperlichen Geschlechtsmerkmalen.

„Toxische Männlichkeit“

Auf Seiten derer, denen in dieser Gemengelage seit einigen Jahrhunderten[12] mindestens an einer Aufweichung, wenn nicht der Auflösung verfestigter geschlechtlicher Rollenbilder und Identitäten gelegen ist, kursiert seit einiger Zeit der Begriff des „Toxischen“. Dieser Ausdruck soll Arten des Männlich- oder des Weiblich-„Seins“ bezeichnen, die als schädlich, als nachteilig, eben als „giftig“ wahrgenommen werden; laut Duden steht „toxisch“ unter anderem für „bösartig, gefährlich, schädlich, zermürbend“.[13] Toxische Männlichkeit (die weitaus häufiger im Zentrum der entsprechenden Debatten steht als Weiblichkeit) äußere sich beispielsweise in aggressiv-herrischem (sic) Auftreten, Kontrollwahn, emotionaler Kälte, Übergriffigkeit und, nicht zuletzt, Gewalt – gegen andere/Andere (insb. FLINTA*[14]), aber auch gegen sich selbst.[15]

Anhand dieser Aufzählung lassen sich einige analytische Fallstricke ausmachen – und analytische Fallstricke ziehen in den allermeisten Fällen auch solche in Praxis und Politik nach sich. Vergleicht man also zunächst die eben genannten Attribute „toxischer“ Männlichkeit mit den am Anfang dieses Textes aufgeführten der „klassischen“/hegemonialen Männlichkeit – Durchsetzungsvermögen, emotionale Zurückhaltung, (körperliche) Stärke usw. – fällt auf, dass es sich bei ersteren um graduelle Steigerungsformen letzterer handelt, die, auch wenn sie als „Über-“ oder „Unmaß“ bzw. „Auswuchs“ betrachtet werden, doch eben das bleiben: Steigerungsformen eines nämlichen Prinzips. Um bei botanischen Metaphern zu bleiben: Um das Problem radikaler anpacken zu wollen, also von der Wurzel aus, müsste man anders daran herangehen.

Demonstration unter Coronabedingungen am Weltfrauentag, Nürnberg, 8. März 2021
Foto: Picture Alliance/Geisler-Fotopress | Dwi Anoraganingrum/Geisler-Fotop

Dem im Weg steht darüber hinaus allerdings das durchaus verwandte Problem, dass „toxische Männlichkeit“ häufig individualisiert wird, anstatt (patriarchale Macht-)Strukturen **als Strukturen** in den Blick zu nehmen.[16] Freilich ist es auf den ersten Blick einfach, die Angelegenheit zu personalisieren. Jemand wie der eingangs zitierte Andrew Tate, ein chauvinistischer und frauen- sowie queerfeindlicher Influencer, der wegen frauenverachtender Äußerungen von verschiedenen Sozialen Plattformen entfernt und mehrfach wegen Menschenhandels und sexualisierter Versklavung verhaftet wurde, ist, um den so oft angeführten „gesunden Menschenverstand“ zu zitieren, ganz offenbar ein *bad guy*. Seine Inhalte sind geprägt von der

12 Für ein Beispiel aus dem 19. Jahrhundert, das die Assoziation von Weiblichkeit und Schwäche/Schutzbedürftigkeit eindrücklich zurückweist (und gleichzeitig deutlich macht, dass diese eigentlich nie für **alle** Frauen galt, sondern ein Privileg weißer, bürgerlicher Frauen war), vgl. Sojourner Truth: Bin ich etwa keine Frau*? (1851), in: Schwarzer Feminismus. Grundlagentexte, hg. v. Natasha A. Kelly, Münster 2019, S. 17 f.

13 Duden: „toxisch“, https://www.duden.de/rechtschreibung/toxisch, o. J. [Stand: 07.11.2024].

14 Akronym für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen; der Asterisk symbolisiert alle, die sich in dieser Aufzählung nicht wiederfinden, aber im Rahmen patriarchaler und cis-endo-heteronormativer Machtverhältnisse Marginalisierung erfahren.

15 Vgl. Jack Urwin: *Boys don’t cry*. Identität, Gefühl und Männlichkeit, Hamburg 2017.

16 Der Duden-Artikel nennt so etwa als Beispiele für die eben zitierte Definition neben „Männlichkeit“ auch „Beziehungen“, Duden (wie Anm. 12), wobei letztere nach wie vor und gegen jede feministische Kritik daran dem Bereich des Privaten, nicht dem des Politischen zugeschlagen werden.
Zusätzlich ist außerdem die problematische Herkunft des Begriffs „toxische Männlichkeit“ aus dem Zusammenhang der sogenannten „Mythopoeten“ zu berücksichtigen, eines maskulinistischen Zweigs der Männerbewegung, dem „der“ Feminismus (insb. nach 1968) als verantwortlich für eine Entfremdung von Männern von „echter“ Männlichkeit gilt, vgl. Tracy E. Gilchrist: *What Is Toxic Masculinity*, in: The Advocate v. 11.12.2017, https://www.advocate.com/women/2017/12/11/what-toxic-masculinity [Stand: 28.10.2024].

Verharmlosung von Gewalt und der Verherrlichung problematischer Klischees von (heteronormativer cis) Männlichkeit durch die Propagierung stark stereotypisierter Männerbilder. Das alles schmälert nicht unbedingt seine Attraktivität – vor allem bei einem adoleszenten männlichen Publikum genießt er enorme Reichweite. Will man dieses Phänomen verstehen (und bekämpfen), macht man es sich aber meiner Auffassung nach zu leicht, wenn man das Augenmerk allein auf diesen „Auswuchs", diese „Wucherung" lenkt – *pars pro toto*, das mag vielleicht gelten, nicht jedoch, wenn man dabei das *totum*, das Ganze, das System aus dem Blick verliert.[17] Eine radikale Herangehensweise an solche Verhaltensmuster müsste demgegenüber, wie gesagt, schon die Verflechtung bestimmter Charakterzüge mit Männlichkeit, wie sie das patriarchale Rollenbild der „klassischen" bzw. hegemonialen Männlichkeit vorsieht, infrage stellen – und damit das Patriarchat als Struktur.

Ein kurzer Exkurs zu *Tradwives*

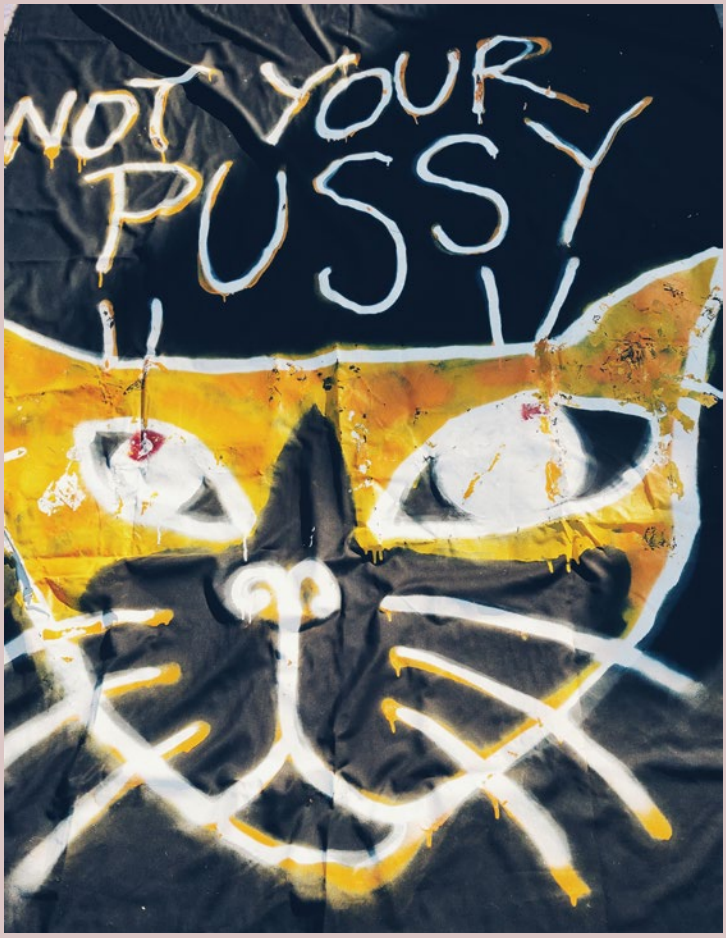
> ***We now spend our time flirting not fighting.***
> Alena Pettitt[18]

Eine Re-Vitalisierung längst überkommen geglaubter patriarchaler Geschlechterrollenbilder findet dabei nicht allein von männlicher Seite aus statt. *Tradwife*-Inhalte wie zum Beispiel die von Alena Pettitt sind wesentlich anschmiegsamer, wesentlich weniger offensiv also solche von *bad guys* wie Andrew Tate; wenn hier ein Gift verabreicht wird, dann schmeckt es in jeder Hinsicht süß, und zwar sehr süß – weil Auftritte wie ihrer, in denen Frauen sich selbst als schöne und häusliche Perfektionistinnen präsentieren, gern in Rosa gekleidet, gern vor Pastellhintergrund, „nicht nostalgisch gemeint [sind], sondern [...] sich als Zukunftskonzept für eine zufriedene und gar moderne Weiblichkeit [ausgeben]: **Nicht Feminismus, sondern Feminität!**"[19] *Tradwives* neigen dabei dazu, ungeachtet anderer Konstellationen wie Patriarchat und Neoliberalismus „den Feminismus" für die Herausforderungen und Ungerechtigkeiten verantwortlich zu machen, mit denen Frauen

17 Dies betrifft teilweise auch solche, insb. aktivistische und linke, aber nach wie vor strukturell maskulin geprägte Kontexte, die sich dem eigenen Selbstverständnis nach als progressive Elemente im „Geschlechterkampf" begreifen und sich affirmativ auf das Konzept beziehen: „Toxische Männlichkeit" fungiert auch hier im Kontext der Rhetoriken der Krise; allzu oft kommt es auch hier zur Abwehr feministischer Analysen und Kritik von Macht. Der Ansatz kann dann gar zu einer Immunisierungsstrategie werden: Man(n) selbst gehöre doch zu den guten Männern/gar „Feministen", man habe das jetzt alles gelesen, durchgearbeitet und verstanden – wodurch einerseits feministische, nach wie vor bestehende Kritik auch in und an solchen Zusammenhängen zum Schweigen gebracht werden soll, während es andererseits sogar zur Legitimierung eigenen „mackerigen" Verhaltens bis hin zu sexualisierten Übergriffen kommen kann, vgl. Paul Hentze/Kim Posster: Male Detox – Toxische Männlichkeit und Männer zwischen Reform und Revolution, in: analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte & Praxis, Nr. 644 v. 11.12.2018, https://archiv.akweb.de/ak_s/ak644/24.htm [Stand: 28.10.2024].
Mit diesem Phänomen der Immunisierung verwandt ist nicht zuletzt auch die vor dem Hintergrund des aktuellen Rechtsrucks zu problematisierende „Auslagerung" problematischen männlichen Verhaltens an rassisierte Andere, also das *othering*/die Enthnisierung von Sexismus. Nach wie vor auch in Deutschland und seiner weißen Majoritätsbevölkerung bestehende Geschlechtergerechtigkeits- und -gleichheitsdefizite bzw. die Enttäuschung über uneingelöste Emanzipationsversprechen können so in Richtung marginalisierter, vor allem „orientalischer" Männlichkeiten ausgelagert werden, vgl. Gabriele Dietze: Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung, in: Kritik des Okzidentalismus. Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht, hg. v. ders., Claudia Brunner u. Edith Wenzel, Bielefeld 2009, S. 23–54, hier S. 35 f.

18 *Tradwife* ist die Kurzform für *traditional wife*, zu Deutsch „traditionelle Ehefrau". Das Zitat von Pettitt findet man bei Sadie Nicholas: *Darling, I'll do anything to make you happy! How the Tradwives sacrifice their own careers to satisfy their husbands' every whim ... and insist it's the secret of marital bliss*, in: Daily Mail v. 24./25.01.2020, https://www.dailymail.co.uk/femail/article-7926581/How-Tradwives-sacrifice-careers-satisfy-husbands-whim.html [Stand: 18.01.2025].

19 Gabriele Dietze: Feminität als politisches Kapital – rechtspopulistische Modelle, in: Populismus kritisieren. Kunst – Politik – Geschlecht, hg. v. Evelyn Annuß/Ralf von Appen/Sarah Chaker/Silke Felber/Andrea Glauser/Therese Kaufmann/Susanne Lettow, Bielefeld/Wien 2024, S. 155–175, hier S. 158, H. i. O.



Demoplakat, 8. März 2025. *Foto: privat/ Agnes Böhmelt*

heutzutage konfrontiert sind, darunter etwa die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die nach wie vor ungleiche Verteilung von Care- bzw. (Für-)Sorge-Arbeit.[20] Anstatt jedoch dagegen aufzubegehren, zelebrieren sie als Reaktion (oder Kompensation?[21]) das Hausfrauen-Dasein, also eine Art von Weiblichkeit/Feminität, die sich deutlich an patriarchal-heteronormativen Familien- und Ehekonstellationen orientiert. Auch hierbei ist also zu konstatieren, dass es sich um eine Überaffirmation „klassischer" Genderrollen, in diesem Fall Weiblichkeitsstereotype, handelt. Um eine sinnvolle Kritik daran zu üben, genügt es jedoch aus feministischer Perspektive wiederum nicht, sich allein auf Einzelpersonen zu fokussieren und diese im Versuch, selbst- und fremdschädigendes „übertrieben" feminines Verhalten zu skandalisieren, unter dem Schlagwort „toxische Weiblichkeit" für ihr individuelles Verhalten zu beschämen.[22] Stattdessen bedarf es, um das noch einmal zu betonen, zum einen kritischer Analysen der Zusammenhänge von Patriarchat, Heteronormativität, Kapitalismus und Rassismus[23], wie sie insb. intersektional informierte feministische oder Gender Studies anstellen.[24]

20 Vgl. Catherine Rottenberg/Shani Orgad: *Tradwives: the women looking for a simpler past but grounded in the neoliberal present*, in: The Conversation v. 07.02.2020, https://theconversation.com/tradwives-the-women-looking-for-a-simpler-past-but-grounded-in-the-neoliberal-present-130968 [Stand: 28.10.2024].

21 Dietze spricht in diesem Zusammenhang auch von der Möglichkeit einer „*emancipation fatigue*", „einer Sehnsucht [danach], scheinbar endlose und mühselige Aushandlungen über die Verteilung der reproduktiven Arbeit in einer emanzipierten Beziehung hinter sich zu lassen", Dietze (wie Anm. 18), S. 159, H. i. O.

22 Vgl. Anonyma*: Toxische Weiblichkeit/toxic femininity, in: Projekt 100% MENSCH – Queere Bildung, Empowerment und Sichtbarkeit, o. J., https://100mensch.de/toxische-weiblichk/ [Stand: 23.01.2025].

23 *Tradwife*-Inhalte weisen neben allem Genannten allzu häufig eine Affinität zu rechtsextremem/rassistischem Gedankengut auf. Sie dienten dabei, so drückt es Nancy Love aus, „*to soften and normalize white supremacy, often in ironic and insidious ways.*" Nancy S. Love: *Shield Maidens, Fashy Femmes, and TradWives: Feminism, Patriarchy, and Right-Wing Populism*, in: Frontiers in Sociology (2020), H. 5, zit. nach Dietze (wie Anm. 19), S. 159. Zwar mag dieser Aspekt sicherlich nicht immer intendiert sein, nichtsdestotrotz bieten *tradwife*-Präsenzen auf Instagram und TikTok (bzw. die Algorithmen dieser Plattformen) aber sozusagen einladend geöffnete „Einfallstore" auch in Richtung solcher Inhalte.

24 Selbstverständlich ist es im Rahmen dieses Artikels nicht möglich (und auch gar nicht Thema), das weitläufige und durchaus disparate Feld der gegenwärtigen Gender Studies auch nur angehend angemessen darzustellen. Für die genannten Zusammenhänge seien daher an dieser Stelle nur zwei maßgebliche Werke angeführt: Judith Butler: *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*, London/New York 1990; Kimberlé W. Crenshaw: *Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color*, in: Stanford Law Review 43 (1991), H. 6, S. 1241–1299.

Ausblick: Potenziale von Eigen-Sinn und Gemeinschaft

Zum anderen bedarf es der Anerkennung und politischen Unterstützung von aktivistischen Strategien, die eine gewisse Eigen-Sinnigkeit betonen und leben. Häufig handelt es sich dabei um zunächst oder jedenfalls auch identitätspolitisch argumentierende Kämpfe: Frauenbewegungen, Klassenkämpfe, antirassistische und/oder homosexuelle Emanzipationsbewegungen haben vielleicht bei aller Unterschiedlichkeit das gemeinsam: die universalistischen Versprechen der Aufklärung von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit **für alle** Menschen gerade ernst zu nehmen und **aus diesem Grund** auch – nicht ausschließlich! – **für sich selbst** einzufordern.[25]

In der Mannigfaltigkeit widerständiger Strategien, die sich gegen verfestigte patriarchale Normalisierungen wenden, sind abgesehen davon aber vor allem auch solche bemerkenswert, die, häufig lose über den *umbrella term* „Queer" verknüpft, Gemeinschaft und Solidarität in Zusammenhängen er/finden, die jenseits von Identität und Repräsentation liegen: „Seinsweisen" bezeichnen, so Gabriele Dietze, Elahe Haschemi Yekani und Beatrice Michaelis mit Bezug auf den Queer-Theoretiker José Esteban Muñoz, „Formen des Zusammenseins, die statt auf einer identitären Logik auf Vorstellungen einer politischen Gemeinsamkeit basieren."[26] Der Austausch mit Gleichgesinnten (über Ziele und Wünsche – sowie natürlich auch über Unsicherheiten, Mutlosigkeit und Ängste; eine kollektiv geteilte vergeschlechtlichte, rassisierte, sexuelle oder auch Klassenidentität muss dabei gerade nicht zwingend als gemeinsame Basis fungieren!) bildet dafür eine wichtige Grundlage. Gerade in solidarischen und unterstützenden Gemeinschaften können – nicht allein – junge Leute die Erfahrung machen, ihre Individualität und Vielfalt wechselseitig zu schätzen, und lernen, sich selbst unabhängig/er von gesellschaftlich normalisierten Anforderungen, ob nun bezogen auf Geschlecht oder was auch immer, zu definieren.[27] Auch auf den ersten Blick kleine oder nebensächliche Akte, eine Gender-Nonkonformität, die sich beispielsweise im Parodieren „weiblichen" Schönheitshandelns durch Dragqueens oder in der Vermeidung oder Verweigerung binärer Pronomen äußern kann, vor allem aber auch gewählte und gelebte Verwandtschaften jenseits heteronormativ-patriarchaler Kleinfamilien sind Aspekte, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Solche affektiven Gemeinschaften stehen mit der feministischen Autorin Donna Haraway für „eine andere mögliche Strategie der Koalitionsbildung: Affinität statt Identität. […] Affinität: eine Beziehung auf der

25 Auch auf das Thema Identitätspolitik(en) kann im Rahmen dieses Artikels nicht näher eingegangen werden; die hier angerissene Argumentation kann man aber beispielsweise anhand folgender Aufsätze nachvollziehen und weiterverfolgen: Jens Kastner/Lea Susemichel: Zur Geschichte linker Identitätspolitik, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, 9–11/2019, S. 11–17, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/286503/zur-geschichte-linker-identitaetspolitik/ [Stand 23.01.2025]; Silke van Dyk: Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus, in: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, 9–11/2019, S. 25–32, https://www.bpb.de/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen-fuer-einen-rebellischen-universalismus?p=all [Stand: 23.01.2025].

26 Gabriele Dietze/Elahe Haschemi Yekani/Beatrice Michaelis: Seinsweisen oder Kategorien: Intersektionalität und ihre Methoden queeren, in: Handbuch Intersektionalitätsforschung, hg. v. Astrid Biele Mefebue/Andrea D. Bührmann/Sabine Grenz, Wiesbaden 2022, S. 111–130, hier S. 112; vgl. José Esteban Muñoz: *Cruising Utopia. The Then and There of Queer Futurity*, New York/London 2009.

27 Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an einen der großen Denker des Widerstands und der Macht, Michel Foucault, der in den Kämpfen ab 1968 gerade solche am Werk sah, „die den Status des Individuums in Frage stellen. Einerseits treten sie für das Recht auf Anderssein ein und betonen alles, was die Individualität des Individuums ausmacht. Andererseits wenden sie sich gegen alles, was das Individuum zu isolieren und von den anderen abzuschneiden vermag, was die Gemeinschaft spaltet, was den Einzelnen zwingt, sich in sich selbst zurückzuziehen, und was ihn an seine eigene Identität bindet." Michel Foucault: Subjekt und Macht, in: ders., *Dits et Écrits*. Schriften. Vierter Band: 1980–1988, hg. v. Daniel Defert/François Ewald, Frankfurt a. M. 2005, S. 269–294, hier S. 274.

Antipatriarchalischer Kampfspruch auf einer Demonstration in Regensburg, 8. März 2025
Foto: privat/ Agnes Böhmelt

Grundlage von Wahl, nicht von Verwandtschaft, die Anziehungskraft einer chemischen Gruppe für eine andere, Begierde."[28]

Gerade der letzte Ausdruck in dieser Aufreihung, Begierde, verweist dabei für mich auf das in jeder Hinsicht des Wortes bewegende Potenzial einer solchen Sehnsucht. Ist sie nur stark genug, dann entfaltet sie eine selbst- und weltverändernde Kraft. Eine Kraft also, die in der Lage dazu ist, im oben ersehnten Sinn radikal zu sein – die Wurzeln von patriarchalen bzw. Gender- und anderen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten anzugehen. Mag sein, man verdirbt damit manche*m den Spaß. Mein Argument demgegenüber ist allerdings, dass Befreiungspotenzial für **alle** Menschen darin liegt, der Vielfalt solidarischer geschlechtlicher, sexueller und anderer Seins- und Lebeweisen Anerkennung zu zollen, die ja tatsächlich auch längst gelebte Realität sind – und dabei andere Arten des Werdens verkörpern als das zu (nur einem) Geschlecht. „Das Hauptziel", so Michel Foucault, „besteht heute zweifellos nicht darin, herauszufinden, sondern abzulehnen, was wir sind. Wir müssen uns **vorstellen und konstruieren**, was wir sein **könnten** […]."[29] Der dadurch eröffnete Raum könnte einer sein, in dem Formen des Werdens möglich sind, die wir uns aktuell vielleicht gar nicht ausmalen können. Dabei droht zweifellos auch das Risiko immer vereinzelter und kleinteiliger Differenzierungen, die neoliberalen Marktstrategien nichts mehr entgegenzusetzen haben.[30] Wird er gemeinsam gestaltet, kann dieser Raum aber zu einem werden, in dem alle Menschen frei, gleich und geschwisterlich sind – endlich. Unendlich.

28 Donna Haraway: Ein Manifest für Cyborgs. Feminismus im Streit mit den Technowissenschaften, in: Dies.: Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen, hg. v. Carmen Hammer/Immanuel Stieß, Frankfurt am Main/New York 1995, S. 33–72, hier S. 40 f.

29 Foucault (wie Anm. 27), S. 280, H. d. V.

30 Vgl. Hito Steyerl: Die Gegenwart der Subalternen, in: Gayatri Chakravorty Spivak: *Can the Subaltern Speak?* Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien 2008, S. 7–16.

[ZUR DISKUSSION GESTELLT]

FRAUSEIN

von Sarah Pines

„#metoo im wirklichen Leben", Paris, Place de la République, 29. Oktober 2017
Foto: Picture Alliance/Hans Lucas/Fotograf: Denis Meyer

Beginnen wir sachte polemisch: Alle dürfen Frau sein, nur die Frau nicht, zumindest nicht so, wie bisher. Nackt, halbnackt darf sie sich nicht mehr zeigen, und als liebende, vom Kindhaben erfüllte Mutter schon mal gar nicht auftreten. Tut sie es, wird sie als promiskuös verhöhnt oder als naiv-konservativ verlacht. Über ihre Periode als spezifisch weiblich sprechen, über «weibliche Einsichten» – «weibliches Schreiben», wie es die feministischen Theoretikerinnen der 70er Jahre in Frankreich nannten, Hélène Cixous, Luce Irigaray, Julia Kristeva – lässt sie besser. Der Tenor: nicht inklusiv, diskriminierend, vor allem, wenn sie es noch wagt, zu erwähnen, als Frau geboren zu sein und Proklamierungen von Frausein als innere, vom Körper losgelöste Wahrheit hinterfragt. Das einzig biologisch-weibliche Phänomen, das die Frau in den letzten Jahren bis zum Erbrechen besprechen darf und dafür fast schon erleichtert ob ihres diskursiven Muts abgefeiert wird, ist die Menopause, der Moment, in dem ihre reproduktiven Organe aufhören, zu funktionieren und ihre Biologie noch ein Stück irrelevanter wird.[1]

1 Vgl. https://www.welt.de/kultur/plus255081580/Das-neue-Menopausen-Selbstbewusstsein.html (Stand: 13.06.2025).

Sprachlich kommt die «Frau» in den Bereichen, die sie doch eigentlich, zumindest aus biologischer Sicht, ausmachen, kaum mehr vor. Auf Geburtenstationen liegt – in angelsächsischen Ländern, insbesondere den USA – nicht mehr die «Mutter von», sondern das «Elternteil von», «*breast-feeding*» heißt «*chest-feeding*», in gynäkologischer Umgangssprache ist die Frau zur «*menstruating person*» geworden, reduziert auf den monatlichen Tropfen Blut.[2] Hier wird im Namen der Inklusivität exkludiert – der Begriff «*menstruating person*» soll Transmänner einschließen, lässt aber diejenigen Frauen außer Acht, die nicht menstruieren, weil sie alt oder krank sind.

«*What is a Woman?*»

Was ist die Frau, körperlich, geistig, macht diese Unterscheidung überhaupt Sinn, was muss sie sein, was darf sie überhaupt noch sein? Zusammenhängende Fragen, die im Zentrum der von Geschlechterfragen besessenen Kulturkriege der westlichen Welt stehen und die keine befriedigende Antwort finden. Ausgelöst durch die Transgenderbewegung ist der weibliche Körper als biologische Gegebenheit umstritten und unbeliebt, für die, die ihn affirmieren, ist er allerdings un-imitierbar, weder auf Ebene des Gefühls, noch operativ: Eierstöcke, weibliche Fortpflanzungsorgane sind allein der als biologische Frau geborenen Frau vorbehalten.

Das sieht die Transgenderbewegung anders: Gesellschaftlich gilt oder galt lange die Prämisse: Transgender – das Auseinanderfallen von biologischem Geschlecht und erfahrener geschlechtlicher Identität – ist eine innere, intime Realität, die die Gesellschaft akzeptieren und entsprechend danach handeln muss. In den USA ist dies nun vorbei; die neue Regierung hat den Geschlechterkampf, wie man es sehen will, beendet oder eskaliert: Am Tag seines Amtsantritts unterzeichnete Donald Trump ein Dekret, dass die US-Regierung in ihren Einrichtungen und an öffentlichen Institutionen fortan nur noch die zwei biologischen Geschlechter «Mann» und «Frau» anerkennen werde. Ferner hält das Dekret fest, dass Männern, die sich als Frauen identifizierten, fortan der Zutritt zu

Cover des Vanity-Fair-Magazins an einem Kiosk in New York mit Caitlyn Jenner, früher Bruce Jenner, 9. Juni 2015
Foto: Picture Alliance/ Photoshot

«*intimate single-sex spaces and activities designed for women, from women's domestic abuse shelters to women's workplace showers*»[3] zu verwehren sei. Die nicht ganz explizit formulierte Begründung: Die Aberkennung biologischer Gegebenheiten und die Anerkennung von Männern, die als «Frau» biologischen Frauen vorbehaltene Räume besetzten, sei ein chauvinistischer Gestus, der die Frau entwürdige und ihren Missbrauch erleichtere. Auf Dokumenten und Reisepässen ist nur noch die Angabe des biologischen Geschlechts erlaubt.

Für Kritiker ist die große Schwäche der Transgenderbewegung ihr Gesinnungs-Charakter: Woher sie wisse, ob ein biologischer Mann, der sagt, er sei eine Frau, auch wirklich eine Frau sei, fragt der konservative Matt Walsh in dem Dokumentarfilm „*What is a Woman*" (2022) die progressive Kindertherapeutin Gert Comfrey. Nun, von den Trans-Leuten selber, antwortete diese. „*What is a Woman?*" diskutiert Menschen, die sich mit ihrem biologischen Geschlecht nicht identifizieren, im falschen Körper leben und sich zur Prämisse machen: Andere müssen mich sehen, wie ich mich selbst sehe. Natürlich kann niemand wissen, wie sich dies anfühlt, wie „echt" dieses Gefühl ist, außer der Person, die es durchlebt. Frau (Mann) ist, wer sich als Frau (Mann) fühlt. Dass ein biologischer Mann,

2 Vgl. https://www.nzz.ch/feuilleton/frauen-was-ihnen-bleibt-wenn-alle-frau-sein-duerfen-ld.1664583 (Stand: 13.06.2025).

3 https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/defending-women-from-gender-ideology-extremism-and-restoring-biological-truth-to-the-federal-government/ (Stand: 13.06.2025).

der sagt, er sei eine Frau, auch wirklich eine Frau ist, weiß das Umfeld nur von diesem Menschen selbst. Wenn Geschlecht als Gefühl, als subjektiv gelebte Erfahrung begriffen wird, geht es letztlich um eine Ideologie, die versucht, sich die Aura der Wissenschaftlichkeit zu verleihen, dabei aber immer wieder versagt, versagen muss.[4] Wann spricht das authentische Gefühl, wann die Ideologie? Wie kann man sicher sagen, dass ein Mensch nicht aus der Ideologie heraus spricht? Interessant ist auch, warum es der Transgenderbewegung so wichtig ist, den Begriff der Frau, des Frauseins zu besetzen? Warum muss eine Transfrau auch „Frau" sein? Warum die Geschichte des „Weiblichen" auslöschen?

Anlässlich des Covers der Zeitschrift Vanity Fair im Juli 2015, das Caitlyn (vormals Bruce) Jenner im champagnerfarbenen Korsett, lasziver Pose und Löwenmähne zeigte, warf die amerikanische Autorin Elinor Burkett dem Ex-Athleten ein unsinnig altmodisches Frauenbild vor. Jenner definiere Frausein auf klischeehafte Weise, träume von Mädchengesprächen über Haarfrisuren, fasele von ihrem weiblichen Hirn, ohne je reale weibliche Erfahrungen gehabt zu haben: die Panik nach vergessenen Pillen, Angst vor Vergewaltigung, Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz, und so fort.[5] Die körperlichen Gegebenheiten von Mädchen, Teenagern und jungen Frauen produzierten Realitäten, die kein Mann und kein sich als Frau identifizierender Mann je haben könne.

Bereits 1973 und im gleichen Duktus kommentierte die Dichterin und Aktivistin Robin Morgan auf einem Kongress für lesbische Frauen an der amerikanischen Westküste den geplanten Auftritt der Trans-Sängerin Beth Ellliot mit den Worten: "*I will not call a male 'she'; thirty-two years of suffering in this androcentric society, and of surviving, have earned me the title "woman"; one walk down the street by a male transvestite, five minutes of his being hassled (which he may enjoy), and then he dares, he dares to think he understands our pain? No, in our mothers' names and in our own, we must not call him sister.*"[6]

Die verschiedenen Frauenbewegungen, ausgehend mit den Suffragettenbewegungen der 1910er Jahre, hin zum Feminismus der 60er, der 80er und der Gegenwart mit und seit #MeToo brachten immer wieder neue Frauentypen jenseits des heterosexuellen Hausfrauenstereotyps hervor: die arbeitende Frau, oder anpackende Frau, die Femme Fatale, den junge Männer abschleppenden Cougar, die Mannsfrau, die Akademikerin, Lesbe, Obdachlose, Kinderlose und so fort. Es schien so, wie Judith Butler es in ihrem wegweisenden Buch „*Gender Trouble*" meinte – und wie es die Transgenderbewegung immer wieder missinterpretiert: Frausein ist Verschränkung gesellschaftlicher, aber eben auch biologischer Gegebenheiten. Auch für renommierte Feministinnen wie Robin Morgan, Germaine Greer, Sheila Jeffreys, Julie Bindel, oder Alice Schwarzer sind Frauen (genau wie Männer) komplexe Gewebe aus sozialen und biologischen Gegebenheiten. „Gender" (Geschlecht als soziales Konstrukt) und „Sex" (Geschlecht als biologische Realität) gehören demnach zusammen, die Sozialisierung der Frau ist von ihrer Biologie nicht zu trennen und schafft Erfahrungen, die keine Transfrau je haben kann.

Das große Missverständnis: Simone de Beauvoir[7]

Dennoch oder gerade wegen der im Zuge der Transbewegung diskursiv vorgenommenen Entbiologisierung des Frauenkörpers ist «Frausein» zum Selbstbedienungsladen geworden, wie es Julia Kristeva in einem Interview bereits im Jahr 2015 feststellte:[8] Ob Radikalmutter, Emanze, Androgynität, heute stehe Weiblichkeit zur Wahl wie ein Paar Schuhe, der biologisch gegebene Frauenkörper aber falle hintenüber. Hier missverstehen Teile des gegenwärtigen Feminismus und die Transgenderbewegung diejenige Philosophin, auf die sie sich gemeinhin berufen, um Frausein als innere und nicht als biologische Wahrheit auszuweisen.

Der Disput um „Identität" und „Geschlecht" begann strenggenommen bereits 1949, als mit

4 Siehe hierzu: https://denkfabrik-r21.de/usa-land-der-zwei-geschlechter/ (Stand: 13.06.2025).

5 Vgl. https://www.nytimes.com/2015/06/07/opinion/sunday/what-makes-a-woman.html (Stand: 13.06.2025).

6 Zit. nach: Michelle Goldberg, „*What is a Woman?*", in: The New Yorker, 4. August 2014, S. 24-28.

7 Siehe hierzu: https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/missverstaendnisse-der-geschlechterdebatte (Stand: 13.06.2025).

8 Vgl. https://www.welt.de/kultur/article156700866/Genderglamour-Der-Feminismus-hat-das-Mutterglueck-vernachlaessigt.html (Stand: 13.06.2025).

Demonstranten am Internationalen Tag der Sichtbarkeit von Transgender-Personen, New York, 31. März 2025
Foto: Picture Alliance/Nur-Photo/ Fotografin: Melissa Bender

Simone de Beauvoirs „*Le Deuxième Sexe*" ein Großwerk des Feminismus erschien. Darin findet sich der berühmte Satz „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es" („*On ne naît pas femme, on le devient*"),[9] der seit längerem schon inflationär kursiert. Auf Modepostern oder in Kosmetikwerbungen schwingt er mit, auf Dates ist er Subtext, in der gegenwärtigen Debatte spielt er die herausragende Rolle des Totschlagarguments: Jeder kann Frau werden, wer will.

Ein großes Missverständnis, denn de Beauvoir war, was den Geschlechterbegriff anging, konservativ, führte die existentialistische Philosophie ihres Lebenspartners Jean-Paul Sartre fort, ohne einen neuen Feminismus begründen zu wollen.[10] Bereits zu Beginn ihres Buches schreibt sie, den Feminismus beiseite zu lassen, dort würde sich nur gestritten: „*La querelle du féminisme a fait couler assez d'encre, a présent elle est a peu près close. N'en parlons plus.*"[11] Der Satz „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es", ist ohne Sartres ebenso berühmten Satz „Die Existenz geht der Essenz voraus" („*L'existence précède l'essence*"), aus dem Buch „Das Sein und das Nichts" (1943) nicht zu denken. Sartres vertrat den Gedanken apriorischer Willensfreiheit, aus dieser heraus wir Handlungen wählen, die uns zu dem machen, was wir sind. Kein Gott, kein Unterbewusstes und keine Produktionsverhältnisse bestimmen in dieser Sicht unser Leben, sondern unser Wille: Wir werden über die Summe unserer „Entscheidungen" zur „Essenz" unserer selbst, werden, was wir ausgesucht haben zu sein.

Unsere Biologie allerdings bleibt. „Das andere Geschlecht" ist ein Buch für Frauen, nichts darin verneint die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau. De Beauvoir schreibt: «Die Geschlechtertrennung ist […] eine biologische Gegebenheit». Zwischen der «Natur» der Frau, ihrer Anatomie (die sich von der des Mannes unterscheidet), und ihrem Willen herrscht im Kontext der Gesellschaft und ihren Anforderungen ein dialektisches Spannungsverhältnis: Die Frau wird

9 Simone de Beauvoir, *Le Deuxième Sexe*, Livre I, Folio Essais, 1986.

10 Siehe hierzu auch: https://www.nzz.ch/feuilleton/simone-de-beauvoir-warum-eine-frau-fuer-sie-immer-eine-frau-blieb-ld.1711567?reduced=true (Stand: 13.06.2025).

11 Simone de Beauvoir, (wie in Anm. 9) 1986, S. 1.

biologisch als Frau geboren, dann wird sie die Frau, die sie sein möchte (wenn sie es wagt, zu wählen), auch wenn sie Konventionen sprengt. „Emanzipation" bedeutet für de Beauvoir demnach das Prinzip der freien Wahl, gesellschaftlichen Vorstellungen von Weiblichkeit wie „Jungfrau", „verheiratete Frau", „Mutter", „Prostituierte" zu entsprechen oder sie zu durchbrechen. Dem Mann kann sie sich annähern – aber nicht, um „Mann" zu werden, sondern – hier greift das sozialistische Gedankengut ein, das sie vertrat –, um wie der Mann zu arbeiten, finanziell unabhängig zu werden. Als gleichwertige Kameradin des Mannes.

Nacktheit

In den späten sechziger Jahren erschien ein Bild der nackten Rückenansicht von Simone de Beauvoir auf dem Cover des „Nouvel Observateur" – damals ein Skandal. Und heute? Die Frau, die jeder sein darf, hat nicht mehr die Wahl. Sie zeigt keinen Busen mehr, keine Nacktheit. Auf dem roten Teppich in Cannes waren dieses Jahr zum ersten Mal in der Geschichte des Filmfestivals transparente Kleider, oder Brustwarzen-zeigende Oberbekleidungen verboten.[12] Nacktheits-fokussierte Frauenberufe sind seit etwas über zehn Jahren verschwunden: Pin-Up, Playboy-Bunny, Boxenluder, Seite 1 Bild-Girls sind antiquierte Gestalten, es gibt sie kaum mehr, sie werden bewitzelt, gelten als peinlich-unterwürfige Überbleibsel vergangener hetero-sexistischer Welten. Was sagt das Verschwinden des Pin-Up in all seinen Ausformungen über die Gegenwart aus? Die Frage ist ungeklärt: Wir sind emanzipierter oder prüder geworden, oder beides, oder nichts von allem.

Für die einen – dies gilt für das gesamte politische Spektrum – objektifiziert und erniedrigt auch die freiwillige Nacktheit den weiblichen Körper, für die anderen ist sie Ausdruck der Emanzipation. Man könnte es auch so formulieren: Aus marktwirtschaftlicher Sicht findet mit Oben-ohne oder Nacktheitsverboten tatsächlich eine Form der Enteignung des Körpers statt. Der Körper ist auch für Pin-Up-Variationen Kapital, das, ähnlich wie bei Sportlern, eingesetzt wird, um Geld zu verdienen, mit dem sich der Lebensunterhalt bestreiten lässt.

Titel der Bildzeitung am 9. März 2012 *Foto: mit freundlicher Genehmigung des Axel-Springer-Verlags*

Hier sind Pin-Up und Starlet verwandt mit dem Bodybuilder, mit Miss Universums, Weinköniginnen, Foto-Models, Boxern. Muskeln und stählerne Waden sind ebenso Fetischbild wie die Frauenbrust. Zudem bewarben sich die Podiumgirls oder Cover-Missen einst – das stellte die Bild-Zeitung 2012 in ihrer Begründung für das Nacktheitsverbot auf dem Frontcover klar – freiwillig, sie schickten ihr Bild ein und hofften, dass sie (auf Grundlage ihres Aussehens) gewinnen würden.

Es intervenierte ein paternalistischer Gestus: Mit Nacktheitsverboten werden «die Mädels» an die Hand genommen und vor ihrer eigenen (gewollten, ungesunderweise ersehnten) Verdinglichung gerettet.Nur ist die Gesellschaft schon lange abgestumpft, wenn es um Oben-ohne-Bilder oder den alles zeigenden Ausschnitt auf dem roten Teppich geht; es ist fast schon ein Gag: Wer schaut nackte Damen in Netzstrümpfen und Turmfrisur allen Ernstes noch an? Selbst unten in der Berliner Friedrichstraße vor dem Orion hängen sie, an jedem Schaufenster eines jeden Softpornoshops gehen die Menschen seit vielen Jahren gleichgültig an ihnen vorbei. Es scheint fast so, als wäre in Cannes etwas korrigiert worden, was ohnehin kaum noch jemandem wichtig war, um bei einem moralistischen Publikum zu punkten, das die jeweiligen Zeitungen ohnehin nicht liest, die Sportsendungen ohnehin nicht schaut.

Das Ausziehverbot ersetzt die nackte Frauenbrust mit einem neuen Fetisch: dem des Angezogenseins. Auch bei den Angezogenen geht es weiterhin um die fetischisierte Zurschaustellung des schönen, phallischen und weiblichen Körpers, ein Sich-dem-Blick-Darbieten, nur eben ohne viel

12 Vgl. https://www.nytimes.com/2025/05/13/style/cannes-film-festival-naked-dressing-ban.html (Stand: 13.06.2025).

nackte Haut. Die auf Covern oder roten Teppichen platzierte angezogene Frau wird nicht neutral angeschaut. Sie ist kraft ihrer Platzierung weiterhin etwas Besonderes, ist Gewinnerin, die schönste Frau der Woche, des Monats, des Tages. Betrachter sind weiterhin aufgefordert, in ihr etwas Begehrliches zu sehen. Es ist ein bisschen, als starre man wie seinerzeit auf das erste Post-OP-Bild von Caitlyn (Bruce) Jenner im auf dem Cover der „Vanity Fair" vom Juni 2015. Progressiv transgenderaffirmativ? Ja, absolut. Männlich-heterosexuellen Sexphantasien unterworfen aber auch.

Mutterschaft

Beginnen wir wieder mit Simone de Beauvoir. Die Philosophin anerkannte die Komplexität der Mutterschaft als sowohl psychisch und physisch zehrend, nur selten erfüllend. Die französische Philosophin und Psychoanalytikerin Julia Kristeva spricht hingegen von der „mütterlichen Erotik", der körperlichen Anziehung zwischen Mutter und Kind; die Symbiose während Schwangerschaft und Stillen beschrieb sie als Glückszustand.[13] Auch die christliche Ikonografie hat die Komplexität des Mutterseins begriffen, Mariendarstellungen zeigen eine von Glück und Schmerz gleichermaßen erfüllte Frau, die sich einem Kind opfert, das selbst geopfert werden wird. Die Frau, so Kristeva, verkörpere seit je Sex und Mütterlichkeit.

Für Sigmund Freud war die Mutter der „erste Andere". Die Mutter, so Freud, spricht den unorganisiert zappelnden Äußerungen des Kindes Kraft ihrer Liebe und Erziehung Absicht und Sinn zu, sie ist erste Autorität. Die schönsten Worte über das Reich der Mutter hat Marcel Proust gefunden: „Unser ganzes Leben war nichts anderes gewesen als eine Übung, mit der sie mir beibrachte, an dem Tag, an dem sie mich verlassen würde, ohne sie auszukommen, und zwar schon seit der Kindheit, als sie sich weigerte, zehnmal zurückzukehren, um mir gute Nacht zu sagen, bevor sie abends ausging; als ich sah, wie der Zug sie mitnahm, wenn sie mich auf dem Land zurückließ, oder als ich sie später in Fontainebleau, genau in dem Sommer, da sie nach Saint-Cloud gefahren war, unter jedem erdenklichen Vorwand jede Stunde anrief. Diese Ängste, die mit einigen am Telefon gesprochenen Worten, mit ihrem Besuch in Paris oder mit einem Kuss aufhörten, wie nachdrücklich erlebe ich sie jetzt, da ich weiß, dass nichts mehr sie wird besänftigen können."[14]

Immer wieder spielt Proust die Trennung von der Mutter innerlich ab, es gibt keine Ruhe, Angst und Leere bleiben. Was ist die Mutter für das Kind? Die Mutter mildert oder verstärkt das sogenannte „Gesetz des Vaters", vor allem aber spricht sie, so die in Lille praktizierende Psychoanalytikerin Geneviève Morel in „Das Gesetz der Mutter: Versuch über das sexuelle Sinthom" (2017), ihre eigene Sprache. Inzestverbot, Kastrationsangst, Gesetz des Vaters sind alte, durch den Feminismus viel kritisierte Konzepte, da sie einst Heterosexualität und Kleinfamilie zur Norm aller Verhältnisse erhoben. Zur Wiederholung: Nach Jacques Lacan identifiziert sich ein Kind ursprünglich mit der Mutter und empfindet die Einheit mit ihrem Körper. In der ödipalen Phase tritt der Vater in diese Konstellation ein und verbietet die weitere Identifikation des Kindes mit der Mutter; er erteilt das „Inzestverbot". Das Kind muss sich dem Gesetz des Vaters unterwerfen, die Mutter ersetzen und fortan etwas Anderes begehren. Es tritt in die symbolische Ordnung ein – die Gesellschaft – und nimmt dort die Ersetzung der Mutter vor (erlangt den symbolischen Phallus): durch Ehe, Beruf und so fort. Es ist ein stets unabgeschlossener Prozess, der auch die geschlechtliche Identitätsbildung umfasst. Analytiker wie Freud, Lacan oder Melanie Klein untersuchten Störungen dieses väterlich-ödipalen Prozesses, Morel untersucht in ihrem Buch über das sexuelle Sinthom solcherart Störungen erstmalig für das Verhältnis Mutter-Kind. Das Gesetz des Vaters, so Morel, sei eindeutig; das Gesetz der Mutter zweideutiger und verwaschener. Mütter wirken auf ihre Kinder mit Worten (Taten) ein, deren Bedeutung oft unklar ist und die ihre Wirkung später im Leben des Kindes entfalten, dort Gutes wirken oder großen Schaden anrichten. Mütterliche Worte haben Konsequenzen, sind vom Kind oft kaum zu erinnern und höchstens an späteren Leistungen oder Schöpfungen (Sexualität, Kunst), den sogenannten „Sinthomen", abzulesen. Auf nonchalant-beiläufige Weise bricht Morel mit Tabus – sie betrachtet Homosexualität zu allererst als Symptom fehlgeschlagener

13 Siehe hierzu: Julia Kristeva: *Pouvoirs de l'horreur*, 1980.

14 Zit. nach: Marcel Proust: Auf der Suche nach der verlorenen Zeit, Berlin 2017.

Mutterbeziehungen, manche ihrer PatienInnen hätten geglaubt, sie seien homosexuell, waren es dann aber doch nicht, sondern hätten unter der Fehlinterpretation mütterlicher Worte gelitten.

Insgesamt hat der Feminismus die Mutterschaft vernachlässigt. Obwohl Celebrities wie Ivana Trump in ihrem Buch „*Raising Trump*" (2017), Tina Knowles in „*Matriarch*", oder Jennifer Lopez in der Netflix-Serie „*The Mother*" (2023) die Mutterrolle durch überprotektive, kämpferische und Männer nicht brauchende Mütter re-glamifizieren wollen, sind Mütter in der Populärkultur zu Antagonistinnen oder Witzfiguren geworden. In Märchen nacherzählenden Kinder- und Jugendfilmen wie „Cruella" (2021) oder „*Maleficient*" (2014) sind Stiefmütter oder Ersatzmütter nicht mehr die „bösen", sondern die „guten" im Sinne von wahr liebenden Gestalten, während Mutterfiguren als die eigenen Kinder hassenden Bösewichte oder gar Mörderinnen auftreten. Mütter, die konventionelle Weiblichkeit inszenieren, wie in der TV-Serie „*The Secret Lives of Mormon Wives*" (2025), oder die über Soziale Medien bekannt gewordenen Trad Wives beziehungsweise Homesteaderinnen, die, wohlhabend und bar finanzieller Not, als Hausfrauen leben, in Designerküchen kochen, Kinder großziehen, meist auch home-schoolen, in Negligés Kühe melken oder Kürbisse ernten, sind höchstens noch bei einem Bruchteil konservativer Zuschauer beliebt, werden von progressiveren Zuschauern verlacht, und verhöhnen die prekären Frauen, die mit schwieligen Händen wirklich zu Hause bleiben müssen, eben, weil sie arm sind.

Obwohl für den Philosophen der Aufklärung, Jean-Jacques Rousseau, das Stillen des Kindes Zeichen der Emanzipation der Frau schlechthin war, ist für manche Feministinnen der Zweiten Welle wie Gloria Steinem oder Shulamith Firestone das zu stillende Kind ein Blutegel, die Frau eine vom Mann unterdrückte Reproduktionsmaschine. Diese Engstirnigkeit hat lange nicht zur Beliebtheit des Feminismus beigetragen, heute ist der Feminismus gerade wegen dieser Engstirnigkeit wieder salonfähig und der Feminismus westlicher Gesellschaften entzaubert die Mutterrolle noch etwas mehr; inzwischen geben etwas zwanzig Prozent der Frauen an, ihre Mutterschaft zu bereuen. In Manhattan begehen zahlreiche Kindergärten den Muttertag nicht. Junge Feministinnen schließen sich an: Unter dem Motto «*Regretting Motherhood*» publizieren junge und nicht mehr ganz so junge Journalistinnen und Autorinnen Texte, Memoiren, Biographien über das dröge Elend von Mutterschaft, Kindhaben und Stillen,[15] und bestätigen in ihrem Versuch der Modernisierung des Frauenbild in Teilen das einst modrigste Klischee des Feminismus: das der Mütter und Kinder verabscheuenden Frau.

Die Radikalfeministin Andrea Dworkin, die für provokante Gedanken zum sexuellen Machtgefälle zwischen Mann und Frau bekannt ist – zum Beispiel, dass der einzige nicht-gewalttätige heterosexuelle Sex der mit erschlafftem männlichen Glied sei – stellte kritisch fest: „*Women are interchangeable as sex objects; women are slightly less disposable as mothers. The only dignity and value women get is as mothers: it is a compromised dignity and a low value, but it is all that is offered to women as women. Having children is the best thing women can do to get respect and be assured a place.*"[16] Insbesondere konservative Frauen, so Dworkin, hätten die Realitäten männlicher Dominanz verstanden.

Die Rolle der Frau?

In einem Fernseh-Interview aus dem Jahr 2022 sprach Alice Schwarzer, deren Autobiographie «Alice» soeben erschienen war, von dem Status der Emanzipation der Frau heute. Insbesondere die jungen Frauen, die sie auf Sozialen Medien sähe und die hübsch, unabhängig und kauffreudig auftraten, sagte Schwarzer, verwechselten Konsum mit Emanzipation. Die wahre Freiheit der Frau aber läge woanders, sagte die vielleicht letzte große deutschsprachige Feministin Zweiter Welle kryptisch.

Wie soll die Frau sein? Die Wahl zum Körper hat sie nicht, wie de Beauvoir es gefordert hatte.

Frau ist nicht nur, wer Frau sein will (die von der alten Bundesregierung hierzu vorgenommene Änderung der Personenstandsgesetze haben die Kategorie „Frau" weit geöffnet). Die von großen

15 Vgl. https://www.welt.de/kultur/plus256143004/Mutterschaft-Denn-in-Wirklichkeit-ist-das-Leben-als-Mutter-nicht-besonders-erfuellend.html; https://www.bostonreview.net/articles/hating-motherhood/. (Stand jeweils: 13.06.2025); Caroline Rosales, Single Mom, Rowohlt 2018;

16 Zit. nach: Andrea Dworkin, *Right-Wing Women*, 1983.

Demonstration zum Internationalen Tag für das Ende der Gewalt gegen Frauen in Berlin/Neukölln und Kreuzberg, 25. November 2025
Foto: Picture Alliance/SZ Photo/Fotograf: Christian Mang

Teilen des Feminismus unterstützte Transgenderbewegung und die vom Feminismus lange eingeforderte und über Vaterschaftszeiten oder Sitzpinkelzwänge eingelöste Entpatriarchalisierung der Gesellschaft ging mit der fast ausschließlich von Frauen vorgenommene Schmähung der Mutterrolle einher, sowie ihrer fast kritiklos gebliebenen Hinnahme des Nacktheitverbots, obwohl sie weiterhin phallischen Fantasien unterworfen bleibt, nur körperlos, als Abbild dessen, was sie nicht mehr sein darf. Der Feminismus selbst schafft die Frau ab: Ironischerweise hat er das Gegenteil von dem bewirkt, was eigentlich angestrebt war, und hat dem Patriarchat – nach dem Motto Männer sind die besseren Frauen und Mütter – eher noch zugearbeitet als es zu schwächen. Anders formuliert: An der Verunmöglichung der biologischen Frau ist der erzieherische und darin totalitäre Feminismus verantwortlicher als das Patriarchat, das er zu bekämpfen meint.

KUNST UND DEMOKRATIE

„KÖNNT IHR NOCH?“ KUNST UND DEMOKRATIE

EINE AUSSTELLUNG DER PINAKOTHEK DER MODERNE AUF DER HERRENINSEL ZEIGT POSITIONEN DER KUNST ZU GESCHICHTE UND DEMOKRATIE

von Monika Franz

INFO SONDER-AUSSTELLUNG

„Könnt ihr noch?“ – Kunst und Demokratie

10. Mai – 12. Oktober 2025 im Neuen Schloss auf der Herreninsel

Begleitkatalog zur Ausstellung mit Texten u.a. von Aleida Assmann, Herfried Münkler und Andreas Spickhoff

Die Herreninsel: Nebeneinander von Monarchie und Demokratie

Es ist Sommer und wie jeden Sommer pilgern Tausende Touristinnen und Touristen auf der schönen Herreninsel im Chiemsee zum Neuen Schloss, um dort den Spuren Ludwigs II. nachzugehen. Der vierte bayerische König aus dem Haus Wittelsbach nach der Gründung des Königtums 1806 hatte nach dem Aufgehen Bayerns im Deutschen Reich 1871 zwar noch weiterregiert, sich aber im Wesentlichen auf seine Musik- und Bauleidenschaft konzentriert. 1873 erwarb der Herrscher die Insel „Herrenwörth“ und ließ dort ab 1878 ein neues Schloss nach dem Vorbild Versailles‘ bei Paris erbauen.

Im linken, im Rohbau verbliebenen Seitenflügel des Bauwerks ragt derzeit ein visueller Störer ins Bild der Prachtkulisse: „Könnt Ihr noch“, steht da zu lesen – seit dem 10. Mai 2025 haben die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen dort eine Sonderausstellung im Rahmen der Projektreihe „Königsklasse“ über Kunst und Demokratie installiert. Sie ist zwar direkt am architektonischen Ort der Monarchie platziert, bezieht sich aber explizit auf den anderen berühmten, im modernen Staatsverständnis viel bedeutsameren Ort auf der Insel, nämlich das Alte Schloss. Dort hatte vom 10. bis 23. August 1948 der Verfassungskonvent getagt.

Deichkind empfängt Besucherinnen und Besucher am Entrée der Ausstellung. *Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Bayerische Staatsgemäldesammlungen, Fotograf: Haydar Koyupinar*

In nur 13 Tagen erarbeiteten ca. 30 Experten einen vollständigen Verfassungsentwurf, der zur Vorlage für den Parlamentarischen Rat und damit das Grundgesetz wurde.

Im Eingangsbereich des wuchtigen Ziegelraums empfängt ein KI-gesteuerter Roboterkopf die Besucherinnen und Besucher und verfolgt sie mit seinem Blick. Er kommt aus dem Video zum 2024 veröffentlichten Song „Könnt Ihr noch?“ der Hip-Hop-Formation Deichkind. Der Clip zeigt KI-gesteuerte, fragmentierte Gestalten, die sich im monotonen Beat

bewegen. Die Frage „Könnt Ihr noch?“ richtet sich an Menschen in der postmodernen Gesellschaft, die von ihren Arbeits-, Lebens-, Musik- und sonstigen Rhythmen durchgetaktet sind und hektisch-getrieben ihr (Lebens-) Programm durchziehen. Könnt ihr das noch aushalten, Menschen des 21. Jahrhunderts, könnte man die Frage verstehen, und auch: Könnt Ihr noch die Demokratie aufrechterhalten?

Das sind Leitfragen, die das Kuratorenteam Verena Hein und Oliver Kase jedem und jeder mitgeben, die durch die schwere Tür zur Linken eine sensationelle Ausstellung betreten, in der auf zwei Etagen grandiose Werke aus den staatlichen Gemäldesammlungen versammelt sind, ausschließlich von prominenten Künstlerinnen und Künstlern von der klassischen Moderne bis zur Avantgarde. Diese handverlesene Auswahl von Max Beckmann bis Ida Applebroog nimmt über verschiedene Metathemen direkt Bezug auf den Ort der Demokratie, den Herrenchiemsee quasi als Wiege des Grundgesetzes darstellt. Hein weist im Katalog auch auf einen zweiten Zusammenhang hin: Die Insel war im Zweiten Weltkrieg ein Schutzraum für Kunst – viele wertvolle Kunstwerke waren aus München auf die Insel, die nicht gezielt bombardiert worden ist, verbracht worden.[1] Insofern ist Herrenchiemsee ein mehr als ein geeigneter Ort, sich – am besten in der Kombination Verfassungs- plus Kunstausstellung – Gedanken zu machen über den Ausgangspunkt der deutschen Demokratie 1948/49 und ihre Bezüge zur Gegenwart siebeneinhalb Jahrzehnte später, sowie um großartige Kunst zu genießen.

Der subjektive Blick der Kunst auf die Demokratie

> **„Es ist nicht die Aufgabe der Kunst, die Demokratie zu stärken. Die Demokratie muss der Kunst die Freiheit lassen, den Status quo zu befragen. Das Beste, was die Kunst für die Demokratie tun kann, ist, sie immer wieder herauszufordern.[2]**
> Georg M. Oswald, Schriftsteller und Jurist

Wie verbindet man komplexe und völlig unterschiedliche Werke von Beckmann bis Beuys, von Picasso bis Richter, von Kiefer bis Mahn und Lassnig jenseits vager Chronologien miteinander? „Könnt ihr noch?“ ist strukturiert durch grobe, offene Themenkomplexe, unter deren Dach sich die gezeigten Werke fassen lassen, wie „Zeichen der Demokratie“, „Kreativität und Spiel“, „Wunden und Brüche“, „Deutschlandbilder“, „Schmerz und Erschütterung“ und „Balanceakt“, alles Zuweisungen, die mit der Geschichte der Demokratie nach 1945 zu tun haben. Wenn man wollte, könnte man diese neudeutsch – ausgedrückt: – *umbrella terms* auch mit den Themenkomplexen des Verfassungskonvents parallelisieren. Die dort tätigen Staatswissenschaftler und Verfassungsrechtler – Frauen waren nur als Bedienungen oder Sekretärinnen vor Ort – erarbeiteten im Auftrag der Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen einen Verfassungsentwurf für die zweite Demokratie auf deutschem Boden. Maßgeblich bewegt von der Frage, wie man nach den unfassbaren Verbrechen der NS-Diktatur eine stabile Demokratie schaffen könne, diskutierten sie, wie in dem neuen Staat überstaatliche, rechtsstaatlich verbriefte Grund- und Menschenrechte verankert werden könnten, die Etablierung eines diktatorischen Zentralstaats für immer verhindert werden könne, ein stabiles politisches System geschaffen werden könne, das niemals mehr von Extremisten zu Fall gebracht werden kann. Die seit 2023 bestehende Dauerausstellung im Alten Schloss bildet diese Diskussion ab, indem sie – ähnlich wie die diesjährige Kunstausstellung – grundsätzliche Kernfragen der Verfassungsdiskussion aufnimmt.[3] Auch in der historischen Ausstellung wird der Bogen von der Nachkriegszeit ab 1945 bis ins Heute geschlagen, von der außenpolitischen Positionierung Europas bis zu grundsätzlichen Fragen der Kompromissfindung in einer Gesellschaft. Bis 12. Oktober 2025 besteht nun die Chance, historische Narrative mit subjektiven künstlerischen Standorten zusammenzubringen und sich davon inspirieren zu lassen.

1 Könnt Ihr noch? Kunst und Demokratie, Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, hg. v. Verena Hein/ Oliver Kase, München 2025, S. 22.

2 Zit. nach:. ebd., S. 134.

3 Zur Ausstellung über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee s. das Themenheft der Zeitschrift Einsichten und Perspektiven: Der Wille zu Freiheit und Demokratie. 75 Jahre Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, hg. v. der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2023.

Joseph Beuys: Rose für direkte Demokratie, 1973

Drei Highlights der Ausstellung

Start- und erster Höhepunkt zugleich ist Joseph Beuys' berühmte „Rose für direkte Demokratie" (1973). So arriviert und unbestritten einflussreich das Werk Joseph Beuys' (1921-1986) sein mag, einige Menschen können – wie Erfahrungen aus Workshops zeigen – im ersten Moment der eigenen Aussage nach mit der für viele eher kryptischen Bildsprache des Künstlers wenig anfangen. So umstandslos und engagiert man im Raum der Gegenwart im Verfassungsmuseum über die heutige Demokratie ins Gespräch kommen mag, so relativ unzugänglich erscheint vielen zunächst das Statement, das Beuys mit der „Rose für direkte Demokratie" aus dem Jahr 1973 gesetzt hat.

Beuys inszenierte die Skulptur auf der documenta 1972, um im Sinne seines stark politisch ausgerichteten Kunstkonzepts in den Dialog vor Ort einzutreten, ja, pädagogisch zu wirken. Er hatte dort eine „Filiale" seiner an der Düsseldorfer Akademie bestehenden „Organisation für direkte Demokratie durch Volksabstimmung" eröffnet und warb mit durchaus radikalen Mitteln für die direkte Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz.[4] „Volksveto und Abwahl muss jeden Tag möglich sein", war dabei sein Credo.[5] In der direkten Demokratie seien Repressionen, die seiner Meinung nach im politischen System der Bundesrepublik als repräsentativer Demokratie an der Tagesordnung waren, nicht möglich. Beuys' Position ist aus heutiger Sicht inhaltlich ambivalent. Es verband unter anderem „linke", kapitalismuskritische wie esoterisch-schamanisch gelagerte Standpunkte mit einem durchaus problematischen, da nicht klar von NS-Wurzeln abgegrenzten Volksbegriff.[6] In dieser „Mission" führte er unter anderem einen aggressiven Briefwechsel mit Herbert Wehner, einem Sozialisten und Hitler-Gegner der ersten Stunde, griff darin die repräsentative Demokratie als „Parteiendiktatur" an, bezog sich aber – nicht frei von Widerspruch – dabei ausgerechnet darauf, dass das Grundgesetz das Volk als obersten Souverän bestimmt habe.[7]

Prägend waren Beuys' Konzepte der „Sozialen Plastik" und des „Erweiterten Kunstbegriffs", zu denen ihn wesentlich Rudolf Steiners Idee der „Dreigliederung" der Welt geführt hatte, die auch als Gegenkonzept zur polarisierten Welt des Kalten Krieges verstanden wurde.[8] Beuys bewegte sich laufend in „linken" Kontexten, stand aber zugleich Wegbegleitern offen gegenüber, die eine einschlägige NS-Vergangenheit hatten, wie sein Mitarbeiter Karl Fastabend.[9] An dieser Stelle lässt sich eine Verknüpfung herstellen zu manchen Teilnehmern des Verfassungskonventes, die auch den NS-Staat tatkräftig unterstützt hatten wie der niedersächsische Jurist Justus Danckwerts.[10]

4 Vgl. HP Richter: Beuys. Die Biographie, Berlin 2013, hier S. 371.

5 Ebd., S. 372.

6 Ebd., S. 360.

7 Ebd., S. 369 f.

8 Ebd., S. 281.

9 Vgl. ebd., 357 ff.

10 Beuys' Positionierung zum Holocaust wie sein Werk „Auschwitz Demonstration" hatte bereits 1967 den Protest von Überlebenden hervorgerufen, vgl. Richter (wie Anm. 4), S. 306.

Inge Mahn: „Balancierende Türme“, 1989

Beuys‘ Rosenskulptur weckt bei Betrachterinnen und Betrachtern die Assoziation, dass das Reagenzglas für ein transparentes, exakt messendes Werkzeug für ein Demokratieexperiment stehe. Nur das wöchentliche Austauschen der Rose (übersetzt: ein permanentes Kümmern um die Demokratie) hält sie frisch. Sie evoziert die Vorstellung, die Gesellschaft könne friedlich verändert werden. In Zeiten, in denen die RAF versuchte, durch Attentate auf Exponenten von Staat und Wirtschaft die Bundesrepublik zu demontieren, bedeutete dies eine eindeutige Positionierung gegen Gewalt als Mittel der Veränderung.

So ambivalent Beuys‘ politische Kunststatements empfunden werden mögen, als politischer Künstler übte er massiven Einfluss auf die Kunstszene aus und ist als bewunderte, wenn auch umstrittene Figur der späteren Nachkriegsgesellschaft eine Auseinandersetzung wert.

In „Könnt Ihr noch?“ sind daher konsequenterweise nicht nur weitere Beuys-Objekte, sondern auch zahlreiche Werke von Beuys-Schülerinnen und -Schülern zu sehen. Im Folgenden seien nur noch zwei vorgestellt.

In der oberen Etage der Ausstellung findet sich die Skulptur „Balancierende Türme“, die die Künstlerin Inge Mahn (1943-2023) 1989 in New York kreiert hat. Zwei ähnliche, aber doch unterschiedliche, in der Gestalt eher klobige, aber materiell filigran wirkende eckige Gestalten, deren linke ein Treppenelement aufweist, stehen auf der Kippe; ihr Sturz wird durch ein graues Seil, das sie miteinander verbindet, verhindert – sie halten sich gegenseitig in einer – zerbrechlichen – Balance. Die Übertragung auf politische Themen liegt nahe – heterogene Individuen werden in einer gesellschaftlichen Konstellation durch ein regelndes Element so miteinander verbunden, dass sie beide vor dem Fall bewahrt werden. Bei längerer Betrachtung der Mahn’schen Inszenierung wird spürbar, dass diese Balance fragil ist, leicht zerstört werden kann, Sicherheit bietet, sich aber auch einengend anfühlen kann. Eine Korrelation des 1989 entstandenen Kunstwerks mit der Deutschen Einheit liegt auf der Hand.

Inge Mahn hat Beuys‘ Konzept der „Sozialen Plastik“ in ihren Arbeiten stark adaptiert; ihre vielfach als Gesellschaftskommentare lesbaren Skulpturen und Installationen lassen sich als tiefgründige Kommentare zu alltäglichen aber auch gesamtgesellschaftlichen Zuständen begreifen.

Zweimal Anselm Kiefer: links: „Morgenthau“, 2016, rechts: „Nero malt“, 1974

Mag es daran liegen, dass sie eine Künstlerin war, die eher die leisen Töne bemüht hat Stimmen aus der Kunstszene sind sich einig, dass Inge Mahn gemessen an der Bedeutung ihres Werks immer noch viel zu unbekannt sei.

Weitere Schlüsselpositionen der Ausstellung stellen zwei Werke von Anselm Kiefer (geb. 1945) dar, die in einem Raum platziert sind, in Kiefers Werk zeitlich aber relativ weit voneinander entfernt sind: das Ölgemälde „Nero malt“ (1974) und die Installation „Morgenthau“ (2016). Wie kein anderer arbeitet sich Kiefer in seinem umfassenden malerischen und skulpturalen Werk an der deutschen Geschichte ab. In verschiedenen Interviews äußerte er, dass „seine Biographie auch die Biographie Deutschlands“ sei. Ein markanter Punkt in seinem Werk, der einen expliziten Bezug zur NS-Vergangenheit setzte, war 1969 die Inszenierung einer Reihe von Selbst-Porträtaufnahmen, die den jungen Künstler zeigen, wie er an einschlägigen Schlachtorten des Zweiten Weltkrieges, z.B. in Frankreich, den Hitlergruß zeigt; diese Arbeit nannte Kiefer „Besetzungen“. Sie griff nicht nur provokativ den Überfall Nazi-Deutschlands auf nahezu ganz Europa auf, sondern stand auch im Kontext der Studentenproteste.[11] Natürlich ging es auch darum, dem Vergessen und Verdrängen der damals noch relativ kurz zurückliegenden NS-Verbrechen durch die Tätergesellschaft entgegenzutreten.

„Nero malt“ (1974) ist ein Beispiel für die Verschmelzung von Kunst- und Geschichtsbezügen in groß aufgezogenen Landschaftsszenerien: Etwa vier Fünftel des Bildes werden von dem typischen Szenario eines stark durchfurchten, dunklen Ackers dominiert. Diese Materie, die auf vielen Bildern Kiefers auch mit physischem Material wie Asche, Stroh, Sand etc. durchmischt ist, mutet im übertragenden Sinn an wie ein historischer Urschlamm, quasi Materie gewordene Geschichtsablagerungen, die im wörtlichen Sinn übereinandergeschichtet sind – ein Leitgedanke Kiefers, der in einem Interview dazu ein Bibel-Zitat in Anschlag bringt: „Es gibt dieses wunderbare Kapitel bei Jesaja, in dem es heißt: Über euren

11 Vgl. Sabine Schütz: Anselm Kiefer. Geschichte als Material. Arbeiten 1969-1983, Köln 1999.

Städten wird Gras wachsen. […] Jesaja sieht die Stadt und die anderen Schichten darüber, das Gras und wieder eine Stadt, das Gras und wieder eine Stadt."[12] Im oberen Fünftel des Gemäldes ist ein Streifen mutmaßlich mitteleuropäischer Landschaft inklusive eines Dorfes zu sehen. Über der ganzen Szene prangt eine abstrakte Malerpalette, von der aus vier Pinsel die Gebäude des Dorfes samt Kirche in Brand gesetzt haben. Die Überlagerungen legen verschiedene semantische Assoziationen nahe: die Reflexion über die schuldbeladene Figur des römischen Kaisers Nero, der einer historisch nicht beweisbaren Legende zufolge im Dienst einer verstiegenen, pervertierten Kunstauffassung die Vernichtung der Stadt Rom als „Kulisse" seines künstlerischen Schaffens inszeniert hat; zum Anderen der Bezug zu dem sog. „Nero-Befehl" Hitlers im März 1945 (Kiefers Geburtsmonat), der angesichts des verloren gehenden Kriegs die Zerstörung ganzer Landstriche befahl, um dem vorrückenden Gegner nichts übrig zu lassen bzw. alles mit in den eigenen Untergang zu reißen; auch mitschwingend die Anspielung auf Hitler als gescheiterten Möchtegern-Künstler.

Weniger Meter entfernt zu sehen ist die 42 Jahre später entstandene Installation „Morgenthau": Ein 121 mal 120 mal 50 cm großer Glaszylinder, der einen aus Glas, Metall, Acryl, Tonerde, Blattgold, Gaze, Mörtel, Blei, Schellack und Farbresten komponierten Landschaftsausschnitt einfasst. Der wie ein Exponat einer biologischen Sammlung anmutende Glaskubus beinhaltet eine Reihe von Kornähren, die an ihrer Spitze vergoldet sind. Auf dem Boden ist eine dunkle Schlange platziert. Teilnehmende an den Geschichte-Kunst-Workshops, die noch bis Ende der Ausstellung stattfinden, bringen diese Installation anhand ihrer außen auf dem Glaszylinder angebrachten „Überschrift" schnell in Verbindung mit dem strategischen Plan Henry Morgenthaus, der in den letzten Kriegsjahren Teil der US-amerikanischen Regierung war. Um sicherzustellen, dass von Deutschland nie wieder eine Gefahr ausgehen könne, brachte er die Idee ein, das Land nach der totalen Kapitulation aufzuteilen und in einen deindustrialisierten Agrarstaat zu verwandeln. Überlagert wird diese Bedeutungsebene – neben der beeindruckenden physischen Wahrnehmung, die von dem Materialiengemisch ausgeht – von der Präsenz der kriechenden Schlange, die in diesem karg-leblosen Ensemble das biblische Sinnbild der Verführung oder aber auch das allzeitliche Weiterbestehen des Bösen andeutet.

> **Die Kunst öffnet für uns Räume für Gefühle, Gedanken, Diskussionen, Auf- und Verarbeitung von gesellschaftlichen Themen. Sie ist immer subjektiv und lässt die Unterschiede der Menschen, und dadurch die Komplexität unserer Gesellschaft, glänzen. Ich glaube nicht daran, dass Differenzen uns voneinander trennen, sondern dass wir die Verschiedenheiten erkennen, akzeptieren und feiern müssen.**
> Sapir Heller, Theaterregisseurin

Die Reihe eingehender Bildbetrachtungen lassen sich bei Besuch der Ausstellung „Könnt Ihr noch?" weit fortsetzen, mit Künstlern wie Francis Bacon, Gerhard Richter, Wolfgang Tillmans und vielen anderen mehr, darunter einer herausragenden Reihe an Porträtskulpturen von Thomas Schütte.

Wer weibliche Perspektiven oder Perspektiven auf Frauen sucht, kann eigene Wege durch die Ausstellung gehen, u.a. anhand von Werken von Maria Lassnig, Ida Applebroog oder der sensationellen Sheila Hicks, mit der Kuratorin Verena Hein ein eigenes, im Begleitkatalog zu lesendes Interview geführt hat. Wenn auch die kräftig farbigen, teils fast gemütlich wirkenden Textil- und Fadeninstallationen nicht unmittelbar-explizit Diskussionen über Demokratie auslösen, so lohnt es sich doch sehr, der US-amerikanischen Künstlerin zuzuhören und zu verstehen, warum Textilfäden sehr mit dem Faden der Demokratie zu tun haben können. *„Yes, I am really trying to create a habitat, a space in which people can come together and feel safe. I think that is also what democracy is about. It is about cohabitation that enables freedom. When you sit down at the dinner table there might be someone who is going to dominate the whole table and others who are going to hide and not speak. But some are willing to make extensions of themselves to join a democratic dialogue."*[14]

12 „Der Mensch ist böse", Interview mit Anselm Kiefer, in: DIE ZEIT 10/2005, S. 45.

13 Zit. nach:. „Könnt Ihr noch?" (wie Anm. 1), S. 133.

14 Zit. nach: „Könnt Ihr noch?" (wie Anm. 1), S. 150.

Sheila Hicks: *Saffron Sentinel*, 2017

Zu Recht wird allerorts gefordert, dass die manche Sorgen aufwerfende Lage unserer Demokratie uns alle in die Pflicht nimmt. Die Ausstellung „Könnt ihr noch?“ ist ein guter Ort, um gemeinsam darüber zu diskutieren.

EINSICHTEN +
PERSPEKTIVEN
Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte

Impressum
Herausgegeben von der Bayerischen
Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Englschalkinger Str. 12, 81925 München
Telefon: 089 9541154-00
Fax: 089 9541154-99

landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de

Redaktion
Monika Franz, Manfred Fischl, Nadja Renner

Redaktionsassistenz
Barbara Wiedemann

Titelbildnachweis
KI-generiertes Bild: Schloss Neuschwanstein
Foto: erstellt von Andreas Wolfrum am 25. April 2025

Gestaltung
MUMBECK - Agentur für Werbung GmbH,
Wuppertal

Druck
Gebrüder Geiselberger GmbH,
Altötting

BLZ auf Social Media

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.
Als editorische Notiz ist zu beachten, dass von der Redaktion der E+P die in Bayern gesetzte Doppelformel („Bürgerinnen und Bürger") verwendet wird, externen Autorinnen und Autoren jedoch freigestellt ist, eine andere Schreibweise zu wählen.